

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 47 vom 20. November 1981

15. Jahrgang

1 DM

Heraus zur Demonstration!

Für den Frieden — gegen Breschnew

Wenn der sowjetische Staats- und Parteichef Breschnew am 22. November zum Staatsbesuch nach Bonn kommt, kommt mit ihm kein Mann des Friedens, sondern der Vertreter einer der beiden Mächte, von deren Politik die Hauptgefahr für einen neuen Krieg ausgeht! Die Rivalität zwischen der Sowjetunion und den USA, die um Vorherrschaft auf dem Erdball kämpfen, das ist die Hauptquelle der Kriegsgefahr — deshalb muß auch gegen Breschnew demonstriert werden! Kommt am 22.11. um 11.00 Uhr zum Schlachthof in Bonn!

Wenn die amerikanische Regierung darüber spekuliert, einen auf Europa begrenzten Atomkrieg verwirklichen zu können, so gibt Breschnew seinen Part dazu, indem er der Bundesrepublik mit einem breitgefächerten Gegenschlag droht. Mit ihren Pershing II und der SS 20 drohen sie aus Deutschland das Schlachtfeld eines imperialistischen Krieges zu machen.

Die sowjetischen Überfälle auf Prag 1968 und auf Afghanistan 1979 haben in aller Deutlichkeit gezeigt, daß es den neuen Herren der Sowjetunion weder um den Frieden noch um den Fortschritt geht, sondern einzig und allein um ihren Machtbereich, um die Festigung und den Ausbau ihres Einflußgebietes. Die sowjetischen Imperialisten, die heute den polnischen Arbeitern drohen und einen Napalmkrieg gegen das

afghanische Volk führen, um einer kleinen Clique prosowjetischer Putschisten zu helfen, schicken beispielsweise keinen einzigen Soldaten nach Vietnam, als dort der USA-Imperialismus das Land vernichten wollte. Heute schicken sie 80.000 Soldaten nach Afghanistan.

Wie es die USA in El Salvador oder der Türkei tun, so stützen sie mit ihren Waffen die ihnen ergebenen Regimes. Wie die USA haben sie ihre Atomkriegsschiffe auf allen Meeren, haben sie Militärberater in allen Teilen der Welt. Sie sind der zweitgrößte Waffenhändler der Welt.

Wenn es heute in der westdeutschen Friedensbewegung Kräfte gibt, die Verhandlungen zwischen Washington und Moskau als Weg zur Sicherung des Friedens bezeichnen, so muß man klar sagen: dies ist eine Sackgasse, in der sich die Frie-

densbewegung völlig von ausge-rechnet jenen abhängig machen würde, die am meisten dazu beitragen, daß die Kriegsgefahr wächst.

Die Bundesregierung, die das Spiel der NATO-Hochrüstung konsequent mitspielt, versucht sich als Initiator solcher Verhandlungen darzustellen, und möchte damit glauben machen, es bestehe keine Gefahr. Die Demonstration gegen Breschnew ist deshalb nicht nur eine Aktion, die verdeutlicht, daß die Ursache der Kriegsgefahr in der Politik der beiden Supermächte, der beiden imperialistischen Blöcke liegt. Sie ist auch eine Aktion, die sich gegen die sogenannte Friedenspolitik der Bundesregierung richtet: Das Schicksal des Friedens und unseres Landes den beiden Hauptkriegstreibern zu überlassen, heißt ihnen Hilfsdienste zu leisten.

Solidarität mit den verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR!

Die Kampagne zur Solidarität mit Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt und sechs bis acht weiteren wegen ihrer kommunistischen Meinung in der DDR verhafteten Staatsbürgern weitet sich allmählich aus. Nach dem ersten Höhepunkt der Sammlung von Protestunterschriften auf der Bonner Friedensdemonstration wurden in zahlreichen Ständen der Partei, auf Versammlungen in Bremen, Hamburg

und Dortmund weitere Unterschriften gesammelt und Postkarten an die Gefangenen verschickt. In Bremen wurden außerdem 300 Mark gesammelt. Die Ortsgruppe Reutlingen der KPD organisierte eine Aktion mit einem sehr gut gemachten, aufsehenerregenden Transparent (über dessen Herstellung wir in der nächsten Nummer berichten), was ebenfalls ein gutes Echo fand. Protestresolutionen kamen von ver-

schiedenen Veranstaltungen, unter anderem von 30 Teilnehmern des antimilitaristischen Arbeitskreises in Heilbronn.

Nachdem der Boykott der Presse durch die Aktion des Solidaritätskomitees im Büro der DDR-Nachrichtenagentur ADN durchbrochen worden war, haben sich auch zunehmend Menschen brieflich an die Partei und das Solidaritätskomitee gewandt, um über diesen Fall unterrichtet zu werden.

Daß Kommunisten in der DDR eingesperrt werden, weil sie die polnische Gewerkschaftsbewegung un-

terstützen oder für einseitige Abrüstung eintreten, — wie es unsere Partei auch hier tut —, überrascht immer wieder viele fortschrittliche Menschen.

Deshalb gilt es auch und gerade, die Informationsarbeit zu verstärken. Dies geschieht auch international immer mehr: In der vergangenen Woche erhielten wir auch aus Österreich von der Gruppe Marxisten-Leninisten ein Solidaritätsschreiben. In verschiedenen Staaten Westeuropas, Amerikas und in Neuseeland fanden bereits Solidaritätsaktionen auf zum Teil sehr breiter Basis statt.

Veranstaltung

Solidarität mit den verhafteten
Kommunisten in der DDR
Am 26. November um 19.30 Uhr
Hamburg-Barmbek
Gaststätte Jarrestadt, Jarrestr.
Es spricht: Ernst Aust, Vorsitzender
der KPD

150 000 forderten: Keine Startbahn West!

Größte Massendemonstration der hessischen Geschichte

WIESBADEN. — Mehr als 150 000 Menschen zogen am 14. November durch die Straßen der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden, um ihre Ablehnung des von der Landesregierung unter Ministerpräsident Börner (SPD) mit allen Mitteln vorangetriebenen Baus der Startbahn West des Frankfurter Flughafens zu bekunden. Sie forderten den sofortigen Baustopp.

Genau 220 765 beglaubigte Unterschriften unter den Antrag für ein Volksbegehren gegen den Startbahnbau, der ganz wesentlich dem Interesse der US-amerikanischen Besatzertruppen und ihrer Luftwaffe dient, wurden an diesem Tag dem hessischen Landeswahlleiter übergeben.



Der Demonstrationszug der Startbahngegner überschwemmte Wiesbaden.

Eindrucksvoller konnte die Massenfeindlichkeit der Börnerschen Politik, die allein im Interesse der Konzerne und des Militärs liegt, wohl nicht dokumentiert werden. Börner gefällt sich doch darin, die Startbahngegner als eine kleine Minderheit hinzustellen, für deren lautstarken Protest nicht das „Interesse von Millionen“ geopfert werden könne.

In seiner Rede auf der Abschlußkundgebung erklärte der Sprecher der Bürgerinitiative gegen die Startbahn, Schubart: da die hessische Landesregierung wisse, daß sie den Konflikt „nur militärisch und nicht politisch“ gewinnen könne, fürchte sie das Volksbegehren „wie der Teufel das Weihwasser“. Falls sie das Volksbegehren ignoriere, sei das ein „einmaliger Vorgang seit Ende des Faschismus in Deutschland“.

Börner aber redet noch immer von der angeblichen „Verfassungswidrigkeit“ des Volksbegehrens. Er versucht ja auch immer noch alles, den Startbahnbau zu vollenden, bevor auf diesem Wege etwas geändert werden kann. Die „Verfassungswidrigkeit“ sei unter anderem darin begründet, daß hier nicht nur Landes-, sondern auch Bundesinteressen berührt seien.

Wohl nicht nur Bundesinteressen, sondern vor allem Bündnisinteressen! Zu diesem Thema äußerte sich Schubart ebenfalls: Neben der Zerstörung des Waldes sei es „erst recht unannehmbar, daß die geplante Startbahn West dereinst mal als der große Ablageplatz für Cruise Missiles, für Pershing II, für Neutronenbomben oder als Zwischenlandeplatz für irgendwelche Eingreiftruppen benutzt wird.“

Wenn die Landesregierung das Volksbegehren zurückweist,

werden sich die Bürger bestimmt nicht allein auf den „Rechtsweg“ verlassen, um daran etwas zu ändern, obwohl dieser selbstverständlich eingeschlagen wird, und Börner somit freie Hand zur Schaffung vollendeter Tatsachen lassen. Es wird noch entschlossene Aktionen vor Ort geben.

Die Hetze gegen „Gewalttätigkeiten“ schlägt jetzt schon hohe Wellen. Das wird noch schlimmer werden. Aber die Gewalt geht von Börners Bürgerkriegspolitik aus, Gewalt in einem Maße, wie sie die meisten Menschen dort noch nie erlebt haben. Und diese Menschen wehren sich und werden sich weiter wehren.

Eine solche vollkommen gerechtfertigte Gegenwehr war auch die angekündigte Aktion Zehntausender am Sonntag, als Autobahnzufahrten zum Flugplatz mit Barrikaden gesperrt wurden. Der Polizei gelang es auch mit größtem Einsatz von Wasserwerfern, Schlagstöcken und anderen Gewaltmaßnahmen nicht, dieser Situation Herr zu werden. Zwar konnte der Flugverkehr weitgehend aufrechterhalten werden, aber viele erreichten den Flughafen gar nicht, die die abfliegenden Maschinen benutzen wollten.

Die Aktionen von Wiesbaden und Frankfurt haben eine große Bedeutung weit über die Landesgrenzen Hessens hinaus. Sie sind eine großartige Ermunterung aller Demokraten in unserem Land, ein Beispiel, wie man einer reaktionären Politik — egal, unter welchem Parteina-men sie durchgeführt wird — entgegengetreten muß. Und entgegengetreten kann.

Der Kampf geht weiter.

Die Startbahn West wird nicht gebaut!

Haushaltsgesetze verabschiedet

Weiterer Sozialabbau gefordert

BONN. — Der Bundestag hat nach abschließender Beratung in der vergangenen Woche die von der Regierung als „Operation 82“ bezeichneten Haushaltsgesetze verabschiedet, die unter anderem den Abbau sozialer Leistungen in nahezu allen Bereichen, die Erhöhung von Massensteuern und Sozialabgaben und auf der anderen Seite satte Steuergeschenke für die Kapitalisten beinhalten.

Die Koalitionsfraktionen stimmten nahezu geschlossen für die „Operation 82“ —, ein wahrhaft trauriges Bild bot hier die sogenannte parlamentarische Linke der SPD. Lediglich die Abgeordneten Coppik, Hansen, Thüsing und Meinke stimmten wenigstens gegen einzelne Teile des Sparprogramms, z.B. gegen die Kürzung des Kindergelds. (Coppik wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Streichungen beim Kindergeld insgesamt 1,8 Milliarden Mark umfassen, während allein für den Tornado im

82er Haushalt 3,6 Milliarden bereitgestellt werden.

Die Fraktion der CDU/CSU stimmte gegen die Haushaltsgesetze, aber nicht, um den sozialen Besitzstand der Werktätigen zu verteidigen, sondern im Gegenteil, „weil die Regierung nicht den Mut für weitere Kürzungen gefunden hat.“ Das deckt sich mit den Forderungen, die letzte Woche der Bundesverband der Deutschen Industrie erhoben hat: Sie laufen auf eine noch drastischere Umverteilung der Haushaltsmittel zugunsten des Kapitals hinaus.



Transparent bei einer Solidaritätsaktion in Reutlingen.

Kommentar der Woche

Die Stuttgarter DGB-Demonstration der 70000 gegen den Sozialabbau liegt bereits mehr als eine Woche zurück. Trotzdem kommen wir an dieser Stelle noch einmal auf sie zurück. Denn diese Demonstration war für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung unseres Landes ein sehr wichtiges Ereignis.

Der Arbeiteraufmarsch von Stuttgart steht unserer Ansicht nach hinter der Bonner Friedensdemonstration der 300000 an Bedeutung nicht zurück. Wo die Veranstalter ungefähr 20000 Teilnehmer erwartet hatten, kamen mehr als dreimal soviel! Das war eine der größten Arbeiterdemonstrationen seit Jahrzehnten, eine Demonstration, die überhaupt zu den größten zählt, die der DGB bislang organisiert hat.

70 000 in Stuttgart waren erst der Anfang!

Und das war ja keine bundesweite Demonstration. Aufgerufen waren lediglich die Gewerkschafter eines Bundeslandes! Was in Baden-Württemberg möglich war, wäre zweifellos auch in der übrigen Bundesrepublik und in Westberlin möglich. Hunderttausende Arbeiter und Angestellte würden heute gegen die Bonner Sparbeschlüsse, gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn auf die Straße gehen, wenn die Gewerkschaften konsequent dazu mobilisieren und aufrufen würden!

Welche Furcht die Herrschenden vor dieser Möglichkeit haben, zeigt die Reaktion auf die Stuttgarter Demonstration. Hatten die überregionalen Massenmedien vor der Demonstration nicht die geringste Notiz davon genommen, so war sie hinterher plötzlich groß in allen Schlagzeilen. Unverkennbar hat der Aufmarsch von 70000 Gewerkschaftern die Herren in Bonn und ihre Hintermänner in den Zentralen des Finanzkapitals in Alarmstimmung versetzt. Graf Lambsdorff hat inzwischen die baden-württembergische IG Metall wegen ihrer Agitation für die Stuttgarter Demonstration einer Volksverhetzung à la Goebbels bezichtigt. Diese ungeheuerliche Diffamierung qualifiziert nicht nur den Wirtschaftsgrafen als einen skrupellosen Zyniker und Gewerkschaftsfeind. Sie zeigt zugleich die Angst der Herrschenden davor, daß Stuttgart Schule machen könnte.

Dabei hat die IG Metall doch nichts weiter gemacht, als ein Flugblatt in den Betrieben zu verbreiten, das wenigstens annähernd den total arbeiterfeindlichen Charakter der Bonner Sparbeschlüsse aufzeigt und zum Widerstand dagegen aufruft. Wenn Lambsdorff gewerkschaftliche Agitation auf derartige Weise verleumdet, will er den rechten DGB-Führern den Rücken stärken, die solche Flugblätter und solche Initiativen abwürgen, wo es nur geht.

Das zielt darauf, den DGB an die Kette des „Sozialen Dialogs“ zu legen und jegliche Mobilisierung der Arbeiter in der Tendenz als extremistisch abzustempeln. Statt den Protest der Arbeiter zu organisieren, statt der zutiefst berechtigten Empörung der Massen über die Bonner Sparkommissare Ziel und Richtung zu geben, sollen die Gewerkschaften sich an die Linie von DGB-Chef Vetter halten, der mit jenen, die rücksichtslos die mühsam erkämpften sozialen Rechte der Arbeiterschaft niederwalzen, im Kanzler-Bungalow den „Sozialen Dialog“ führt.

Vetter und Konsorten versuchen die Ideologie des „Alle sitzen in einem Boot und ziehen am gleichen Strang“ zu beleben. Mit der bankrotten Politik der Sozialpartnerschaft will er den Arbeiterprotest zersetzen und abwiegen und die Ansätze einer klassenkämpferischen gewerkschaftlichen Strategie abwürgen, die in der Mobilisierung für Stuttgart enthalten waren.

Ist der Zug jetzt, wo die Sparbeschlüsse den Bundestag passiert haben, abgefahren? Bleibt jetzt nur noch Resignation? Auf keinen Fall!

Die Sparbeschlüsse sind längst noch nicht verwirklicht. Außerdem sind sie erst der Anfang eines von den Herrschenden begonnenen Kahlschlags bei den sozialen Rechten und Errungenschaften der Arbeiterklasse.

Was in Stuttgart möglich war, muß jetzt auch woanders laufen! Dafür müssen alle klassenkämpferischen Gewerkschafter jetzt Dampf machen!

Hanfried Brenner

Die verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR brauchen unsere Solidarität!

Aufruf zu einer Solidaritätswoche vom 23. 11. - 28. 11. 81

Seit mehr als neun Monaten sind Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt inzwischen als politische Gefangene im Untersuchungsgefängnis des Staatssicherheitsdienstes der DDR in Pankow. Acht bis zehn Staatsbürger der DDR wurden im Laufe des letzten Jahres verhaftet. Im September fanden die ersten beiden Prozesse statt. Die Angeklagten wurden zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Warum diese Verhaftungen? Warum diese hohen Gefängnisstrafen? Weil die Verhafteten, Staatsbürger der DDR, zur Solidarität mit den Streiks in Polen aufgerufen haben; weil sie im Interesse der Erhaltung des Friedens den Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt fordern; weil sie gegen das Honecker-Regime, für Sozialismus und Demokratie kämpfen. Die Verhafteten sind kommunistische Oppositionelle. Der Staatssicherheitsdienst wirft zumindest einigen von ihnen die Unterstützung der illegal in der DDR bestehenden KPD Sektion DDR vor sowie die Verbreitung ihrer — ebenfalls illegal erscheinenden — Publikationen, u. a. des „Roten Morgen“, Ausgabe DDR.

Trotz der verschärften Verfolgung führen die Genossen der KPD in der DDR ihren Kampf weiter, versuchen sie die Solidarität mit den Verhafteten

zu organisieren. Ihr Kampf ist gefährlich, mit einem hohen persönlichen Risiko für jeden einzelnen verbunden, und schwierig zugleich. Denn die Behörden der DDR haben eine Mauer des Schweigens um diese Verhaftungen errichtet. Die Arbeiter, die Bevölkerung der DDR, sollen nichts über die Verfolgung dieser kommunistischen Oppositionellen erfahren. Warum? Weil das Honecker-Regime diejenigen Oppositionellen am meisten fürchtet, die die Verhältnisse in der DDR vom Standpunkt der Arbeiterklasse, ausgehend von den Lehren von Marx, Engels und Lenin kritisieren.

Die Genossen und Freunde in der DDR brauchen unsere Hilfe, unsere Solidarität! Deshalb ruft das Politbüro der KPD alle Freunde und Genossen, alle demokratisch gesinnten Menschen auf, sich vom 23. 11. bis 28. 11. an einer Solidaritätswoche mit den verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR zu beteiligen!

Informieren wir die Menschen in der Bundesrepublik mit Flugblättern, Informationsständen, kleinen Versammlungen usw. über die Verhaftung der Genossen und Freunde in der DDR! Organisieren wir die Solidarität durch das Einbringen von Protestresolutionen in Gewerkschaftsgruppen, in Frie-

densinitiativen usw., durch das Sammeln von Unterschriften, durch die Verbreitung von Protestpostkarten! Geben wir den Verhafteten moralische und finanzielle Unterstützung, indem wir ihnen schreiben und Geld für sie sammeln! Jeder kann

etwas tun! Jeder ist aufgerufen, seinen Beitrag zu leisten! Einer für alle, alle für einen — das gilt für die Arbeiterklasse, für Kommunisten, auch über Staatsgrenzen hinweg!

Politbüro der KPD

Materialien, die für die Solidaritätswoche zur Verfügung stehen:

- Flugblatt „Kommunistische Oppositionelle in der DDR zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt“
- Informationsplakat
- Aufkleber
- Protestpostkarten, adressiert an die Ständige Vertretung der DDR in Bonn und an den Ministerrat der DDR in Berlin, Hauptstadt der DDR
- Unterschriftenlisten
- Informationsbroschüre „Die unbekannte Opposition in der DDR“

Grüße an die Verhafteten sind zu richten an:

Manfred Wilhelm, 5.1.51, Generalstaatsanwaltschaft von Berlin, Hauptstadt der DDR, Littenstr. 16-17

Andreas Bortfeldt, 1.5.53, Generalstaatsanwaltschaft von Berlin, Hauptstadt der DDR, Littenstr. 16-17

Solidaritätsspenden: Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199), Konto-Nummer: 321004547, Stichwort: DDR-Solidarität.



8. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens — Triumph des Sozialismus!

TIRANA. — Vor anderthalb Wochen ging der 8. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens zu Ende. Es war ein Parteitag des Triumphs des Sozialismus, ein Parteitag, der die wahrhaft revolutionären albanischen Kommunisten auf das engste mit dem ganzen Volk vereint sah, der auf enorme Erfolge zurückblicken konnte und dem weiteren Aufbau des Landes großartige Perspektiven eröffnete.

Dort, wo aus den scheinsozialistischen Staaten Osteuropas tagtäglich neue Meldungen über Berge an Westschulden und an Schulden an den Energiepreisdiktator UdSSR kommen, da baut das kleine Albanien seine Wirtschaft ohne eine einzige fremde Mark, ohne einen gepumpten Lek auf. Und während in West- und Osteuropa groß darüber spekuliert wurde, wem sich die Sozialistische Volksrepublik Albanien nach dem Abbruch der Beziehungen durch die VR China wohl „zuwenden“ würde, da zeigte sich, daß Albanien zu keiner Zeit von China abhängig war und daß es sich niemandem zuwandte.

Und während aus Polen, Rumänien, der CSSR und selbst aus Bulgarien sich die Meldungen über Versorgungengpässe, über Lebensmittelknappheit und Mißernten häuften, während dort Spekulation, Korruption und wiedererstarkte Privatswirtschaft an der Tagesordnung sind und Käuferschlangen das Bild beherrschen, gibt es in Albanien nichts dergleichen: weder Schlangen noch Rationierung, weder Inflation noch private Bereicherung. Der Wohlstand des Volkes wächst mit der Festigung des Sozialismus kontinuierlich an.

Es war ein Parteitag, der die Konsequenzen aus den wirtschaftlichen Erfolgen zog, ein Beweis für die Richtigkeit der Politik der Partei der Arbeit, den Aufbau des Sozialismus auf der Kraft der arbeitenden Menschen zu basieren. Es war aber auch ein Parteitag, der insge-

samt eine reiche Bilanz der Vertiefung des revolutionären Prozesses vorlegen konnte. Sei es mit der neuen Gesetzgebung auf der Grundlage der neuen sozialistischen Verfassung, sei es mit der gesamten Politik der Befähigung der breiten werktätigen Massen, der Arbeiterklasse vor allem, zur Leitung des Staates und der Gesellschaft.

Mit dem Kampf der albanischen Kommunisten, der albanischen Arbeiterklasse um die Erhöhung des Niveaus der wissenschaftlich-technischen Leitungsarbeit in allen Bereichen der Gesellschaft werden die Grundlagen dafür gelegt, dem Land, dem Volk einen weiteren großen Aufschwung zu sichern.

Der Parteitag der PAA war ein weiterer Beweis dafür, daß eine wahrhaft kommunistische Partei mit den Volksmassen aufs Engste verbunden ist, daß in einem wahrhaft sozialistischen Staat, in dem die Arbeiterklasse das Sagen hat, kein Gegensatz zwischen den Arbeitern und der Staatsmacht entsteht, wie er heute in Polen, in Rumänien und zunehmend auch in anderen pseudosozialistischen Staaten Osteuropas immer sichtbarer wird.

Die Hauptstadt der SVR Albanien, das ganze Land beging diesen 8. Parteitag seiner Partei auch als einen Festtag, der durch Tanz und Musik und großartige revolutionäre Stimmung gekennzeichnet war. In diesem Geiste wurden auch die Direktiven über den 7. Fünfjahrplan auf dem Parteitag ver-

abschiedet, nachdem sie zuvor in einer äußerst breiten Volksdiskussion erstellt worden waren.

Dieser Parteitag bewies anschaulich die große Dynamik des revolutionären Prozesses in der SVR Albanien, die die Grundlage für die Erfüllung der großen Pläne in den nächsten fünf Jahren ist, Pläne, die das Gesicht des kleinen sozialistischen Staates an der Adria weiter verändern werden. Die albanische Realität beweist die Überlegenheit des Sozialismus, sie zeigt die wahre Natur des Sozialismus, die von den Revisionisten Osteuropas in den Dreck gezogen wurde — die Gesell-

schaft der Freiheit und des Wohlstands für die Arbeiterklasse und die Bauernschaft.

Auf Seite 9 in dieser Ausgabe des „Roten Morgen“ veröffentlichten wir einige Auszüge aus dem Rechenschaftsbericht von Enver Hoxha. Weitere Auszüge werden im nächsten „Roten Morgen“ folgen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch darauf hinweisen, daß der Rechenschaftsbericht inzwischen in einer deutschen Übersetzung vorliegt und demnächst vom Verlag Roter Morgen ausgeliefert wird. Bestellungen können schon jetzt an den Verlag (4600 Dortmund 30, Postfach 300526) gerichtet werden.

10 Jahre Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft

Freundschaftsfest

**Dortmund-Barop
Parkhaus Barop, Stockumer Straße 241
21. November, Einlaß ab 16 Uhr**

Vorprogramm mit Reisefilmen, Ausstellungen, Essen und Trinken (mit albanischen Spezialitäten)

**Grußwort der Gäste aus Albanien, Rede von Peter Platzmann, Vorsitzender der DAFG
Rede von Max von der Grün, Schriftsteller
Albanische Lieder und Tänze, vorgeführt von der Gruppe „Blinkfüer“**

Anschließend Tanz und Unterhaltung

Eintritt: DM 2, — im Vorverkauf bei der DAFG und DM 3, — an der Abendkasse

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Die Solidaritätsaktion mit den verhafteten kommunistischen Oppositionellen

WIRBEL AM ALEXANDERPLATZ

Eine beispielhafte Aktion

Um Punkt 11 Uhr am Samstag, den 21. November beginnt es: vier Mitglieder des westdeutschen Solidaritätskomitees mit den oppositionellen Kommunisten in der DDR ketten sich an einen Laternenpfahl auf dem Alexanderplatz vor dem Centrum-Kaufhaus an. Eine Kette um den Mast und sich selbst mit Handschellen daran gekettet, beginnen sie Parolen zu rufen und entfalten ein Transparent.

Einige Leute stürzen sofort hinzu und reißen das Transparent weg — Agenten des Staatssicherheitsdienstes, was man daran sehen kann, daß es dieselben sind, die nachher den herbeigeeilten Volkspolizisten Befehle erteilen.

Und jetzt beginnt sich ein beeindruckendes Bild zu entwickeln. In wenigen Augenblicken sammeln sich zweihundert, später sind es dreihundert und noch mehr Menschen um diesen Laternenpfahl. Hunderte bleiben stehen, schauen hin, laufen hin, und mitten in diesen Auflauf sinkt ein Wirbel weißer Blätter vom Centrum-Kaufhaus herab. Der Wind ist günstig, die Würfe waren gut, und einige Momente lang bleiben die Blätter in der Luft fast stehen — und es wird ganz still auf dem Platz,

alles schaut nach oben. Nur ein Stasi-Agent brüllt: „Wo kommt das denn her?“.

Aber da liegen schon fast tausend Flugblätter, schön verstreut, auf dem Platz. Und jetzt beginnt des Schauspiels zweiter Teil. Ein regelrechtes Wettrennen. Zwei junge Frauen in Pelzmänteln und einer der Stasi-Agenten sammeln, so schnell sie können, die Blätter ein, werfen sie in einen Mülleimer und zünden sie an — aber sie schaffen nicht viele.

600 bis 700 Flugblätter landen in Einkaufstaschen, Brusttaschen, Hosentaschen oder sonstwo. Man kann die unterschiedlichen Reaktionen deutlich erkennen. Die einen toben. Das sind die ungefähr zehn Stasi-Leute und vielleicht 20 bis 30 offensichtliche SED-Fanatiker. Einige nehmen das Flugblatt lesen es kurz und lassen es dann ängstlich fallen und gehen sofort weiter. Aber viele kann man in der Runde sehen, die es — wie oben beschrieben — aufnehmen und einstecken. Und das geschieht in allen Varianten. Zweimal hörte man wörtlich Männer zu ihrer jeweiligen Frau sagen: „Nimm und geh, ich guck noch zu“, wobei das Flugblatt in besagte Einkaufstaschen wanderte.

Diese Leute bleiben stehen, sehen, hören zu, schweigen aber selbst. Kein einziger von denen, die man genau beobachten konnte, wie sie das Flugblatt nach kurzer Betrachtung einsteckten, sagte etwas. Lediglich einige Jugendliche, von denen ebenfalls drei ein Blatt eingesteckt haben, machen Bemerkungen, wie: „Jetzt startet gleich der Sibirienexpress“, als die Vopo-Streifenwagen kommen.

Und sie kommen zu spät, jedenfalls nach Meinung der Stasi-Agenten. Runde sechs bis acht Minuten dauerte es, bis der erste Vopo auftaucht, nochmals drei bis vier, bis er die zwei Streifenwagen herbeigeschafft hat — dafür muß er harte Kommentare der Zivilagenten hinnehmen.

Und damit ist das Problem noch nicht gelöst. Denn jetzt gibt es ja noch die Kette und die Handschellen. „Schließen Sie auf“, fordert ein riesiger Vopo — aber die Angeketteten haben die Schlüssel verloren. Und dadurch zieht sich das ganze nochmals weitere 10 Minuten hin.

Ungefähr 23 Minuten, nachdem das ganze begann, werden

schen davon abhalten, sich für die Vorgänge näher zu interessieren. Aber mehrmals konnte man auch beobachten, wie sich offensichtlich persönliche Bekannte leise am Rande unterhielten, meist nur kurz. Jene Unterhaltungen dieser Art, die

Gruppen von Menschen sich leise unterhalten, die dabei auf den Laternenpfahl zeigen oder hochblicken zu jener Kaufhausballustrade, von der die Flugblätter so eindrucksvoll herabsegelten, daß einen Moment Stille am Alex war.



Die Aktion beginnt: Das Transparent wird entfaltet.

die vier Mitglieder des Solidaritätskomitees, Karin Wagner, Helmut Stockmar, Werner Kramer und Franz Schlechter abgeführt, zu viert auf dem Rücksitz eines Streifenwagens.

Und in dieser Zeit waren es ständig über 200 Menschen, die sie umlagerten. Und zwar in wechselnder Besetzung. Ständig da waren nur eine lautstarke Handvoll entschiedener Gegner dieser Aktion, die mit solchen Argumenten wie „geht doch rüber in den Westen und demonstriert dort“ vorgingen, worauf sie die passenden Antworten bekamen. „Warum seid ihr hier“, fragen einige vorsichtig: „Weil es eine Schweinerei ist, daß hier Kommunisten genauso verfolgt werden wie in der Bundesrepublik“ — darauf fällt sogar den Stasi- und SED-Leuten einen Moment lang keine Antwort ein. Deshalb reichen sie nach hinten auch die unmöglichsten Geschichten weiter. Es seien Nazis, es seien Bundeswehrangehörige, es seien Demonstranten für die NATO und ähnliche Horrorstories sollen die Men-

mitzubekommen waren, endeten alle vier mit der Aussage: „Ich erzähle es Dir später genau“.

Als der Vopo-Streifenwagen abfährt, fährt auch der zweite ab, und das Staunen der Informierten ist groß: Da sitzen zwar auch drei Leute drin, die offensichtlich festgenommen wurden, und ADN meldete dann später auch die Festnahme von sieben Westbürgern wegen Rowdytums, aber die Drei, die da sitzen, kennt man nicht, sie hatten nichts mit der Aktion zu tun. Währenddessen melden sich alle anderen, die beteiligt waren, außer den vier Angeketteten natürlich, im Laufe des Samstagnachmittags wieder zurück.

Offensichtlich waren diese drei Touristen gewesen, die fotografiert hatten, und selbst nach der DDR-Justiz stellt fotografieren nun wirklich kein Rowdytum dar.

Nachher beginnt das normale Treiben eines Samstagmorgens wieder auf dem Alex. Aber immer wieder sieht man kleine

Ohne Zweifel hat diese Aktion auch in Berlin, unter den Bürgern der DDR mehr Aufmerksamkeit erregt, als es den Behörden lieb war. Denn sonst hätten sie sich in ihrer Berichterstattung wohl auf die Routineformulierung von den Rowdys beschränkt und nicht versucht, noch zusätzlich mit gezielten politischen Fehlinformationen die Sachlage zu verwirren. Denn da war von einer Rowdyaktion im Zusammenhang mit Polen die Rede — eine Fassung, wie sie auch in späteren Westmeldungen teilweise übernommen wurde, obwohl die ersten Meldungen im Westfernsehen noch korrekt gewesen waren.

Der weiße Wirbelwind am Alex und die mutige und beispielhafte Aktion der vier von der Volkspolizei festgenommenen haben so ihr erstes Ziel erreicht: Für erhöhte Aufmerksamkeit sorgen, auch im Westen. So war diese Aktion ein beispielhafter Auftakt für die Solidaritätswoche mit den verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR.



Einer der letzten Augenblicke, bevor sich eine riesige Menschenmenge um die vier Demonstranten sammelte.

„Haben Sie keine Argumente, Erich Honecker?“

Solidaritätskomitee verteilt Flugblatt in Ostberlin

Die Teilnehmer an der Aktion des Solidaritätskomitees in Ostberlin verteilten ein Flugblatt mit der Überschrift „Kommunistische Oppositionelle zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt“. Wir drucken im folgenden dieses Flugblatt im Wortlaut ab.

Bürger der DDR!

Wir, Mitglieder eines westdeutschen Solidaritätskomitees, haben uns heute, am 21. 11. 1981, auf dem Alexanderplatz angekettet. Warum? Wir haben uns nach gründlicher Überlegung zu dieser ungewöhnlichen Aktion entschlossen, weil wir meinen, daß es unbedingt notwendig ist, das Schweigen zu brechen, mit dem die Behörden der DDR die Verhaftung von acht bis zehn kommunistischen Oppositionellen, Bürgern der Hauptstadt Berlin, umgeben.

Warum schweigen Sie, Erich Honecker?

Angefangen vom Oktober letzten Jahres bis heute wurden acht bis zehn Bürger der DDR verhaftet. Drei von ihnen wurden im September in zwei Prozessen zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt. Stellvertretend für alle Inhaftierten seien hier

zwei Namen genannt: Manfred Wilhelm, bis zu seiner Verhaftung am 19. 3. 1981 Schlosser in der ND-Druckerei. Andreas Bortfeldt, Diplom-Mathematiker am Institut für Wasserwirtschaft in Berlin. (Andreas Bortfeldt ist der Sohn des DEFA-Film-Autors Kurt Bortfeldt, der im Mai dieses Jahres starb.) Ihnen allen wird u. a. die Verbreitung von Schriften der KPD/Sektion DDR, die Mitarbeit an der illegalen Zeitung „Roter Morgen“-Ausgabe DDR u. ä. vorgeworfen.

In zahlreichen Ländern wissen die Menschen über diese Verhaftungen Bescheid. Amnesty International hat Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt als Gewissensgefangene anerkannt. In Schweden, Dänemark, England, Italien, Japan wurde am 1. 10. 81 vor den Botschaften der DDR gegen diese Verhaftungen protestiert. Portugiesische Parlamentsabgeordnete übergaben eine Protestnote. Fast 3000 Teilnehmer der großen Friedensdemonstration am 10. 10. in Bonn solidarisierten sich mit diesen politischen Gefangenen. Nur die Bürger der DDR wissen nicht Bescheid. Warum schweigen Sie über diese Verhaftungen, Erich Honecker? Warum prangert das „Neue Deutschland“ nicht öffentlich die „Verbrechen“ der Inhaftierten an? Haben Sie vielleicht Angst vor dem Urteil, das die Werktätigen der DDR dann sprechen werden?

Ist es ein Verbrechen, Kommunist zu sein?

Nach Artikel 20 der Verfassung der DDR sind Gewissens- und Glaubensfreiheit gewährleistet. Nach Artikel 27 hat jeder Bürger das Recht, den Grundsätzen der Verfassung gemäß seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Nichts anderes haben die Verhafteten getan.

• Sie haben zur Solidarität mit den streikenden Arbeitern in Polen aufgerufen, die Bildung freier Gewerkschaften begrüßt und zugleich vor dem Versuch der katholischen Kirche und westlicher imperialistischer Kreise, die Bewegungen auf ihre Gleise zu lenken, gewarnt. Ist die Solidarität mit den Arbeitern

anderer Länder etwa kein Grundsatz der Verfassung der DDR?

• Sie treten im Interesse der Erhaltung des Friedens gegen den sogenannten Nachrüstungsbeschluß der NATO, gegen die Mitgliedschaft der BRD in der NATO, aber auch für den Beginn einseitiger Abrüstungsmaßnahmen durch die DDR, für den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR, für die Erklärung der Neutralität durch die DDR ein. Muß man nicht zumindest darüber nachdenken, ob auf diese Weise der Frieden erhalten werden könnte?

• Sie haben die Verhältnisse in der DDR, grundlegend kritisiert und für einen wahren Sozialismus gemäß den Lehren von Marx, Engels und Lenin gekämpft. Ist das nach den Grundsätzen der Verfassung der DDR etwa ein Verbrechen?

Haben Sie keine Argumente, Erich Honecker?

Den Inhaftierten wird „staatsfeindliche Hetze“ vorgeworfen. Sie befinden sich zum Teil seit mehr als einem Jahr in U-Haft. Zu den Prozessen haben Bürger der DDR keinen Zugang. Haben Sie keine anderen Argumente, Erich Honecker, um auf die Kritiken der Genossen und Freunde der KPD zu antworten, als das Gefängnis? Als die Nachrichtensperre?

Freiheit für Manfred, Andreas und ihre Freunde!

Mitglieder der KPD/Sektion DDR und andere Bürger der DDR informieren seit Monaten über die Verhaftungen. Aber ihre Möglichkeiten sind begrenzt. Deshalb führen wir diese Solidaritätsaktion durch. Wir fordern, daß die Werktätigen der DDR wahrheitsgemäß über die Verhaftungen und ihre Hintergründe informiert werden. Wir fordern öffentliche Prozesse, zu denen die Bevölkerung der DDR und internationale Beobachter Zutritt haben!

(Teil II)

Wie wir im ersten Teil des Artikels nachgewiesen haben, widersprechen die Theorien der Memorandumgruppe sowohl in polit-ökonomischer Hinsicht, wie in der Frage der Staatstheorie den Erfahrungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, den theoretischen und praktischen Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus. Verbunden mit der Verbreitung der Theorie eines angeblich im Prinzip neutralen Staates, wird von der Memorandumgruppe propagiert, den Weg der „Demokratisierung der Wirtschaft“, d.h. der sogenannten Wirtschaftsdemokratie zu gehen.

Diese in der Weimarer Republik, als Fortsetzung des vor dem ersten Weltkrieg entstandenen Revisionismus, entwickelte Theorie wurde von Leipart, damals Vorsitzender der ADGB (heute DGB) so gekennzeichnet: „Wirtschaftsdemokratie in unserem Sinne bedeutet den Kampf gegen die Alleinherrschaft der Unternehmer in der kapitalistischen Wirtschaft. (...) Wirtschaftsdemokratie ist zu verwirklichen vor der Durchführung der sozialen Wirtschaftsordnung.“ (1928)

Der sozialdemokratische Parteitag in Kiel 1927 formuliert diese Theorie so: „Das Problem ist jetzt, mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der bewußten gesellschaftlichen Regelung diese, von den Kapitalisten organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln.“ (Hilferding auf dem Kieler Parteitag 1927)

„Eine Illusion ist geplatzt“

Das hat natürlich mit Klassenkampf nicht mehr das mindeste zu tun. Hier wird von „links“ versucht, den Kapitalismus zu verbessern. Nur stellt sich da doch die Frage, wie will man mit einem kapitalistischen Staat, einem Staat der Unternehmer, den Kapitalismus abschaffen? Und gerade die Lehren der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in der Weimarer Republik machen sehr anschaulich das Scheitern dieser Theorien deutlich. Als der deutsche Imperialismus die Sozialdemokratie nicht mehr benötigte, sie ihren Einfluß in der Arbeiterklasse zunehmend an die kommunistische Partei verlor, griffen die reaktionärsten und die kapitalistische Wirtschaftsordnung der Weimarer Republik bestimmenden Monopole zu dem Mittel der Ablösung der bürgerlichen Demokratie durch die offene faschistische Diktatur Hitlers.

Die Theorie der Wirtschaftsdemokratie beinhaltet natürlich einen Verzicht auf die Bekämpfung und die Vernichtung des kapitalistischen Ausbeutersystems. Diese Theorie hat — bedingt durch den Einfluß der Sozialdemokratie in der Arbeiterklasse — während dieses Zeitraums auch ihre Wirkung zur ideologischen Entfaltung des deutschen Proletariats geleistet. Zusätzlicher Grund, für die Ideologen der Gewerkschaftsbürokratie und die SPD der Weimarer Zeit, diese Theorie zu propagieren, war, nach ihren eigenen Worten:

„Jeder von uns weiß nun, wenn er sich die Entwicklung der letzten Jahre ansieht, daß im Seelenleben der deutschen Arbeiterbewegung etwas gebrochen ist. Eine Illusion ist geplatzt. Das, woran man jahrzehntlang geglaubt hat, wenigstens in den Massen, indem man meinte, an dem Tage, an dem

Welche Grundlagen hat das Memorandum „Alternativen der Wirtschaftspolitik“?

Seit mehreren Jahren veröffentlicht eine Gruppe von Wissenschaftlern regelmäßig wirtschaftspolitische Memoranden, die eine fortschrittliche Alternative zur Bonner Wirtschaftspolitik darstellen sollen. Im letzten „Roten Morgen“ ist gezeigt worden, daß die theoretischen Grundlagen dieser Memoranden in reformistischen Konzepten zu suchen sind. Im nachfolgenden

wir die politische Macht erringen würden, würde es ein Kinderspiel sein, die letzten Ziele unserer Bewegung zu verwirklichen, ist nicht in Erfüllung gegangen.

Die Enttäuschung darüber ist das innere Unglück der deutschen Arbeiterbewegung in den letzten Jahren gewesen. Hier finden sich auch die Ursachen der kommunistischen Bewegung. Denn Zehntausende, nicht der Schrecktesten, haben es einfach nicht ertragen können, kein Ideal mehr zu haben. Sie sind aus dieser Enttäuschung in eine neue Illusion hineingeflüchtet, weil sie es innerlich mußten. Auch unsere Gewerkschaftsbewegung hat darunter gelitten. Es ist schon notwendig, zu fragen, ob das so bleiben muß, ob wir nicht in unsere Arbeiterbewegung und ganz besonders in unsere Gewerkschaftsbewegung eine Ideologie hineinbringen können, an die die Massen glauben können, ein Ideal — die Wirtschaftsdemokratie.“ (Tarnow, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß 1925.)

Hier wird die Verantwortung für das Scheitern der sozialistischen Revolution 1918 in Deutschland nicht bei der vorangegangenen Entartung der ehemals revolutionären SPD gesucht, sondern der Arbeiterklasse zugeschoben. Außerdem zeigen sich die Ideologen der Wirtschaftsdemokratie nicht nur als Verräter am Klassenkampf, sondern als demagogische Betrüger, die die Arbeiterklasse mit Illusionen betrügen, um sich ihr Vertrauen zu erhalten.

„Verbesserung“ oder Sturz des Kapitalismus?

Auf diese Weise wurde schon in der Weimarer Republik von der Gewerkschaftsführung — gerade bei der Verschärfung der Klassenkämpfe — dem Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutersystem für den Sozialismus die Illusion der Wirtschaftsdemokratie entgegengesetzt. Damit versuchte man einmal auf die Fragen der nach einem Ausweg aus den Krisen der Weimarer kapitalistischen Wirtschaftsordnung suchenden Arbeiter, eine — nicht revolutionäre — Perspektive zu weisen. Zum anderen trug man damit im Interesse der Bourgeoisie objektiv zur Sicherung ihres Herrschaftssystems bei, erleichterte die Errichtung des Faschismus!

Diese kurzen Anmerkungen zur Theorie der Wirtschaftsdemokratie sollen hier genügen, um deutlich zu machen: Die von der Memorandumgruppe vertretene Theorie der möglichen Demokratisierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung trägt objektiv zur Festigung der Illusionen über den Kapitalismus bei. Für uns als Kommunisten gilt es in den Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiter- und Gewerkschaftsbe-

wegung klar festzuhalten, daß den Unterdrückten keine stärkere Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern an der gemeinsamen Leitung der Betriebe auf Grundlage des kapitalistischen Wirtschaftssystems hilft, sondern daß der Sturz der Herrschaft der Kapitalisten und ihres Staates notwendig ist.

Nun heißt dies aber nicht, daß wir als Kommunisten uns darauf beschränken können, dies zu propagieren und darauf zu warten, daß halt alles seinen Gang gehen wird. Notwendig ist doch eine Änderung in den Auf-

zweiten Teil unseres Artikels wird dargestellt, welche Rolle die auch von der Memorandumgruppe vertretene Auffassung von einer „Demokratisierung der Wirtschaft“ in der Weimarer Republik gespielt hat. Abschließend werden die konkreten Forderungen der Memorandumgruppe an die Bonner Wirtschaftspolitik untersucht.

Veröffentlichungen eine ganze Reihe von Vorschlägen, wie in der derzeitigen Krise, eine andere Wirtschaftspolitik aussehen sollte. Im folgenden wollen wir in erster Linie auf die in ihrem „Sondermemorandum 81: Beschäftigungspolitik statt Sozialabbau — Alternativen zur Sparpolitik“ gestellten Forderungen eingehen.

Im Kern sind es folgende Forderungen:

1. Ein Beschäftigungsprogramm in Höhe von 20 Mrd. Mark für 1982

rund 5 Mrd. Mark bzw. Minderbelastungen in dieser Höhe.

Da man unter dem Stichwort „Konjunkturprogramm“ eine „Politik der Nachfrageexpansion (...) nach wie vor für unverzichtbar und vordringlich (hält)“, wird es dadurch nötig, eine weitere Verschuldung bzw. Kreditneuaufnahme durch den Staat vorzusehen, in Höhe von 31 bzw. 41 Mrd. Mark.

Sicher ist es richtig, und dies hat die Partei schon in ihrem Stahlprogramm gefordert, daß an die Vergabe staatlicher Gelder Arbeitsplatzgarantien zu



Die Reichen sollen die Krise bezahlen — diese Forderung setzt sich immer mehr durch. Hier eine Demonstration von 3 000 Umschülern in Hamburg.

fassungen der in erster Linie vom Reformismus beeinflussten Arbeiter und Werktätigen herbeizuführen. Auffassungen, die sich z.B. widerspiegeln in den hohen Beteiligungszahlen an Wahlen zum bürgerlichen Parlament... „Denn ohne Änderung in den Anschauungen der Mehrheit der Arbeiterklasse ist die Revolution unmöglich; diese Änderung aber wird durch die politische Erfahrung der Massen, niemals durch Propaganda allein erreicht.“ (Lenin) Diese von Lenin gestellte Aufgabe der kommunistischen Partei wurde von Stalin so formuliert: „Die Aufgabe besteht darin, den Millionenmassen Gelegenheit zu geben, aufgrund ihrer eigenen Erfahrung die Unvermeidlichkeit des Sturzes der alten Macht zu erkennen und solche Kampfmethoden und Organisationsformen in den Vordergrund zu rücken, die es den Massen erleichtern, an Hand der Erfahrungen die Richtigkeit der revolutionären Lösungen zu erkennen.“

Vor diesem Hintergrund ist es klar, daß wir als Kommunistische Partei natürlich auch und gerade in der jetzigen Lage, konkrete Schritte und Forderungen angeben, mit denen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen bekämpft werden kann. Allerdings ohne dabei Illusionen über die Reformierbarkeit des Kapitalismus zu erzeugen! Dazu hat das ZK der Partei im Oktober ja eine wirtschaftspolitische Erklärung verabschiedet. (RM 42/81)

Die Memorandumgruppe macht in ihren verschiedenen

2. Umstrukturierungen der öffentlichen Haushalte
3. Nettoneuverschuldung des Bundes in Höhe von 31 Mrd. Mark (Alternative 41 Mrd.)
4. Beendigung der Hochzinspolitik der Bundesbank (Sondermemorandum S. 14 ff.)

Im einzelnen sind folgende konkrete Punkte genannt, die auch von uns unterstützt werden, bzw. deren Durchführung auch wir fordern:

1. Bekämpfung der Steuerhinterziehung
2. Verminderung und Verzinzung von Steuerrückständen
3. Abbau steuerlicher Subventionen an die Unternehmen, die eine zusätzliche Einnahmequelle für diese aus Steuermitteln bedeuten (z.B. die bei der Flick-Konzern-Transaktion — Kauf des Gerling-Konzerns — erlassenen Steuern)

Die Reichen sollen die Krise zahlen

An anderen Punkten gibt es Ansätze, die in die richtige Richtung weisen, jedoch nicht konsequent durchdacht und im Zusammenhang mit den zwei Problembereichen Konjunkturprogramm/Neuverschuldung unzureichend sind. Die richtigen Ansätze im Memorandumgutachten sind einmal die Einfrierung des Rüstungshaushaltes für 82 sowie eine stärkere Besteuerung höherer Einkommen. Das bringt aber natürlich nur Mehreinnahmen für 82 von

knüpfen sind. Auch die tatsächlichen Möglichkeiten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sind voll auszuschöpfen, wichtige Bereiche sind da z.B. Behebung der Wohnungsnot, Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis etc. Die Frage der Finanzierung solcher Maßnahmen ist jedoch eindeutig eine Klassenfrage — welche Klasse soll dafür zur Kasse gebeten werden?

Und da wird die den Vorstellungen der Memorandumgruppe zugrunde liegende Theorie in ihrer Inkonsistenz deutlich — stärkere Kreditaufnahme des Staates, statt die Reichen — und das heißt die Klasse der Bourgeoisie, heißt die Monopole, speziell die Rüstungsmonopole — zur Kasse zu bitten. Deshalb die Notwendigkeit der rigorosen Wegsteuerung aller Einkünfte über 120 000 Mark Jahreseinkommen, deshalb 20 Prozent Kürzung des Rüstungshaushalts! So wie in der wirtschaftspolitischen Erklärung der Partei gefordert. Denn worin besteht das Problem bei einer höheren Verschuldung, wie von der Memorandumgruppe verlangt?

Sie geben selbst an, daß bei der bisherigen Schuldenpolitik der öffentlichen Haushalte die Banken die großen Verdienster waren. Sie haben Milliarden und Abermilliarden auf diesem Weg verdient. In einer Stadt wie Dortmund z.B. ist die Neuverschuldung 1981 so hoch, wie die Zinszahlung 1981 an die Banken.

Und dies ist sicher kein Zufall, sondern Ausdruck dafür, daß sich das Finanzkapital mit Hilfe des Staates — über die

steuerliche Ausplünderung der Arbeiter und anderen Werktätigen — zusätzliche Einnahmequellen verschafft. Die staatlichen Schuldtitel werden nämlich in erster Linie von den Geschäftsbanken aufgekauft, und auch behalten, an ihnen wird gut verdient. Das kann — auch bei dem theoretisch falschen Ansatz der Memorandumgruppe — auch gar nicht anders sein. Haben doch die Werktätigen in den letzten Jahren immer weitere Einbußen ihrer realen Kaufkraft erleben müssen, so daß sie gezwungen sind, ihre kaufkräftige Nachfrage (= Lohn und Gehalt) in Gütern des täglichen Bedarfs, in Mietzahlungen etc. auszugeben — da bleibt für die normale Arbeiterin, den normalen Arbeiter kein Pfennig über, auch noch staatliche Anleihen zu kaufen — im Gegenteil die Verschuldung bei den Banken ist in den letzten Jahren rapide gestiegen.

Was schlägt nun die Memorandumgruppe vor:

1. Verstärkte „Finanzierung von öffentlichen Schuldtiteln (...) die nicht zu tilgen sind“, bei der Bundesbank.
2. „Gesetzliche Verpflichtung der Kreditinstitute, Staats-schuldentitel bis zur Höhe von 10 Prozent ihrer Termin- und Spareinlagen zu einem niedrigeren Zinssatz (...) zu halten“.

Was ist die Konsequenz der beiden Vorschläge?

Zum einen würden auch bei geringerem Zinssatz durch die größere Höhe der neuen Schulden die Ausplünderung der Werktätigen zur Finanzierung dieser Schulden nicht sinken. Gleichzeitig wäre dies begleitet von einem Sinken der Zinsen für die Spareinlagen, wie z.B. auf Sparbücher — dies würde damit ebenfalls die „kleinen Sparer“, d.h. die Werktätigen treffen. Wir würden uns also im Kreis bewegen.

Die stärkere Verschuldung bei der Bundesbank — nicht tilgbar — ist nichts anderes als — in der Endkonsequenz — der Lauf der Notenpresse, die verstärkte Inflation. Auch da ist klar, wer unter diesem Übel der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu leiden hat — die Werktätigen, die eben keine freie Entscheidung über die Preise haben.

Es gilt also auch hier, nicht nur kurzfristig schön klingende Theorien und Rechenexempel aufzumachen, sondern von der Klassenfrage auszugehen. So, wie es die Partei formuliert hat: „Die Monopole und die Hochfinanz, die Milliarden und Rüstungsgewinnler sind verantwortlich für Krise und Staatsverschuldung.“ (...) Diese Kreise müssen zur Kasse gebeten werden, um das Bonner Haushaltsloch zu stopfen“ (Wirtschaftspolitische Erklärung der KPD)

Zusammenfassend läßt sich zu den Veröffentlichungen der Memorandumgruppe also feststellen:

Zwar beinhalten sie z.T. gutes Zahlenmaterial über die wirtschaftspolitischen Entscheidungen durch die Regierungen in den vergangenen Jahren, sie nehmen bestimmte richtige Forderungen, bzw. Ansätze dazu, aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung auf. Sie sind jedoch praktisch inkonsequent, stellen die Klassenfrage nicht. Sie schüren Illusionen über den bürgerlichen Staat, die kapitalistische Wirtschaftsordnung, indem sie behaupten, durch die Demokratisierung der Wirtschaft ließe sich der Kapitalismus reformieren. Es wurde gezeigt, daß ihre polit-ökonomischen und staats-theoretischen Ansätze falsch, ideologisch eine Spielart des Reformismus und Revisionismus sind.



Reallohnabbau muß gestoppt werden!

Die Reichen schreien nach Lohnverzicht

Bank- und Konzernherren scheffeln Riesengewinne

Jetzt wird es von Tag zu Tag lauter: das Geschrei der Reichen und Superreichen nach einem weiteren Abbau der Reallohne. Ganz unverblümt fordern die Sprecher der Unternehmensverbände (aber auch die Bonner Politiker) von den Gewerkschaften, daß sie zugunsten eines angeblichen „Allgemeinwohls“ in der anstehenden Lohnrunde von vornherein auf einen Ausgleich für die Teuerungsrate verzichten sollen.

Diese Forderung kommt ausgerechnet aus jenen Kreisen, die trotz der Wirtschaftskrise weiterhin steigende Profite scheffeln und deren Reichtum trotz oder gerade wegen der uferlos wachsenden Massenarbeitslosigkeit immer größer wird. Die da, unterstützt von den Stimmen Helmut Schmidts und des Bonner Wirtschaftsgrafen, von hart arbeitenden Männern und Frauen mit bescheidenem Auskommen Lohnverzicht und Engerschnallen des Gürtels verlangen, schwelgen selbst im Luxus

und denken im Traum nicht daran, auf denselben zu verzichten.

Um die Lohnverzichtssparolen dennoch an den Mann zu bringen, wird die alte Lüge immer wieder neu aufgetischt, daß „überzogene Lohnforderungen“ schuld an Krise und Arbeitslosigkeit seien, während umgekehrt bei einem Lohnverzicht ein Abbau der Arbeitslosigkeit bzw. die Sicherung von Arbeitsplätzen winken würde.

Tatsache ist jedoch, daß die Reallohne in den letzten beiden Jahren gesunken sind (sogar die

bürgerliche Statistik muß dies zugeben), ohne daß dies im geringsten zu mehr wirtschaftlicher Stabilität oder zum Abbau der Arbeitslosigkeit geführt hätte.

Vielmehr hat sich genau das Gegenteil gezeigt: die wirtschaftliche Krise hat sich verschärft und die Arbeitslosigkeit nimmt jetzt ein Ausmaß an, wie man es hierzulande seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr kannte. Im kommenden Winter wird mit einem Anstieg der offiziellen Arbeitslosenzahl auf zwei Millionen gerechnet. Die Dunkelziffer der nichtregistrierten Arbeitslosen hinzugerechnet, nähert sich diese Zahl sogar der Dreimillionengrenze.

Ähnlich verhält es sich auch mit der Inflation. Die Lohnerhöhungen des vergangenen Frühjahrs lagen bereits unter der Teuerungsrate. Die Arbeiter übten also Lohnverzicht. Seitdem aber hat sich die Inflationsrate, die bei etwa 5 Prozent lag, nicht etwa verringert. Im Gegenteil! Sie ist jetzt dabei, die Siebenprozentmarke hinter sich zu lassen und hat damit einen Anstieg hinter sich, wie er schon seit sieben Jahren nicht mehr zu verzeichnen war.

Währenddessen scheffeln die Kapitalisten nach wie vor enorme Profite. Sicherlich machen viele kleinere Firmen Pleite. Aber wer ist dabei denn der Geschädigte? Das sind doch nicht die Kapitalisten, sondern die Arbeiter und Angestellten, die aufs Pflaster geworfen werden! Die Unternehmer bringen ihr Schäfchen noch allemal ins



Trockene.

Und nicht nur das: die Großkonzerne und Banken, die hinter den Kulissen bei praktisch allen Konkursen die Fäden ziehen, sind stets Gewinner dabei. Und wenn in der „notleidenden“ Stahlindustrie oder bei ins Schlingern geratenen Großkonzernen wie z.B. AEG die berühmten „roten Zahlen“ geschrieben werden — heißt das etwa, daß dann aus der Arbeit der dort beschäftigten Arbeiter kein Profit mehr gezogen wird? Mitnichten! Die „roten Zahlen“ sind dabei stets nur die eine Seite, während die Zinsgewinne der kreditgebenden Großbanken die andere Seite der Medaille darstellen!

Wie anders wäre es sonst zu erklären, daß ausgerechnet die Deutsche Bank, also die in der Eisen- und Stahlindustrie am stärksten engagierte Großbank, trotz Stahlkrise im vergangenen und diesem Geschäftsjahr die höchsten Gewinne ihrer bisherigen Geschichte verzeichnen konnte und kann?

Siemens kündigte dieser Ta-

Vertrauensleute-Vollversammlung Klöckner-Hütte

Absoluter Vorrang für Lohnerhöhung!

Folgende Information entnehmen wir dem vom Betriebsrat der Klöckner-Hütte in Bremen für die Belegschaft herausgegebenen Blatt „Der Betriebsrat informiert“, Ausgabe vom 16.10.81:

Auf der letzten Vertrauensleute-Vollversammlung wurde die kommende Tarifrunde diskutiert.

Die Kollegen waren sich einig, daß es unbedingt notwendig ist, die ungeheuren Preissteigerungen aufzufangen. In den zuständigen Gremien der IG Metall findet gegenwärtig eine Diskussion über ei-

nen Tarifvertrag zur Herabsetzung des Rentenalters statt. Hierüber gab es eine Diskussion. Die Kollegen waren der Meinung, daß eine solche Forderung auf keinen Fall zu Lasten einer ausreichenden Lohnforderung gehen darf. Deshalb beschlossen die Vertrauensleute folgende Resolution:

An den Vorstand der IGM

Resolution

Angesichts der ständig steigenden Verbraucherpreise — insbesondere bei Heizöl, Strom, Mieten u. Lebensmitteln — sind wir der Ansicht, daß in der Tarifrunde 82 der Kampf um eine angemessene Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütung absoluten Vorrang haben muß!

Wir fordern den Vorstand deshalb auf, den Schwerpunkt der kommenden Tarifrunde auf eine angemessene Erhöhung der Löhne, Gehälter zu setzen.

Wir fordern den Vorstand auch auf, gemeinsam mit allen Mitgliedern und der ganzen Kraft unserer großen Organisation gegen einen weiteren Reallohnabbau zu kämpfen.

ge an, daß in diesem Jahr wiederum die „Standarddividende“ in Höhe von 16 Prozent (plus Steuergutschrift) an die Aktionäre ausgeschüttet wird! Das Vorstandsmitglied des Mineralölwirtschaftsverbandes, H.J. Burchard, gab in der letzten Woche bekannt, daß der ausgewiesene Bilanzgewinn der multinationalen westlichen Ölkonzerne für das Jahr 1980 die märchenhafte Höhe von 150 Milliarden Mark erreicht hat (wobei die wahre Höhe der Profite aus Steuergründen in den Bilanzen heruntermanipuliert wird). Diesen Beispielen ließen sich weitere hinzufügen!

Würden die Arbeiter und kleinen Angestellten darauf verzichten, um ihren Lohn zu kämpfen, würden sie darauf

verzichten, als Minimalziel wenigstens den weiteren Abbau der Reallohne zu stoppen, dann würden sie damit nur eines erreichen: daß ihr Lebensstandard weiter sinkt, während die Reichen sich noch hemmungsloser bereichern können.

Weder würde durch solch einen Verzicht ein einziger Arbeitsplatz sicherer, noch würde die Unsicherheit der kapitalistischen Krisenwirtschaft auch nur um ein Atom abgeschwächt. Vielmehr würde ein solcher Verzicht die Arbeiter gegenüber den Angriffen des Kapitals noch stärker in die Defensive bringen; er würde ihre Kampfkraft schwächen, die sie dringend benötigte, um sich auch gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau wehren zu können.

„Nicht Rente statt Prozente...“

10 Prozent mehr Lohn ist das mindeste!

Im „Stern“ vom 5.11.81 stand zur Tarifrunde '82 ein Artikel. Überschrift: „Weshalb die IG Metall auf hohen Lohnzuwachs verzichten will.“ Darin wird so getan, als sei es bereits abgemachte Sache, daß die IG Metall zugunsten der Tarifrunde ihre Lohnforderungen herunterschrauben will.

Auf diese Weise bemüht sich diese auflagenstarke Wochenzeitschrift, den Arbeitern als vollendete Tatsache zu verklikern, was die Herren Loderer und Janßen als „Marschrichtung“ ausgebrütet haben, um einen konsequenten Lohnkampf in der Tarifrunde zu verhindern.

Aber so einfach ist die Sache ja nun doch wieder nicht. Loderer und Janßen sind nicht die IG Metall! Auch nicht Steinkühler, der laut „Stern“ mit folgenden Worten Lohnverzicht als „Gegenleistung“ für die Tarifrunde gepredigt hat: „Das gibt's selbstverständlich nicht: Schlag-sahne auf die Torte.“

Loderer wurde erst vor kurzem auf der Vertrauensleutenvollversammlung bei Mannesmann/Huckingen, an der er teilnahm, von mehreren Kollegen wegen seiner Lohnpolitik angegriffen. Einer der Vertrauensleute entlarvte den Gegensatz zwischen wortradikalen Auftritten des IGM-Chefs und seinen abwieglerischen Taten in der gewerkschaftlichen Praxis.

Die Vertrauensleute von Mannesmann nahmen auf dieser Vollversammlung folgenden Standpunkt ein, der nach unserer Ansicht genau die richtige Antwort auf die hinterhältigen Absichten der Loderer und Co. darstellt: Sie begrüßten die Möglichkeit eines Tarifvertrages über eine vorgezogene Rente für 60jährige, lehnten aber gleichzeitig jeden Versuch ab, einen derartigen Tarifvertrag auf den Lohnabschluß anzurechnen. Ein Kollege erklärte unter starkem Beifall: „Nicht Rente statt Prozente, sondern Rente und Prozente.“

Aus der oben abgedruckten Resolution der Vertrauensleute der Klöckner-Hütte geht hervor, daß die schmutzigen Absichten der IGM-Führung nicht nur bei Mannesmann auf offene Kritik und Widerstand stoßen: Absoluten Vorrang für die Lohnerhöhung, vollen Einsatz der ganzen gewerkschaftlichen Kampfkraft gegen einen weiteren Abbau des Reallohns — diesen Forderungen der Klöckner-

Kollegen kann ebenfalls voll zugestimmt werden.

Die Vertrauensleute bei Mannesmann haben im übrigen darauf hingewiesen, daß 10 Prozent mehr Lohn und Gehalt notwendig sind, um die Reallohnsicherung zu erreichen. Der „Stern“ weiß hingegen einen anonymen Ausspruch eines IGM-Bonzen zu zitieren, der lautet: „Wir können glücklich sein, wenn wir bei 3,5 Prozent plus Tarifrunde unterschreiben.“

Das heißt nichts anderes, als daß die Bonzen den Verrat am Kampf gegen weiteren Reallohnabbau bereits einfädeln. Darauf weist übrigens auch die Forderungsempfehlung des ÖTV-Hauptvorstands für die Hafenarbeiter hin: 6,5 Prozent. Bei einer Teuerungsrate, die dabei ist, die 7-Prozent-Marke hinter sich zu lassen, ist das eine Einladungskarte für Lohnräuber!

Jetzt kommt es darauf an, daß klassenkämpferische Gewerkschafter die Kollegen in den Betrieben massiv gegen jeden Lohnverzichtskurs mobilisieren. Es muß klar sein: jeder Tarifabschluß unter 10 Prozent bedeutet, daß das Ziel der Reallohnsicherung verfehlt wird. Für dieses Ziel aber muß die IG Metall mit aller Kraft kämpfen!

Kapitalisten im Karosseriehandwerk wollen Lohnstopp

Wie brutal die Kapitalisten in der jetzigen Lohnrunde einsteigen, läßt sich am Beispiel des Tischler-, Wagner- und Karosseriebauer-Handwerks verdeutlichen. So beantragte der Landesinnungsverband des Wagner- und Karosseriebauer-Handwerks Nordrhein-Westfalen die Verlängerung der Lohn- und Gehaltstarifverträge um drei Monate bis zum 31.12.1981; und dies, bevor die Tarifkommission der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) überhaupt über die Kündigung der Tarifverträge beraten hatte. Bei den Manteltarifverhandlungen für die Angestellten des Tischlerhandwerks in Nordwestdeutschland wollen die Un-

ternehmer nicht nur keinerlei Verbesserungen mehr zustehen, sondern in jedem Punkt eine Verschlechterung durchsetzen! So wollen sie beispielsweise fünf unbezahlte Überstunden pro Woche einführen! Jedem Gewerkschafter muß klar sein, daß die Unternehmer dieser Branchen einen derartigen Provokationskurs nicht einschlagen könnten, wüßten sie nicht die Arbeitgeberverbände insgesamt auf ihrer Linie, der Linie des offenen Angriffs auf die Arbeiterschaft in dieser Lohnrunde. Die Lohnrunde '82 erfordert mehr denn je unsere Kampfbereitschaft und eine klassenkämpferische Strategie unserer Gewerkschaften.

Massiver Widerstand gegen Unvereinbarkeitsbeschluß

IGM-Ortsverwaltung einstimmig gegen Ausschluß von Törk Hansen

LÜBECK. — Der vom Beirat der IG Metall auf die VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg ausgewählte Unvereinbarkeitsbeschluß stößt auf den Widerstand der Gewerkschaftsbasis. In Lübeck hat sich jetzt sogar die Ortsverwaltung der IG Metall einstimmig dagegen ausgesprochen, daß gegen den Betriebsratsvorsitzenden Törk Hansen ein Ausschlußverfahren durchgeführt wird.

Törk Hansen, Betriebsratsvorsitzender in dem Lübecker Metallbetrieb „Sintermetall“, kandidierte im Herbst 1980 für die VOLKSFRONT bei der Bun-

destagswahl. Außerdem ist Törk Hansen als Mitglied des zentralen Ausschusses der „Kampagne für das Verbot der Aussperrung“ über Lübeck hinaus bekannt geworden. Er gehörte zu der Abordnung, die im vergangenen Frühjahr der IG Druck offiziell die über 40000 Unterschriften überreicht hat, die von der „Kampagne“ für die Forderung nach dem gesetzlichen Verbot der Aussperrung gesammelt worden waren.

Am 8. September dieses Jahres faßte der Beirat der IG Metall den Beschluß, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auch auf die antifaschistische Verei-

nigung VOLKSFRONT ausgedehnt werden. Wenig später zeigte sich bei Sintermetall in Lübeck auch schon breiter Protest gegen den Ausschluß des VOLKSFRONT-Mitgliedes Törk Hansen aus der IG Metall. 85 von den insgesamt 110 IGM-Mitgliedern, die es bei Sintermetall gibt, haben eine Erklärung unterschrieben, in der gefordert wird, daß gegen Törk Hansen kein Ausschlußverfahren eingeleitet werden darf.

Vor kurzem nun hat sich auch die Ortsverwaltung der IG Metall einstimmig gegen ein Ausschlußverfahren ausgesprochen.

Rechtsanwalt Haerdle in Haft

Höhepunkt eines Justiz-Skandals

Rechtsanwalt Gerhard Haerdle sitzt seit dem 11. November in Stuttgart-Stammheim in Haft. Ein fortschrittlicher Rechtsanwalt, der als Ergebnis des Zusammenspiels zwischen Polizei und Justiz ausgeschaltet worden ist, weil er ins Bild der reaktionären westdeutschen Justizwesens nicht hineinpaßt.

Wir haben im „Roten Morgen“ bereits mehrfach darüber berichtet, wie Haerdle durch die Mühlen der bundesdeutschen Gerichtsbarkeit gezogen wurde: 22 Monate Haft ohne Bewährung, weil er bei einem Stand des KBW einen Polizisten in den Rücken gestoßen haben soll und weil er angeblich in einem Prozeß einen Mandanten durch unethische Falschaussage zu schützen versucht habe. Beides wurde, obwohl es wahrlich nichts miteinander zu tun hat, zusammengezogen, um die fast zweijährige Haftstrafe gegen einen nicht vorbestraften Mann zu begründen.

Im Verfahren gegen Haerdle reihte sich eine Rechtsverletzung an die andere. Wichtige Zeugen wurden einfach nicht gehört, es wurde absichtlich an Tagen verhandelt, an denen der Rechtsanwalt Mandanten in anderen Prozessen zu vertreten hatte und demzufolge bei seinem eigenen Prozeß fehlen mußte, und vieles mehr. Der Vorsitzende Richter stand Haerdle in etlichen Prozessen als Gegner gegenüber, es war bekannt, daß er diesen unbehaglichen Anwalt loswerden wollte.

Die Berufungs- und Revisionsinstanzen bis hin zum Bun-

desverfassungsgericht hatten in unübersehbarer Eile und Oberflächlichkeit das Urteil gebilligt bzw. Einsprüche zurückgewiesen.

Die Rechtsbeugung wird dadurch noch auf die Spitze getrieben, daß eine von Haerdle bei der Europäischen Menschenrechtskommission eingelegte Beschwerde, über die noch nicht entschieden worden ist, nicht wenigstens zum Aufschub einer endgültigen Entscheidung über die Strafvollstreckung geführt hat. Die Verantwortlichen für diesen Justizskandal fürchten alles, was eventuell diese Vollstreckung verhindern könnte. Deshalb bemühen sie sich nur noch sehr unvollkommen, ihre Maske der „unabhängigen Justiz“ zu wahren.

Gerhard Haerdle hat unsere volle Solidarität. Wir fordern seine sofortige Haftentlassung!

Kriminelle Methoden der Nürnberger Justiz

Hausbesetzer — „Kriminelle Vereinigung“?

Einen neuen Höhepunkt in der Verfolgung von Demonstranten stellt das Urteil dar, das die Staatsschutzkammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth Anfang November gegen acht Hausbesetzer fällte: Sie wurden verurteilt nicht allein wegen Hausfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, sondern bis auf drei Ausnahmen (die weiblichen Angeklagten; eine Art „Kavaliershandlung“ von seiten der Richter??) auch wegen Gründung bzw. Unterstützung einer kriminellen Vereinigung.

Daraus folgten Freiheitsstrafen von 21 Monaten für den angeblichen „Gründer“, von neun und vier Monaten mit Bewährung, Dauerarrest von vier und drei Wochen und ein Freiheitsarrest.

Begründung für die „kriminelle Vereinigung“ war die Annahme des Gerichts, bereits bei der Besetzung eines Hauses, das in diesen Tagen vernichtet wird, seien „Pläne gereift“, bei einer Räumung Widerstand zu leisten. Auch das Werfen mit Gegenständen sei verabredet gewesen. Das sah das Gericht jedenfalls „als erwiesen an“.

Mit einer derartigen Begründung könnte jede Demonstration als Ganzes zur „kriminellen Vereinigung“ gestempelt werden, bei der es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei kommt. Harte Gefängnisstrafen für alle Teilnehmer könnten die Folge sein.

Kriminell sind aber nicht Demonstranten, die für ihre Rechte auf die Straße gehen, kriminell sind nicht die, die gegen millionenschwere Spekulanten und schwerbewaffnete Polizisten Häuser besetzen und Wohnraum verteidigen. Wenn hier etwas kriminell ist, dann die Methoden, mit denen demokratische Bewegungen zerschlagen und demokratische Rechte beseitigt werden sollen.

In ihrem Versuch, demokratische Bewegungen zu kriminalisieren, verlassen sich die verantwortlichen Stellen aber nicht allein auf die reibungslose Zusammenarbeit mit den Gerichten.

Der massive Einsatz von Polizei-Provokateuren, zivilen Spitzeln, die sich als Demonstranten ausgeben, wurde in letzter Zeit besonders aus Berlin und Bremen bekannt. Logisch, daß es ihn auch in Bayern gibt.

Einer derjenigen, die mit Macht auf eine gewaltsame Auseinandersetzung mit der Polizei drängten, ein gewisser Peter G., war ein solcher Provokateur. Er dürfte auch die im Haus gefundenen Bundeswehrübungsgrenaten beschafft haben, von denen keiner der anderen Hausbesetzer etwas wußte.

Das Gericht tat aber nichts, um die Rolle dieses Menschen aufzudecken!

Peter G. erschien, obwohl offiziell Mitangeklagter, nie zum Prozeß. Es stellte sich heraus, daß der Vorsitzende Richter ihn bereits am 10. September ohne Antrag aus der U-Haft entlassen hatte, ohne irgendwelche Meldeaufgaben, auch nicht im Falle eines Auslandsaufenthalts.

Drei „Zeugen“ von Polizei, Staatsanwaltschaft und Innenministerium bestritten energisch den Einsatz eines V-Mannes. Auf die Frage, ob Peter G. mit der Polizei zusammengearbeitet habe, verweigerten jedoch alle drei die Aussage...

Peter G. ist seitdem „nicht auffindbar“. Gesucht wird er nicht. Aber die Prozesse gegen Hausbesetzer, die Prozesse gegen „kriminelle Vereinigungen“, gehen weiter...

VOLKSFRONT-Erfolg vor Gericht

DORTMUND. — Am 3. November fand ein weiterer Prozeß gegen Ulrich Leicht, Geschäftsführer der VOLKSFRONT, statt. Die Anklagepunkte: Beleidigung von Franz Josef Strauß und Verächtlichmachung der Bundesrepublik. Bis auf einen wies das Gericht alle Anklagepunkte zurück.

Zur Verhandlung standen die „Stoppt-Strauß“-Broschüre der VOLKSFRONT, ein Faltblatt und das Polizei-Plakat aus dem Bundestagswahlkampf.

Auf dem Faltblatt war ein Transparent mit einer Karikatur widergegeben, die Strauß mit einer Maschinenpistole in der Hand zeigt. Ulrich Leicht konnte nachweisen, daß diese Darstellung nur eine karikaturistische Darstellung von Äußerungen ist, die Strauß in der Öffentlichkeit gemacht hat und die ihn als rücksichtslosen Machtpolitiker entlarven.

Aus der Broschüre hatte die Staatsanwaltschaft mehrere Sätze herausgegriffen, die alle eine Beleidigung des ehemaligen Kanzlerkandidaten Strauß darstellen sollten. Diesem Vorwurf mochte das Gericht nicht folgen. Ulrich Leicht hatte auch nachgewiesen, daß alle Darstellungen von Strauß in dieser Bro-

schüre durch die Politik dieses Politikers gerechtfertigt werden.

Nur in einem Punkt sah das Gericht eine Beleidigung: Strauß dürfe nicht, wie in der Broschüre geschehen, als „einer der schlimmsten Kriegstreiber“ bezeichnet werden. Dafür sprach es eine Geldstrafe von 300 Mark aus.

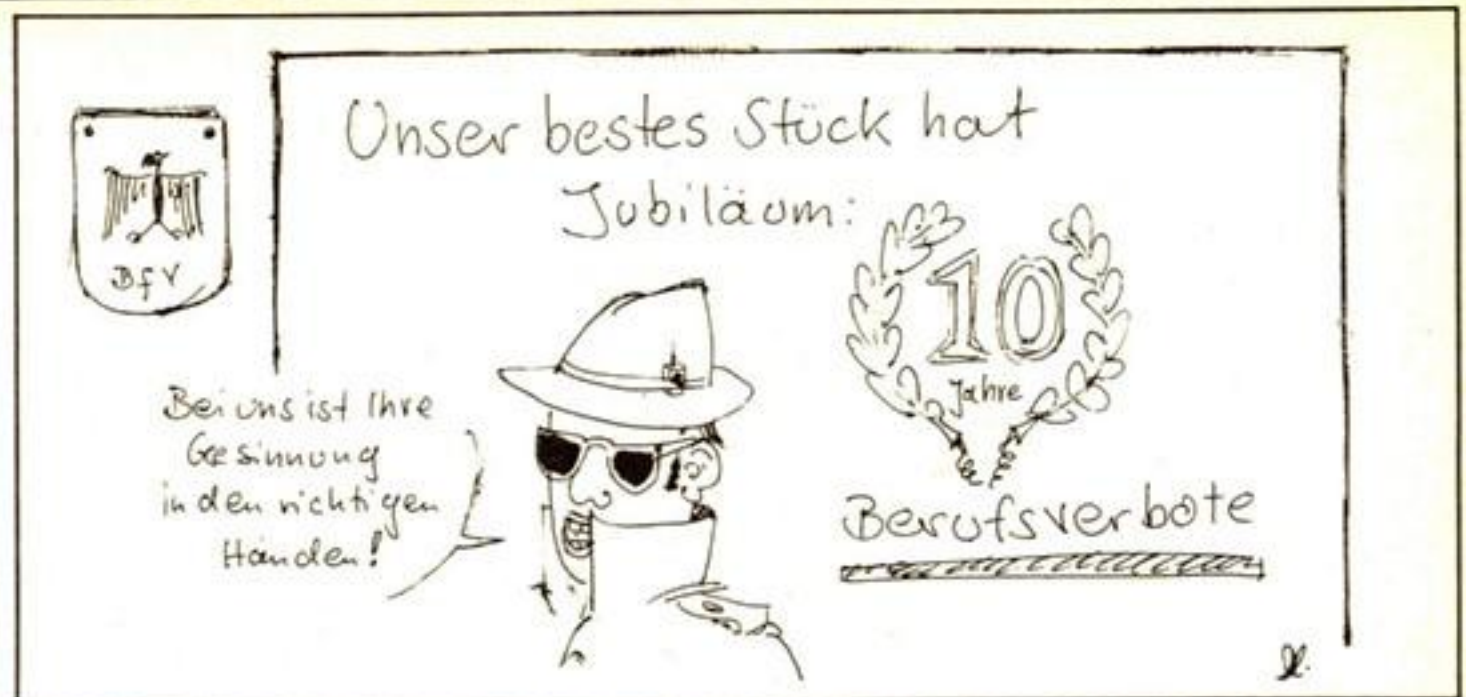
Der wichtigste Anklagepunkt aber bezog sich auf das Polizei-Plakat. Darauf wird unter der Parole „Nie wieder Faschismus! Verhindert ein neues '33!“ auch zum Kampf gegen einen Polizei- und Überwachungsstaat aufgerufen, zu dem sich, wie die VOLKSFRONT im Rahmen ihres Wahlkampfes immer wieder betont hat, die Bundesrepublik zu entwickeln droht.

Ebenso wie das „Stoppt-Strauß!“-Plakat — auch als „Stier-Plakat“ bekannt — wur-

de dieses Plakat im Zuge der Polizeiaktionen gegen den VOLKSFRONT-Wahlkampf, die eine in der Geschichte der Bundesrepublik einzigartige Wahlbehinderung darstellten, beschlagnahmt. Der Vorwurf: mit „Polizei- und Überwachungsstaat“ sei der gegenwärtige Zustand gemeint, und das sei „Verächtlichmachung“. Ulrich Leicht wies erfolgreich nach, daß die VOLKSFRONT den gegenwärtigen Zustand keineswegs als den Endzustand eines totalen Polizeistaates ansieht. Das wäre ja auch gefährlich, weil es eben noch viel schlimmer zu werden droht, und eben das gilt es im gemeinsamen Kampf zu verhindern.

Dem hatte das Gericht nichts entgegenzusetzen.

Es ist nun damit zu rechnen, daß es zu einer Berufungsverhandlung kommt. Die Staatsanwaltschaft wird sich kaum mit ihrer weitgehenden Niederlage zufriedengeben. Zu groß sind die Interessen, die hinter der Anklage stehen.



Zehnjähriges Jubiläum hat der berühmte „Radikalerlaß“ in diesen Wochen. Und er wird unvermindert, in letzter Zeit sogar verschärft, angewandt. Das Berufsverbot wird ausgedehnt auf bereits jahrzehntelang verbeamtete Postarbeiter. Auf gläubige Katholiken. Und in Bayern wurden kürzlich zwei Lehramtswärter abgewiesen, weil sie sich früher einmal auf einer Demonstration gegen Polizisten zur Wehr gesetzt haben sollen! Zehn Jahre Berufsverbote. Das sind auch zehn Jahre Kampf dagegen. Und dieser Kampf muß verstärkt fortgesetzt werden! Der Schanderlaß muß fallen!

In den DGB-Gewerkschaften:

Verschärfte Verfolgung oppositioneller Kollegen

Innerhalb der Gewerkschaften gehen die reaktionären Vorstände zu einer verschärften Anwendung ihrer „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“, zur Einleitung und Durchführung von Ausschlussverfahren gegen klassenkämpferische und unliebsame Kollegen über.

Wir haben im „Roten Morgen“ bereits über die Ausdehnung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf die VOLKSFRONT, die jetzt auch von der IGM übernommen wurde, berichtet. Zwei andere Fälle der letzten Wochen sollen hier dargestellt werden.

In der Hamburger IG Metall sind die reaktionärsten Betriebsratsbonzen und Funktionäre zu einer Ausschlusskampagne gegen 17 HDW-Kollegen angetreten, die bei den letzten Betriebsratswahlen auf der Liste „Aktive Metaller“ kandidiert hatten. Diese Liste bildete sich als Reaktion auf die Weigerung des alten Betriebsratsvorsitzenden Werner Peters und seiner Clique, die absolut undemokratische Art und Weise, die Plätze auf der IGM-Liste zu vergeben, zu ändern. Die „Aktiven Metaller“ erzielten mit 14 von 27 Sitzen die absolute Mehrheit.

Die Kapitalisten vergaßen ihre verdienten Handlanger nicht: allen bis zu ihrer Wahlniederlage freigestellten Betriebsräten verschaffte sie einträgliche Posten. Peters wurde z.B. Vorstandsberater.

Die Bonzen schlagen jetzt zurück. Eine Kommission, die den Vorwurf des „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens“ gegen die betreffenden Kollegen untersuchte, empfahl den Ausschluss von 17 Kollegen. 20 weitere sollen mit einem zweijährigen Funktionsverbot bestraft werden.

Innerhalb weniger Tage wurden etwa 1500 Unterschriften gesammelt zur Unterstützung der „Aktiven Metaller“, gegen ihren drohenden Gewerkschaftsausschluss.

Die IG Bau, Steine, Erden schloß den Kollegen Claus Wagner aus. Dieser arbeitet mit einer Gruppe „Für eine Wende in der Wohnungspolitik“ in Berlin, die sich eine breite innergewerkschaftliche Diskussion über Baupolitik und Praktiken des Gewerkschaftskonzerns Neue Heimat zur Aufgabe gemacht hat. Die Neue Heimat ist in hohem Maße an Spekulationen und Wohnraumvernichtung in Westberlin beteiligt und unterstützt offiziell den brutalen Bürgerkriegskurs der CDU-Leute Weizsäcker und Lummer, dem kürzlich erst der 18jährige Klaus-Jürgen Rattay zum Opfer fiel.

Wagner gehörte der BSE-Fachgruppe „Angestellte in Architektur- und Ingenieurbüros“ an, die schon lange den reaktionären Auffassungen und der reaktionären Politik des Landesvorstandes der BSE widerspricht.

Bezeichnend ist der konkrete Anlaß für den Ausschluss des Kollegen Wagner: Er hatte die Neue Heimat, in deren Aufsichtsrat der BSE-Landesvorsitzende Werner Koch sitzt, in einem Brief zum Verzicht auf weitere Polizeianforderung gegen Hausbesetzer aufgefordert. Dabei hatte er sich als BSE-Mitglied, wie es hieß, „zu erkennen gegeben“. Und damit, so die Gewerkschaftsführung, habe er gegen den „Unterschriften-Erlaß“ der DGB-Führung verstoßen!

Claus Wagner will jetzt vor Gericht gegen den Ausschluss klagen.

Derartige Praktiken reaktionärer Gewerkschaftsbonzen müssen überall auf entschiedenen Widerstand stoßen. Gerade in Zeiten der Krise und der auf allen Gebieten verschärften politischen Entrechtung wollen die Bonzen mit solchen Maßnahmen die Kampfkraft der Gewerkschaften lahmlegen. Sie sind die wahren Gewerkschaftsfeinde. Sie müssen weg. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse müssen fallen!

KOMM-Prozesse laufen an

„Unser Vertrauen in die rechtsstaatliche Ordnung ist erschüttert!“

NÜRNBERG. — In Nürnberg wurde das Hauptverfahren gegen erste zehn Angeklagte im Rahmen der KOMM-Prozesse eröffnet. 64 der bei der Massenverhaftung vom 5. März im Jugendzentrum KOMM inhaftierten 141 meist jugendlichen Menschen werden in den nächsten Monaten vor Gericht stehen.

War schon die Verhaftungsaktion mit ihren hektografierten und völlig gleichlautenden Haftbefehlen, mit der fehlenden Prüfung der angeblichen „Schuld“ jedes einzelnen Festgenommenen ein einzigartiger Justizskandal, so kamen im Laufe der Vorbereitung und auch nach der Eröffnung der ersten Hauptverhandlung neue Skandale hinzu.

Einer davon ist die offensichtliche Parteilichkeit des Vorsitzenden Richters, Manger, der in Wirtshausesgesprächen das Verhalten der Haftrichter, die ihre Unterschrift unter die rechtswidrig erstellten Haftbefehle gesetzt hatten, gutge-

heißen und sich geradezu bewundernd über die Schnelligkeit geäußert hatte, mit der hier junge Menschen hinter Gitter gebracht worden waren. Anträge auf Befangenheit gegen den Vorsitzenden wurden allesamt zurückgewiesen.

Inzwischen stellte sich — nach fünf Verhandlungstagen — heraus, daß der Verteidigung wesentliche Ermittlungsergebnisse vorenthalten worden sind. Entgegen der Beteuerungen der Staatsanwaltschaft konnte nachgewiesen werden, daß die Aussagen sehr vieler Polizisten, die entlastende Angaben zugunsten der Angeklagten gemacht hatten, nicht zu den Akten ge-

nommen worden waren. In diesen Aussageprotokollen wurde unter anderem deutlich, daß viele Polizisten die Demonstranten gar nicht wiedererkannt haben. Außerdem bezeugen einige Polizisten, daß viele der nach der Demonstration, bei der einige Fensterscheiben zu Bruch gingen, im KOMM Festgenommenen gar nicht an der Demonstration teilgenommen haben können.

„Hier sind Aktenmanipulateure und Aktenunterdrücker am Werk gewesen, um die Massenverhaftung nachträglich zu rechtfertigen“, hoben die Verteidiger hervor. Ein Sprecher der Eltern der Verhafteten erklärte gegenüber der Presse: „Unser Vertrauen in die rechtsstaatliche Ordnung ist erschüttert!“.

Die KOMM-Prozesse müssen eingestellt werden!

„Verfassungsschutz ist auch Schutz der Verfassungsschützer“ Beschlagnahmeaktion gegen DKP-Dokumentation

KIEL. — „Wer schützt uns vor dem Verfassungsschutz?“ — diese sehr berechtigte Frage stellen sich immer mehr Bürger in unserem Land. Denn die westdeutschen Staatsschutzbehörden bespitzeln wirklich jede demokratische Bewegung in diesem Land, legen Listen mit aus-

führlichen persönlichen Daten aller verdächtigen Personen an. Die Arbeit dieser Behörde legt den Grundstein zu weitgehender Verfolgung fortschrittlicher Menschen, für Berufsverbote, politische Entlassungen, Strafverfolgung.

Ab und zu kommen die ab-

solut kriminellen und sogar gesetzwidrigen Handlungsweisen dieser Staatsspitze als Tageslicht, wie jüngst in Bremen, wo Mitglieder einer beobachteten Wohngemeinschaft ein Staatsschutz-Nest aushoben und die Unterlagen der Beamten veröffentlichten.

„Wer schützt uns vor dem Verfassungsschutz?“ — diese Frage wählte auch die DKP in Schleswig-Holstein als Titel einer Broschüre, die Einblick in die Arbeitsweisen der Behörde gibt.

Das war den Verantwortlichen in der Landesregierung zuviel. Uwe Barschel, Innenminister und CDU-Rechter, befand: „Verfassungsschutz ist auch Schutz der Verfassungsschützer.“

Und er ließ in den frühen Morgenstunden des 6. November ein Überfallkommando nach Gestapo-Manier aus-schwärmen und in die Woh-

nungen von etwa 20 DKP-Funktionären und das Büro des Landesbezirks einbrechen. Das Büro wurde einfach aufgebrochen, obwohl niemand anwesend war und auch nicht versucht wurde, den Mieter zu erreichen. In den Wohnungen wurden, ohne Rücksicht auf Kleinkinder und kranke Familienangehörige, Schränke und Betten durchwühlt. Die gefundenen Broschüren wurden eingezogen. Die Ermittlungen dauerten noch an, erklärte die Staatsanwaltschaft. Die DKP hat inzwischen ihrerseits Strafantrag gegen die Beamten gestellt, die ihr Büro aufgebrochen hatten.

Bezeichnend ist, daß diese Aktion zeitlich zusammenfällt mit den „Ermittlungen“ gegen die Hintergründe der von Neonazis angelegten Waffenlager im benachbarten Niedersachsen. Gegen die Nazis wird nicht ein Bruchteil der Aktivitäten entfaltet, die der Staat zum Schutze seiner verbeamteten Spitze für nötig erachtet. Von Haussuchungen und Beschlagnahmeaktionen bei seit langen Jahren bekannten Neonazis in Niedersachsen — keine Spur!



„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ — eine der Lügen des Grundgesetzes. Ein Lehrstück in Sachen „parlamentarische Demokratie“ liefert zur Zeit die Polizei in Frankfurt und Umgebung. Hier ein bezeichnendes Szenenfoto: Einsatz gegen Startbahngegner.

30. November in Essen:

Prozeß gegen Opel-Betriebsrat Peter Jaczyk

Vor Gericht, weil er Verfassungsschutz-Werber enttarnte

BOCHUM. — Im Sommer dieses Jahres versuchte ein Agent des Verfassungsschutzes, den Werkzeugmacher und Betriebsrat bei Opel/Bochum, Peter Jaczyk, als Spitzel anzuwerben. Weil Peter Jaczyk sich weigerte und mit Hilfe seiner Kollegen den Agenten enttarnte, steht er jetzt vor Gericht.

Bei einem Besuch in der Wohnung Peter Jaczyks fand der Agent diesen nicht allein vor. Um die Sache öffentlich zu machen und Zeugen zu haben, hatte er Kollegen eingeladen. Gemeinsam stellten sie den Spitzel zur Rede und brachten ihn dazu,

seine Taschen auszuleeren. Es fand sich ein Anwerbungs-schreiben sowie 2000 Mark — die erste Anzahlung für den vermeintlichen neuen Agenten.

Hinterher behauptete der Werber, er sei „mißhandelt“ worden. Er klagt jetzt auf „Für-

sorgeleistungen“ in Höhe von fast 10000 Mark! Am 30. November beginnt in Essen der Prozeß.

Unsere Partei und die Zelle bei Opel/Bochum stehen voll hinter Peter Jaczyk im Kampf gegen diesen Versuch, einen Arbeiter kaputt zu machen, der sich nicht auf das schmutzige Angebot des Staates eingelassen hat, für Schmiergeld seine eigenen Kollegen zu bespitzeln. „Das größte Schwein im ganzen

Land, das ist und bleibt der Denunziant“ — dieses alte Sprichwort der Arbeiterbewegung gilt nach wie vor. Und wer versucht, Arbeiter wie Schweine zu behandeln, der hat eine passende Antwort verdient!

Dieser Vorfall wirft zudem ein bezeichnendes Licht auf die Tatsache, daß entgegen allen Beteuerungen maßgeblicher politischer Stellen der Verfassungsschutz unvermindert in den Betrieben aktiv ist. Dagegen müssen sich die Kollegen und ihre Gewerkschaften geschlossen zur Wehr setzen!

Raus mit dem Verfassungsschutz aus den Betrieben!
Die Klage gegen Peter Jaczyk muß zurückgezogen werden!

ter“. Das Gericht befand weiter: „Der Angeklagte hat die Ehre der NPD verletzt!“

Die „Ehre der NPD“ — die gibt es gar nicht. Zwölf Jahre Faschisten an der Regierung, zwölf Jahre „Rotfront verreckel“ als staatspolitische Maxime in Aktion haben die Ehrlosigkeit der Faschisten vor aller Welt deutlich gemacht. „Unsere Ehre heißt Treue“ — so formulieren es die Nazis selber. Treue zu Hitler, zum größten politischen Verbrecher der Geschichte.

Wie ist ein Gericht zu beurteilen, das diese „Ehre“ heute wieder hochhält und mit den Mitteln des Strafrechts zu verteidigen sucht?

Fritz Tiemann hat Berufung beim Stader Landgericht eingelegt.

„Rotfront verreckel“ — gerichtlich geschützt

Ehrbare Parole — oder ehrlose Richter?

BUXTEHUDE. — Mit „Rotfront verreckel“-Sprechchören zogen im letzten Jahr Teilnehmer eines NPD-Aufmarsches in Stade durch die Straßen. Das wurde jetzt ein Fall für die Gerichte.

Aber nicht, um gegen die NPD vorzugehen, die hier mit einer alten NSDAP-Parole, die heute bevorzugt auch von terroristischen Nazi-Banden benutzt wird, zu Mord und Totschlag aufrief.

Vor Gericht kam der Deutsch- und Geschichtslehrer Fritz Tiemann. Er fühlte sich nämlich durch den braunen Aufmarsch an die Zeiten des Hitler-Faschismus erinnert und schrieb einen empörten Leserbrief an das „Stader Tageblatt“, in dem

er darlegte, daß eine solche Politik auf neue Konzentrationslager hinausläuft.

Daraufhin erhielt er einen Strafbefehl zur Zahlung von 840 DM zugestellt!

Sein Widerspruch dagegen wurde jetzt vom Amtsgericht Buxtehude zurückgewiesen! Es verringerte lediglich die Höhe der Strafe auf 480 DM, weil Fritz Tiemann inzwischen arbeitslos geworden ist.

Fritz Tiemann hielt vor Gericht an seiner Meinung fest.

Daran gibt es ja auch nichts zu rütteln; wer kein Parteigänger der Faschisten ist, der wird niemals ihre Richtigkeit abstreiten. Schließlich sind die Konzentrationslager auch die praktische Durchführung der NSDAP-Parole „Rotfront verreckel“ gewesen. Und es ist ein Skandal, daß sich irgend jemand heute noch trauen kann, mit dieser Parole durch die Straßen zu ziehen, ohne sicher sein zu können, dafür hinter Gittern zu verschwinden.

Das Gericht aber steht auf der anderen Seite. Tiemanns Erklärungen wurden strafverschärfend bewertet: „Der Angeklagte ist ein Überzeugungstä-

DDR: Fluchthilfe für faschistischen Wehrsportgruppen-Chef

BONN. — Jetzt ist es amtlich bestätigt: Die DDR hat den Dortmunder Wehrsportgruppen-Chef Udo Albrecht, der sich einer Strafverfolgung in der Bundesrepublik durch Flucht in die DDR entziehen konnte, in ein nicht genanntes fremdes Land ausgewiesen.

Wie im „Roten Morgen“ mehrfach berichtet, sollte gegen Albrecht ein Prozeß stattfinden. Zwei Mitglieder seiner faschistischen Organisation sind bereits zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Sie hatten gemeinsam Banken überfallen und Waffenlager angelegt.

Einer der wenigen Fälle, in denen die Justiz einmal gegen die Nazi-Terroristen aktiv wurde.

Udo Albrecht floh, nachdem er Polizei- und Justizbeamte zu einem angeblichen Waffenversteck an der Grenze zur

DDR geführt hatte, in einem unbeobachteten Moment auf das Territorium der DDR, deren Grenzsoldaten ihn vor dem Zugriff westdeutscher Polizisten schützten und abführten.

Nun gibt sich die DDR gern als „Arbeiter- und Bauernstaat“ und „antifaschistisches Bollwerk“. Auch die Propaganda der westdeutschen DKP stellt sie entsprechend dar. Aber das ist sie längst nicht mehr! Dafür ist ihr Verhalten im Fall Albrecht ein weiterer Beweis.

Denn es wäre doch selbstverständlich gewesen, einen sol-

chen faschistischen Verbrecher wie Udo Albrecht schnellstens zur Aburteilung wieder zurückzuschicken. Stattdessen sorgt dieser Staat dafür, daß Albrecht auf freiem Fuß bleibt und weiter sein Unwesen treiben kann!

Die DDR-Generalstaatsanwaltschaft begründete diesen Vorgang gegenüber der Bundesregierung, die aufgrund einer kleinen Anfrage der CDU/CSU im Bundestag der Sache nachgehen mußte, mit „fehlender Gegenseitigkeit“ bei Auslieferungsvorfahren. Die Bundesrepublik liefert bekanntlich DDR-Flüchtlinge auch dann nicht aus, wenn sie bei ihrer Flucht Grenzsoldaten erschossen haben.

Das kann aber doch kein

Grund sein, faschistische Verbrecher zu schützen! Wer diplomatischen Winkelzügen zuliebe derartiges tut, der kann nicht für sich in Anspruch nehmen, als antifaschistische Kraft ernst genommen zu werden.

Darüberhinaus gibt die DDR den wildesten Antikommunisten in der Bundesrepublik neue Munition in die Hand. Es ist doch klar, daß sich Strauß und Co. — die ihre kleine Anfrage ja nicht gestellt haben, weil ihnen die Straffreiheit für einen Neonazi etwas ausmachen würde — freuen, wenn sie neue Gelegenheiten finden, ihre These von der „Zusammenarbeit zwischen Faschisten und Kommunisten“ zu bekräftigen. Leider wird ja die DDR von vielen Menschen bei uns immer noch für ein Beispiel des „real existierenden Sozialismus“ gehalten. Ein abschreckendes Beispiel, fürwahr. Nur kein sozialistisches.

Verschleierungstaktik

HANNOVER. — „Noch keine erfolgversprechende Spur“ hätten die Ermittlungsbehörden bei ihrem Bemühen, die Hintergründe für die Anlegung des größten in der Geschichte der Bundesrepublik gefundenen Waffenlagers durch Neonazis in Niedersachsen aufzuklären, gefunden. Das teilte ein Sprecher der Bundesanwaltschaft mit.

Aktionen gegen den bekannten Neonazi Dr. Jürgens und seine Wehrsportgruppe gab und gibt es nicht.

Inzwischen meldete sich auch Bundeswehr-Minister Apel zu Wort und wies alle „Verdächtigungen“ über rechtsradikale Tendenzen bei der Bundeswehr“ ent-

den zurück. Wie die Nazis an die Bundeswehr-Waffen gekommen sind, interessiert ihn offenbar nicht. Jedenfalls denkt er nicht an gründliche Nachforschungen. Und hatte es vor einigen Tagen in der Presse geheißt, in der Bundeswehr seien Neonazis auch nicht aktiver als in anderen Teilen der Gesellschaft, so ließ Apel jetzt schlicht verlauten, es seien überhaupt „keine rechtsextremistischen Aktivitäten bei den Streitkräften zu erkennen“.

All das sind Bestandteile der Versuche, die Funde von Niedersachsen schnell vergessen zu machen und die sogenannten Ermittlungen im Sande verlaufen zu lassen.

„Läßt Bonn die Nazis weiter morden?“ — mit dieser Frage überschrieben wir einen Artikel im letzten „Roten Morgen“, in dem der Fall Lemke untersucht und die Reaktionen der Politiker unter die Lupe genommen wurden.

Eine aktuelle Antwort darauf erteilte am 11. November einer, der es wissen muß: Heinrich Boge, Chef des Bundeskriminalamtes, oberster „Fahnder“ der Bundesrepublik.

„Nicht in einem Atemzug ...“

Er läßt!

Laut Boge hat der Terror von rechts — den man im übrigen „voll im Griff“ habe — eine weit „geringere Dimension“ als der „Linksterrorismus“. Man dürfe ihn zwar nicht unterschätzen — und das tue man auch nicht —, aber es ginge nicht an, den rechten mit dem „linken“ Terrorismus in einem Atemzug zu nennen.

Man könnte diesem letzten Satz für sich genommen voll und ganz zustimmen. Wenn er andersherum gemeint wäre.

So aber mag man sich fragen, ob Boge noch alle beisammen hat, wenn er solche Aussagen trifft.

Es brauchen hier nicht all die Opfer aufgezählt zu werden, die den Bomben der Nazis allein im Verlauf des letzten Jahres zum Opfer gefallen sind. Unschuldige Menschen, Arbeiter, Asylsuchende, Kinder. Es braucht hier nicht nochmals aufgezählt zu werden, welche Mengen an Waffen, Sprengstoffen, Giften man bei den Nazis entdeckt hat. Jeder weiß es: die größten Gewaltverbrechen der Nachkriegszeit — von den verschiedenen Kriegen abgesehen — gehen auf das Konto der Neonazis. Jeder konnte die Schwüre hören, mit denen Naziführer neue Gewalttaten angekündigt haben.

Die RAF und ähnliche Gruppen, die vorgeschoben werden, wenn Boge und seinesgleichen vom „Linksterrorismus“ sprechen, haben in der letzten Zeit man gerade ein mißglücktes Attentat auf einen General der imperialistischen US-Armee zustandegebracht.

Erstes augenfälliges Fazit: eine Schramme in der Haut eines Generals einer Völkermord-Armee zählt für Boge allemal mehr als der Tod einfacher Menschen.

Aber das ist ja nicht alles. Boge nimmt ja nicht nur eine Wertung vor, er stellt auf der Grundlage dieser Wertung die Weichen für die Tätigkeit seines Amtes in der Zukunft.

Das heißt zum einen: eine wirkliche Ausrottung der Nazi-Banden soll es nicht geben.

Das heißt weiter: der Kampf des Staates geht gegen „links“. Und da soll nun niemand glauben, mit „links“ sei nur oder auch bloß im wesentlichen die RAF gemeint oder die „Revolutionären Zellen“ oder ähnliche Gruppen.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des BKA liegt eindeutig auf der Beobachtung, Bespitzelung, Datenspeicherung, gewaltsamen Bekämpfung demokratischer und wirklich linker, revolutionärer und kommunistischer Bewegungen und Organisationen.

Worüber macht man sich in den Polizeizentralen denn Gedanken? Doch nicht hauptsächlich über die paar Anhänger terroristischer Gruppen. Man macht sich Gedanken darüber, wie man das Demonstrationsrecht untergraben kann, wie und mit welchen Waffen man gegen Massendemonstrationen vorgehen sollte, wie die Polizeitruppen am schnellsten aufgerüstet werden können mit Handgranaten, Giftgas und Maschinenpistolen, wie man die mundtot machen kann, die den „geistigen Nährboden“ (Polizeijargon) für den Massenprotest bereiten, usw.

Darin sehen die „Bewahrer von Recht und Ordnung“ ihre Hauptaufgabe.

Und warum sollte sie dann ausgerechnet ein Interesse an der Vernichtung des faschistischen politischen Terrorismus und des faschistischen Ungeistes haben, der sich doch auch vor allem gegen das arbeitende Volk und alle demokratischen und revolutionären Bestrebungen richtet?

So schließt sich der Kreis.

Das sind die Gründe, die Leute wie Boge zu ihren abenteuerlich anmutenden Einschätzungen bringen. Sie sind nicht verrückt. Sie sind auch nicht blind, auch nicht auf dem rechten Auge. Sie sehen sehr gut, und sie kalkulieren sehr gut.

Es liegt an uns, dafür zu sorgen, daß ihre Rechnung dennoch nicht aufgeht.

Dietrich Lohse

Anti-Warnstreik-Abkommen

Leserbrief aus Hamburg

Liebe Genossen!

Ich möchte euch kurz zu dem Artikel „Hauenschild schließt Anti-Warnstreik-Abkommen!“ im „Roten Morgen“ 45 vom 6.11.81, Seite 5, schreiben, weil dieser Artikel einen etwas falschen Eindruck von dem vermittelt, was tatsächlich in der IG Chemie passiert ist.

Ich habe inzwischen genauere Informationen über den Hergang.

Es handelt sich bei besagtem Abkommen nicht um einen Rahmentarifvertrag, sondern um die Verlängerung des jetzigen Schlichtungsabkommens mit einigen, allerdings wenig erheblichen Änderungen.

Das jetzige Schlichtungsabkommen datiert vom 29.1.1976 und war frühestens zum

31.12.81 kündbar. Es ist gekündigt worden. Das neue Schlichtungsabkommen ist, wie gesagt, jetzt abgeschlossen worden.

Der für die angesprochene Frage der Warnstreiks wichtige Paragraph ist der § 8 „Friedenspflicht“.

Dieser Paragraph ist **unverändert** übernommen worden. Ich lege ihn euch als Kopie bei. In ihm verpflichtet sich die IG Chemie allgemein, auf Streiks, und damit quasi auch auf Warnstreiks, zu verzichten, das ist soweit richtig. Nur halte ich es für etwas überzogen, von einem ausdrücklichen Anti-Warnstreik-Abkommen zu sprechen.

Die Sauerei ist (abgesehen davon, daß die Schlichtungsregelung nach wie vor sowieso eine große Sauerei ist) natürlich,

daß sie zum jetzigen Zeitpunkt der IG Metall mit dieser Regelung in den Rücken fallen, und die kapitalistische Presse hat das ja auch entsprechend ausgeschlachtet.

Bei unseren IG-Chemie-Bonzen ging es aber wohl nicht darum, der IG Metall gezielt in den Rücken zu fallen. Es ist eher so, daß ihnen die Probleme der Metaller völlig egal sind, weil sie mit der Schlichtungsregelung einen Kuhhandel besonderer Art im Auge haben.

Hätten sie sich geweigert, die Schlichtungsregelung quasi zu verlängern, hätten wir in der nächsten Lohnrunde gar keine Schlichtungsregelung gehabt, und die gesetzlichen Bestimmungen sind wohl besser als dieser Vertrag. Mit ihrer Unter-

schrift unter die neue Schlichtungsregelung haben sie sich wahrscheinlich die Zusage für einen Tarifvertrag für gewerkschaftliche Vertrauensleute erkauft, der im zweiten Entwurf in der IG Chemie kursiert (er sieht unter anderem vor: Vertrauensleutesitzungen während der Arbeitszeit, in der Firma, 4 Stunden Freistellung der Vertrauensleute im Quartal).

Soweit meine Informationen. Das ändert natürlich nichts daran, daß die Stoßrichtung eures Artikels schon ganz richtig ist, denn in der Tat wurde, wie schon früher, auf Kampfmaßnahmen und damit auch auf Warnstreiks vor einer Schlichtung verzichtet.

Mit revolutionärem Gruß
Pauli

Arbeitsunfall — getarnt

Volkskorrespondenz aus Bochum

Liebe Genossen,

ich möchte Euch kurz einen Vorgang schildern, bei dem, glaube ich, klar wird, warum die Zahl der Arbeitsunfälle in der Statistik der Bundesrepublik immer geringer wird.

Bei mir im Haus wohnt Robert H., 54 Jahre, Bergmann, der ständig auf Nachtschicht arbeitet. Weil er also abends ab 20.30 Uhr immer weg ist, wundere ich mich neulich, als ich später nach Hause komme, daß er noch da ist. Am nächsten Tag traf ich ihn dann selbst. Die Hand ganz verbunden. Der Daumen war gequetscht, und zwar so stark, daß der Knochen bloß lag. Dafür wurde er drei Wochen krankgeschrieben, selbst vom Vertrauensarzt wurde das dann noch einmal um eine Woche verlängert.

Ein Unfall, der unter Tage passiert war. Bei der Arbeit. Al-

so ein Arbeitsunfall — könnte man als naiver Mensch glauben. Aber nichts da: Der Unfall wurde in einem Krankenhaus als allgemeiner Unfall festgehalten und behandelt, und die Zahl der Arbeitsunfälle auf der Herner Zeche bleibt minimal.

Dies meinte mein Nachbar, sei doch gar nicht weiter aufregend, denn das selbe sei erst zwei Wochen vorher seinem Kumpel ähnlich passiert. Und er wußte eine ganze Serie ähnlicher Fälle allein aus diesem Jahr und nur von seiner Zeche zu erzählen.

Als ich diese Geschichte übrigens ein paar Tage später jemand erzählte, die im Krankenhaus arbeitet, bestätigte sie das und meinte, da gäbe es ungeschriebene Regeln, wie in einem solchen Fall zu verfahren sei.

Und wenn man diese Regeln noch ein bißchen ausweitet oder strammer befolgt, dann gibt es

bald gar keine Arbeitsunfälle mehr in der Bundesrepublik und jeder kann davon überzeugt

werden, daß hier wirklich ein Schlaffenland für Arbeiter ist. Oder?



Bergarbeiter in Dortmund: Ihre Arbeit ist gefährlicher, als es die Statistiker wahrhaben wollen.

Ein alltägliches Arbeiterschicksal

Arbeiterkorrespondenz aus Hamburg

Liebe Genossen!

Ich möchte euch hiermit eine alltägliche Begebenheit aus dem Betrieb zuschicken, die doch die ganze Menschenverachtung des Kapitalismus verdeutlicht. Außer dem Namen des Kollegen ist alles an der folgenden Darstellung wahr:

Am Freitag, dem 30.10., starb Fritz Sattler. Zwei Stunden nach der Arbeit. Zusammengebrochen. Ins Krankenhaus gefahren. Schon tot. Herzinfarkt wahrscheinlich. Das genaue Obduktionsergebnis ist noch nicht bekannt.

Kurz vor Weihnachten wäre er 53 Jahre alt geworden. Für seine Rente hatte er sich schon ein Haus in der Lüneburger Heide angeschafft. Zehn Jahre noch.

Vorher schon klagte er über Brustschmerzen, kriegte schwer Luft. Aber zum Arzt ging er nicht. Er war „unabkömmlich“, als Maschinenführer einer Falzmaschine. Der Abteilungsleiter war auch noch im Urlaub. Die Produktion mußte laufen. Auch wenn 'ne Überstunde anliegt. Oder 'ne Spätschicht.

Auf der Betriebsversammlung am 22.10. hatte der Assistent der Geschäftsleitung einen gut vorbereiteten, sicher mit dem Arbeitgeberverband abgestimmten Vortrag gehalten — über krank„machen“. Der Höhepunkt der Weisheit: Auch wenn der gelbe Zettel die Ar-

beitsunfähigkeit noch bescheinigt — ruhig wieder zur Arbeit kommen, wenn der „Mitarbeiter“ sich besser fühlt. Auch wenn der Betriebsratsvorsitzende dagegen auftrat — das Klima wirkte.

etwas Schlimmes ist und ich bin lange krankgeschrieben?

Wer kriegt schon mit 52 Jahren noch eine neue Arbeit, selbst als Einrichter der Falzmaschine?

25 Jahre hat der Kollege bei Auer-Druck gearbeitet. Dort wurde früher die „Morgenpost“ gedruckt. Der Betrieb machte dicht. Der gewerkschaftliche Widerstand war gleich null, der Betriebsratsvorsitzende Heinemann hatte das fest im Griff. Vom Ortsvereinsvorstand der IG Druck und Papier bekommt er jetzt einen Kranz.

Er war ein guter Kollege, in der Buchbinderei beliebt, obwohl erst seit eineinhalb Jahren bei uns im Betrieb. Ruhig, mit bissigen Bemerkungen, hilfsbereit. Zwei Kollegen nahm er jeden Tag in seinem Auto mit zur S-Bahn-Station. Vor kurzem war er zum stellvertretenden Vertrauensmann gewählt worden.

Nächsten Dienstag ist Beerdigung. Die ganze Abteilung geht hin.

Der Juniorchef kann dem Abteilungsleiter nur sagen, er möchte dafür sorgen, daß die, die arbeiten wollen, das in der Zeit auch können. Er hat auch

sein Problem: Woher bekommt er einen neuen Maschinenführer für die Falzmaschine? Und das zu den Löhnen, die in der Buchbinderei gezahlt werden.

Ein Betriebsrat aus der Druckerei ging zum Meister und teilte ihm mit, daß er zur Beerdi-

gung gehen will. Der ging schnurstracks zur Auftragsstapel. „Eigentlich schlecht“, „viel zu tun“. Der Betriebsrat mußte ihm das Problem erst erklären. „Na ja, dann gehen Sie“.

Rot Front
Ein Drucker-Genosse.

„Das Gericht tat sich schwer, die Strafe zur Bewährung auszusetzen“

Volkskorrespondenz aus Dortmund

Daß vor dem Gesetz alle gleich seien, das glaubt spätestens der nicht mehr, der sich in der bundesdeutschen Justiz etwas näher auskennt. Ich meine damit noch nicht einmal die politische Justiz, die ihre braunen Brüder ungeschoren läßt. Nein, auch bei ganz alltäglichen Sachen ist das so, daß mit zweierlei Maß gemessen wird. Selbst wenn es sich dabei um tote Kinder handelt.

Ein junger Mann von 23 Jahren raste also im Januar des Jahres weit über der erlaubten Geschwindigkeit über den Körner Hellweg in Dortmund. Stunden vorher hatte er, so ergab sich im Nachhinein, mindestens zwei Dutzend Bier gesoffen. Nach mehreren Stunden Schlaf jedenfalls hatte er zu dem Zeitpunkt immer noch 1,28 Promille.

Er rast also auf der Überholspur mitten in der Stadt dahin —

erfaßt dabei ein 13-jähriges Mädchen und schleudert sie in den Tod. Anschließend versucht er zu fliehen und wird einige Kilometer entfernt gestellt. Nun hat man ja die Polizei bei simplen Kontrollen schon mit Kriegsausrüstung antreten sehen, und dabei gab es auch Opfer. Dieser junge Mensch aber wurde sehr behutsam angefaßt und vom Revier nach Hause geleitet. Neun Monate später erst der Prozeß.

Und dieser Heiko K. aus Wickede bekam ein wahrlich fürstliches Urteil. Ein Jahr Haft — auf Bewährung — und 3 000 Mark Geldstrafe. Und das für einen, der voll besoffen durch die Stadt gerast ist, ein Mädchen getötet hat und danach Fahrerflucht beging. Der Grund für diese Milde: Meiner Meinung nach einfach. Von Beruf: Grenzschutzbeamter.

Der neue „Rote Rebelle“
11/81 ist da!



Zu bestellen bei: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103. Preis 0,50 DM

Liebe „Roter-Morgen“- Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen“ mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN“!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:

KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto-Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

8. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens

Enver Hoxha über die internationale Lage

Auszug aus dem Rechenschaftsbericht

Genosse Enver Hoxha, der Erste Sekretär der PAA, unterzog in dem von ihm auf dem Parteitag vorgetragenen Rechenschaftsbericht auch die Entwicklung der internationalen Lage einer gründlichen Analyse. Aus diesem Teil des Berichts veröffentlichten wir nachstehend einige Auszüge.

Alles weist daraufhin, daß die heutige Situation in der Welt mit einem allgemeinen Krieg und mit lokalen Kriegen schwanger geht, aber auch mit Befreiungskämpfen und mit der Revolution. Die Entwicklung der Ereignisse wird zeigen, ob der Imperialismus die Welt in eine neue Katastrophe zu führen vermag, oder ob die Völker den Krieg verhindern und die Menschheit retten werden. (...)

Der Imperialismus ist und bleibt die Quelle aller Aggressionen und Raubkriege, die Ursache allen Unglücks und Elends, das es nach wie vor auf der Welt gibt. Die Völker haben den unstillbaren Durst der Imperialisten nach Eroberungen, Ausbeutung und Weltherrschaft mit ihrem Blut und Leben bezahlt. Diesen unveränderlichen Charakter des Imperialismus, seiner Natur und seiner Ziele bezeugt auch der Kampf, der heute unter den imperialistischen Supermächten und den kapitalistischen Großmächten um Märkte und Einflußzonen geführt wird.

Der amerikanische Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus kollidieren miteinander; sie haben sich zu einem Wettlauf in Bewegung gesetzt, um Aggressionen durchzuführen und andere Länder zu besetzen. In zahlreichen Weltregionen hat der Kampf zwischen den beiden imperialistischen Supermächten, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion, ohne auch das imperialistische China und die anderen kapitalistischen Mächte auszuschließen, neue und große Ausmaße angenommen. Jede einzelne dieser Mächte bemüht sich, wirtschaftliche, politische und militärische Überlegenheit über die andere zu erlangen und neue strategische Positionen zu besetzen. Obwohl sich das Feuer des Weltkriegs noch nicht entzündet hat, können sich die lokalen Feuer, die ausgebrochen sind, und die gefährlichen Brandherde, die schon geschaffen worden sind, in ein großes Feuer des imperialistischen Weltkriegs verwandeln. Der Nahe und Mittlere Osten und erneut Indochina bezeugen das eindeutig. (...)

Natürlich, wenn wir konstatieren, daß die Rivalität zwischen den Supermächten und die Zuspitzung der zwischen ihnen bestehenden Widersprüche die Hauptquelle der heutigen internationalen Konflikte und der Kriegsgefahr darstellen, kommen wir nicht umhin, auch ihre Anstrengungen hervorzuheben, Kompromisse, Übereinkünfte bis hin zu vorübergehenden Bündnissen einzugehen. Die Tendenz zu Zusammenstößen und Konflikten zwischen den Imperialisten hat immer noch den Anstrengungen entsprochen, auf dem Rücken der Völker übereinzukommen.

Doch zwischen den imperialistischen Staaten kann niemals eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens bestehen. Aufgrund ihrer aggressiven Natur werden sie offen und geheim gegeneinander vorgehen. Das ist

die Dialektik der Beziehungen zwischen den Imperialisten.

Bis heute haben sich die Supermächte darum bemüht, ein gewisses Gleichgewicht untereinander aufrechtzuerhalten, die gegenseitigen Einflußzonen zu respektieren und im Rüstungswettlauf im Gleichschritt zu marschieren. Sie haben Anstrengungen unternommen, einen direkten Krieg untereinander zu vermeiden, doch jetzt hat dieses Gleichgewicht als Resultat der Krise und der ungleichmäßigen Entwicklung die Tendenz umzukippen.

Ihre Expansion findet keinen leeren Raum mehr, wohin sie sich ausdehnen könnte. Jeder weitere Schritt stößt auf die Interessen des anderen mit der Gefahr einer Reaktion, die man nicht voraussehen kann. Daraus entstehen Störungen des Gleichgewichts, daraus entstehen Gefahren bewaffneter Konfrontationen, die die Menschheit in einen allgemeinen imperialistischen Krieg führen können.

Einstmals ist es möglich gewesen, den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen zu unterzeichnen, der den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion das Monopol an diesen Waffen sicherte, man unterschrieb sogar das SALT-Abkommen, das das Gleichgewicht der beiden Supermächte hinsichtlich dieser Waffen etablierte. Jetzt aber sind beide Seiten vom Fieber der zügellosen Aufrüstung befallen worden, das sie um den Vorrang gebracht und jeder Logik

Die Rolle der USA

In der einen oder anderen Weise, in dieser oder jener Form stoßen alle Völker auf die Einmischung des amerikanischen Imperialismus und werden von seiner aggressiven Politik bedroht; er stellt die größte kapitalistische Macht unserer Zeit und den Hauptschild des bürgerlich-imperialistischen Systems dar. Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs, als er an die Spitze der imperialistischen Mächte trat und der Hauptbewerber um Weltherrschaft wurde, hat der amerikanische Imperialismus das Blut der Völker in Strömen vergossen; er hat sie direkt oder vermittelt seiner füsamen Werkzeuge angegriffen. In jedem konterrevolutionären Prozeß, der auf der Welt stattgefunden hat, in jedem faschistischen Putsch und bei jedem Umsturz der Demokratie, in jedem Angriff auf die Revolution und den Sozialismus hat der amerikanische Imperialismus stets seine Finger im Spiel gehabt. Der amerikanische Imperialismus ist es, der Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, Willkür und Diktat zu einer gewöhnlichen Praxis im internationalen Leben gemacht hat, bei dem sich Aggression und Androhen von Aggression in eine Grundpolitik, in eine ständige Handlungsweise verwandelt haben.

Das amerikanische Kapital ist der größte und gierigste Räuber der Reichtümer und des Schweißes der Völker, den die Geschichte jemals gekannt hat. Die amerikanischen kapitalistischen Gesellschaften, die ihre

und Schwert zu ersticken, und nachdrücklich das kapitalistische Unterdrücker- und Gewaltsystem verteidigt.

Gegenwärtig hat der amerikanische Imperialismus begonnen, eine schärfere, aggressivere und abenteuerlichere Gangart in seiner Außenpolitik durchzuführen. Er stützt sich immer mehr auf militärische Stärke. Davon zeugt die neue Politik Reagans klar. (...)

Dadurch, daß der amerikanische Imperialismus fast alle Zonen, in denen Erdöl und andere wichtige Rohstoffe gefördert werden, alle Seewege und sämtliche strategischen Punkte des Erdballs als „amerikanisches Interessengebiet“ betrachtet und offiziell verkündet, er werde mit Waffengewalt eingreifen, um seine „Interessen“ zu verteidigen, tritt er offen mit einem konkreten Programm zur Ausdehnung seiner politischen und militärischen Macht auf die ganze Welt hervor. (...)

Diese Linie kommt auch in der von Carter begonnenen und von Reagan weiterentwickelten neuen „Doktrin“ Washingtons zum Ausdruck, daß der Weltfrieden und die Sicherheit der Völker angeblich durch die

abenteuerliche Kurs der Kriegsvorbereitung und der Kriegstreiber charakterisieren heute auch den sowjetischen Sozialimperialismus; seine Globalstrategie und insbesondere deren Durchführungsweise sind ebenso noch aggressiver geworden.

Angefangen mit der Besetzung der Tschechoslowakei hat die Politik der Sowjetunion schrittweise und immer mehr einen ausgeprägten militaristischen Charakter angenommen, der im Einsatz seiner militärischen Stärke zur Realisierung seiner eigenen expansionistischen Ziele zum Ausdruck kommt. Eine militärische Intervention folgte der anderen. Nach der Tschechoslowakei kamen Angola, Jemen, Äthiopien, Eritrea, wo die Sowjets durch Dritte eingegriffen haben. Schließlich kam Afghanistan. Afghanistan bezeichnet den Beginn des großen Marschs des Sozialimperialismus gegen Süden, wo sich die größten Energiequellen der Welt und die wichtigsten strategischen Knotenpunkte befinden, Gebiete, wo die schärfsten imperialistischen Rivalitäten kollidieren und zusammenprallen.

teil vollzieht. Die Tatsachen haben gezeigt, daß nicht nur diejenigen zu Opfern dieser Expansion geworden sind, die auf die „internationalistische Hilfe“ der Sowjetunion vertraut haben, sondern auch diejenigen, die geglaubt haben, man könne sich auf die sowjetische „Hilfe“ und das Bündnis mit ihr stützen, um sich den amerikanischen Imperialisten oder den anderen Imperialisten zu widersetzen bzw. um sich von ihnen zu befreien.

Die pazifistische Demagogie der Sowjetunion, die chruschtschowianischen Lösungen von der „friedlichen Koexistenz“ und die betrügerische revisionistische Propaganda, die sich bemüht, die Völker davon zu überzeugen, daß die Vermeidung des Krieges und die Sicherung des Friedens, ja sogar auch nationale Unabhängigkeit und gesellschaftliche Umwandlungen auf der sogenannten Entspannung zwischen den Supermächten beruhen, müssen insbesondere entlarvt werden. (...)

Die von den sowjetischen und anderen Revisionisten herumposaunte Entspannung ist nichts anderes als die alte imperialistische Theorie des Gleichgewichts und der Harmonie zwischen den Großmächten. Die Theorien der „Entspannung“ des „Gleichgewichts“ oder des „Bipolarismus“, die, obwohl es formale Nuancen gibt, dem Inhalt nach gleich sind, zielen darauf ab, die gegenseitigen Einflußzonen zu garantieren, dem Diktat der Supermächte bei den Weltangelegenheiten sowie der vollständigen und bedingungslosen Unterordnung der anderen Länder gegenüber den beiden Supergroßen und dem Verzicht der anderen Länder auf ihre nationalen Interessen und ihre nationale Souveränität internationale Rechtskraft zu verleihen. (...)

Die Außenpolitik Albaniens hat zu jeder Zeit und in jeder Situation darauf abgezielt, nach Kräften zur Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit auf unserem Kontinent, zur Festigung der Zusammenarbeit zwischen seinen Völkern beizutragen. Wir sagen nach wie vor, daß die Mitgliedschaft der Mehrheit der Länder Europas in den politischen und militärischen Blöcken der Supermächte ein Unglück darstellt. Daraus resultieren die Aufteilungen und Spaltungen in Europa, die Spannungen und die häufigen Konfrontationen zwischen den verschiedenen Ländern dieses Kontinents.

Die Politik, die verlangt, die europäischen Völker zu überzeugen, sich Freiheit, nationale Unabhängigkeit und allgemeinen Frieden dadurch angeblich zu garantieren, daß sie sich unter die Atomschirme der Supermächte flüchten, ist eine überaus gefährliche Politik, ist Betrug. Freiheit, Unabhängigkeit und Frieden werden durch diese Politik nicht gesichert, sondern geopfert. Tatsache ist, daß die Sicherheit von heute im Namen einer Sicherheit von morgen geopfert worden ist, daß die Souveränität beschnitten worden ist, daß die Freiheit des unabhängigen Handelns und der unabhängigen Haltungen zahlreicher Staaten des Ostens und des Westens in der internationalen Arena eingeschränkt worden ist. (...)

Unser Standpunkt ist, daß der Frieden in Europa nur durch den entschlossenen Widerstand gegen den amerikanischen Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, nur durch die Auflösung der Militärblöcke und den Abzug der Atomwaffen und ausländischen Truppen gesichert werden kann.



Delegierte auf dem 8. Parteitag

„Zunahme der amerikanischen Stärke und Überlegenheit“ erreicht werden können. In Wirklichkeit schürt diese „Doktrin“ den allgemeinen imperialistischen Krieg und bringt ihn nur noch näher. Die beispiellose Anhäufung verschiedener Waffen, angefangen von konventionellen Waffen, bis hin zu Atombomben von Hunderten Megatonnen, das Schüren des militä-

Die Politik der Sowjetunion hat genau dieselben aggressiven, expansionistischen und kriegstreiberischen Züge angenommen wie die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika. Das geht klar aus den gleichen Zielsetzungen hervor, die sie gewählt haben, und aus den parallelen Wegen, auf denen sie gehen. Die Sowjetunion verlangt nunmehr nach Militärbasen in anderen Ländern und schließt politisch-militärische Bündnisse mit anderen Ländern, um diese als Stützpunkte zur Ausweitung ihrer Herrschaft über die Völker und zur Konfrontation mit dem amerikanischen Imperialismus zu gebrauchen. Auch im Rüstungswettlauf steht sie nicht hinten. Die Sowjets verfügen nunmehr über ein großes Militärarsenal, das sie im Rahmen der Kriegsvorbereitung ständig vergrößern und perfektionieren. Die militarisierte sowjetische Wirtschaft ist in den Dienst der Realisierung der Eroberungspläne dieser neuen imperialistischen Supermacht gestellt worden. (...)

Nichtsdestoweniger gibt es bei einigen Leuten und politischen Kräften in verschiedenen Ländern noch Illusionen gegenüber der Sowjetunion, gibt es falsche Vorstellungen von ihrer Gesellschaftsordnung und eine naive Gutgläubigkeit gegenüber ihrer Politik. Das kommt nicht nur daher, daß die Sowjetunion viel mit ihrer sozialistischen Vergangenheit spekuliert und daß sie die Politik der Rivalität mit den Vereinigten Staaten von Amerika als antiimperialistische Politik an den Mann bringt, sondern hat auch zahlreiche andere Gründe. Doch der Hauptgrund besteht darin, daß sich die sowjetische Expansion im allgemeinen durch das Einsickern in die antiimperialistischen und Befreiungsbewegungen, durch ihre Instrumentalisierung und Ausnutzung zum eigenen Vor-



Enver Hoxha, Erster Sekretär der PAA, im Gespräch mit Ernst Aust, dem Vorsitzenden der KPD, beim 8. Parteitag der PAA.

beraubt hat. Der Größenwahn und die Arroganz der Supermächte, die sich einbilden, ungestraft in der Welt das Gesetz machen zu können, ist vermischt mit der Furcht voreinander und mit dem Schrecken, den ihnen die Revolution in die Glieder jagt.

Die Interessen der Supermächte und der Völker stimmen zu keiner Zeit und in keinem Augenblick überein; sie haben nichts gemeinsam. Die Existenz des Imperialismus setzt die Versklavung der Völker voraus; die Befreiung der Völker setzt die Zerschlagung des Imperialismus voraus. (...)

Krallen auf den ganzen Erdball ausgestreckt haben, verletzen die Souveränität der Nationen auf barbarischste Weise und machen in zahlreichen Ländern das Gesetz. (...)

Der amerikanische Imperialismus hat den Erdball mit Militärbasen übersät, die die Hauptstützpunkte für Krieg und Aggression sind. Er betreibt die Politik der Festigung der bestehenden Blöcke und der Errichtung neuer militärischer Blöcke, durch die er die amerikanische Herrschaft über seine Partner gewährleistet, durch die er droht, die Revolution und den Kampf der Völker mit Feuer

ristischen Geistes, die totale Mobilisierung, um unter allen Umständen militärische Überlegenheit über den sowjetischen Rivalen zu erlangen, erweckt gegenwärtig in den führenden amerikanischen Kreisen die Vorstellungen, daß der Krieg nicht nur unvermeidlich, sondern auch notwendig ist. (...)

Die Rolle der UdSSR

Die hegemonistische und expansionistische Politik zur Errichtung der Weltherrschaft, der

Der RGW — Instrument der Ausbeutung

Als im Jahre 1949 der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe gegründet wurde, wollte er und sollte er nichts anderes sein als das, was sein Name sagt: eine Organisation zur Förderung des Handels und der wirtschaftlichen Hilfe.

In den Jahren bis zum Machtantritt Chruschtschows änderte sich daran auch nichts, in der Regel fand einmal im Jahr ein Treffen statt, auf dem Entscheidungen einstimmig gefällt werden mußten.

Erst die Chruschtschowianer änderten den Charakter des RGW. Sie machten ihn zur zentralen wirtschaftlichen Instanz Osteuropas und werteten ihn zur übernationalen Planungsbehörde auf. Im Jahre 1962, nach dem 20. Parteitag der sowjetischen Revisionistenpartei, der ein neues Programm angenommen hatte, wurde daraus folgend der Tätigkeit des RGW die These von der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung zugrundegelegt. Diese von Beginn an antisozialistische, imperialistische These fordert, daß die einzelnen Staaten nicht mehr die Entwicklung und den Aufbau einer eigenständigen nationalen Wirtschaft als Ziel haben sollen, sondern die Spezialisierung in Abstimmung mit den Plänen aller Länder des RGW.

In der Realität bedeutete diese These die Forderung an Bulgarien, Rumänien und teilweise auch Ungarn, ihre industrielle Entwicklung zu bremsen, sich vor allem der Agrarwirtschaft zuzuwenden und die benötigten Industrieprodukte in der UdSSR einzukaufen.

In der Realität bedeutete dies die Forderung an Polen, die CSSR und die DDR, ihre Industrieprodukte gemäß den Erfordernissen des Moskauer Zentrums zu gestalten.

Diese Entwicklung wurde fortgesetzt und endgültig zu einer übernationalen Wirtschaftsordnung im Dienste der stärksten Mitgliedschaft geformt durch das ab 1969 begonnene Projekt des sogenannten RGW-Komplexprogramms.

Am bekanntesten für dessen Auswirkungen dürfte heute das polnische Beispiel sein, wo beispielsweise die Werftindustrie zu 90 Prozent für den Export, davon zwei Drittel in die UdSSR, arbeitet. Während die Schiffe für die polnische Handelsflotte mit teurem Geld im Westen gekauft werden müssen.

Die Behauptung, die Zusammenarbeit im RGW geschähe im Interesse aller und alle Staaten profitieren davon, ist eine bloße Propagandalüge. Es ist eine Tatsache, daß die Sowjetunion seit langem Rohstoffe in die RGW-Staaten zu wesentlich höheren Preisen verkauft, als sie dieselben Waren in den Westen vertreibt. Es ist eine Tatsache, daß die UdSSR seit dem Beginn des genannten Komplexprogramms im Jahre 1971 von den anderen Staaten die Beteiligung an sowjetischen Investitionen fordert und erhält und daß die mit solchem Geld erbaute Projekte trotzdem Eigentum der Sowjetunion sind. Neben der Verschuldung und den nötigen Subventionen, um die Inflation einigermaßen zu bremsen, ist dies der Hauptgrund für die sinkenden staatlichen Investitionen im RGW. (Siehe auch Tabelle 1).

Selbst die Regierungen der scheinsozialistischen Staaten Osteuropas unterstreichen diese Tatsache des einseitigen Profits der UdSSR aus der RGW-Wirtschaftsordnung. So führen sie seit Jahren Klage über die gestiegenen Energiepreise —, wo-

Sowjetische Außenpolitik: Imperialismus in neuer Verkleidung

Gerade angesichts der wachsenden Kriegsgefahr stellt sich heute immer mehr Menschen die Frage, welchen Charakter die sowjetische Politik trägt, welche Ursachen und Quellen diese Politik hat. Ist die heutige Sowjetunion eine Macht des Friedens, so wie es die revisionistische Propaganda in der westdeut-

bei sie, mit Ausnahme Rumäniens, diese Energie, Erdöl vor allem, zu mindestens 80 Prozent aus der UdSSR beziehen, die die Preise seit 1975 mehrfach drastisch erhöht hat. Und dies an-

trägt und auch in Polen wird darüber spekuliert.

Heute bricht ganz offensichtlich die erste gemeinsame schwere kapitalistische Wirtschaftskrise auch über die

schen Friedensbewegung ganz massiv zu verbreiten sucht? Oder ist sie eine imperialistische Macht, die, trotz unterschiedlicher Methoden, genau so aggressiv ist, wie der USA-Imperialismus — so steht im wesentlichen die Frage.

möglichst es der UdSSR, ihren „Partnern“ andere Wechselkurse als die offiziellen aufzudiktieren.

Man sieht in all diesen Tatsachen die völlige Veränderung des RGW hin zu einem Instrument kapitalistischer Ausbeutung, imperialistischer Kontrolle und Ausplünderung. Eine Veränderung, die im konkreten begann, als im Jahre 1958 die bis dahin grundsätzlich festgefrorenen Preise innerhalb des RGW aufgegeben wurden und der Grundsatz der Ausrichtung an Weltmarktpreisen geschaffen wurde. Und man sieht in diesen Tatsachen auch die auffällige Ähnlichkeit zu jenen Methoden, die vor allem der USA-Imperialismus anwendet, um seine weltweite räuberische Tätigkeit ebenfalls zu verstecken.

Aggressionen, mit denen Macht und Markt, Einfluß und Rubel gesichert werden sollten.

Es ging der Sowjetunion beim Einmarsch in Prag nicht um die Sicherung des Sozialismus irgendwelcher Art. Weder damals noch heute haben sie Einwendungen gegen die Abschaffung der Planwirtschaft, gegen Dezentralisierung — in Wirklichkeit beschreiten sie ja längst denselben Weg. Es ging ihnen auch nicht um jenen berühmten 500-Millionen-Kredit aus der Bundesrepublik — heute hat die CSSR mit sowjetischer Billigung rund 4 Milliarden Dollar Westschulden. Es ging ihnen einzig und allein darum, daß der tschechische Maschinenbau weiterhin zu Billigpreisen für die UdSSR liefert, statt sich, wie von den bürgerlichen Kräften hinter Dubcek geplant, vor allem dem Verkauf in den Westen zuzuwenden, die gesamte Struktur des Außenhandels der CSSR zu ändern, den RGW-Rahmen zu sprengen.

Chaos, Knappheit, Privatwirtschaft, Westschulden — alles dies interessiert die sowjetischen Imperialisten solange herzlich wenig, solange ihre kolonial ausgebeuteten RGW-Mitglieder ihrem Machtbereich zugeordnet bleiben, solange sie ihre Aufgaben innerhalb des sowjetischen Komplexprogramms für den RGW erfüllen.

Und heute ist für sie die CSSR wieder in Ordnung: 40 Prozent des gesamten Exports der CSSR sind Maschinen für die UdSSR, die mindestens zur Hälfte in Transferrubeln aufgerechnet werden und damit gut und gerne um ein Viertel billiger als auf dem sonstigen Weltmarkt. Dafür besteht dann der CSSR-Import aus dem Westen zu einem Drittel aus Maschinen.

Daß dieses alles nicht nur eine Behauptung anhand weniger Vorfälle ist, beweisen auch noch eine ganze Reihe anderer Tatsachen. So ist das afghanische Erdgas, neben der strategischen Lage des Landes, der Hauptgrund für die sowjetische Aggression und ihre Stützung jener Handvoll Putschisten, die sich Revolutionäre nennen. Es kommt billiger als das eigene Gas aus dem fernen Sibirien und ist näher gelegen. Über einhundert Verträge schloß die UdSSR über dieses Gas im ersten Jahr

nach dem Putsch.

Noch deutlicher zeigt sich dies anhand der aktuellen politischen Ereignisse.

Warum keine Drohungen gegen Ungarn?

Die polnische Gewerkschaft „Solidarität“, so die Moskauer Propaganda, sei eine politische Organisation mit dem Ziel der Auflösung des Sozialismus. Einmal abgesehen davon, daß es in einem Staat mit Tausenden von Millionären und Tausenden der Korruption überführter Staatsfunktionäre wohl nicht mehr darum geht, irgend etwas Sozialistisches aufzulösen: begründet wird diese Moskauer Propagandalüge mit der angeblichen Forderung der „Solidarität“ nach selbstverwalteten Betrieben. Dies führe zur Auflösung der Planwirtschaft und zur Durchbrechung des Außenhandelsmonopols des Staates. Nun ist es natürlich so, daß in der polnischen Gewerkschaftsbewegung verschiedene Strömungen vorhanden sind, darunter auch solche, die prowestlich-kapitalistisch sind.

Aber daß es den Moskauer Imperialisten wirklich nur um ihren Machtbereich, um ihren Profit geht und nicht um eine bestimmte politische Fassade, das zeigt sich, wenn man betrachtet, was zur selben Zeit, da den polnischen Arbeitern — und nur ihnen — gedroht wird, in Ungarn vor sich geht. Und zwar ohne jedes kritische, geschweige drohende Wort aus Moskau.

Mit seinen Beschlüssen vom 1. Januar 1980 und deren Vertiefung und Bestätigung im Februar 1981 hat der Ministerrat der VR Ungarn im wesentlichen die sozialistische Fassade fallen lassen. In einem Federstrich wurden in Ungarn das staatliche Außenhandelsmonopol, der zentrale Plan und die staatliche Preisbildung abgeschafft. Jetzt kann jeder Betriebsdirektor Verträge mit ausländischen Firmen abschließen, sich dort verschulden oder dort Devisen verdienen, die er nach eigenem Gutdünken verteilen kann. Jetzt kann jeder Betriebsdirektor seine Preise selbst festlegen, seine Produkte bestimmen, in Konkurrenz zu anderen ungarischen Betrieben treten. Gleichzeitig kann jeder Ungar seit Beginn dieses Jahres im Dienstleistungsbereich eine eigene Firma vom Staat pachten und bis zu 100 Menschen dort beschäftigen. Die Pacht für ein Restaurant beträgt dabei umgerechnet 14 000 Dollar — Arbeiter sind es wohl nicht, die hier Unternehmer werden. Und warum wird darum keine Aufregung gemacht? Warum wird Janos Kadar nicht des kapitalistischen Kurses beschuldigt, wo er doch so offen vorgeht? Der Grund ist einfach: Bei all dem bleibt Ungarn der Verpflichtung gegenüber der UdSSR treu, liefert billige Waren, billiges Bauxit, billigen Stahl usw.

Polen wird bedroht aus demselben Grund, aus dem die CSSR und Afghanistan überfallen wurden: weil dort die sowjetische imperialistische Oberherrschaft gefährdet ist — dafür rollen Panzer, dafür nimmt man die Konfrontation mit den westlichen Imperialisten auf.

Die sowjetische Politik, das zeigt diese Bestandsaufnahme aus Osteuropa, wird gesteuert von der Notwendigkeit der kolonialen Ausbeutung, der Schaffung von Absatzmärkten, der Sicherung und des Aufbaus von Einflußgebieten und der Gewährleistung des rollenden Rubels.

I Staatliche Investitionsquote (Anteil des Haushalts zum industr. Aufbau)

	1975	1981
Bulgarien	38,5%	33,5%
CSSR	33,0%	31,5%
DDR	30,0%	24,4%

II Westschulden der RGW-Staaten Ende 1980

Polen	19,5 Mrd. US-Dollar
UdSSR	16,2 Mrd. US-Dollar
DDR	10,5 Mrd. US-Dollar
Ungarn	8,0 Mrd. US-Dollar
Rumänien	6,1 Mrd. US-Dollar
Bulgarien	4,2 Mrd. US-Dollar
CSSR	3,9 Mrd. US-Dollar

Dabei benötigte Polen 33 Prozent seines Exports für den Schuldendienst, Ungarn 23 Prozent und die CSSR rund 10 Prozent.

hand des Vergleichs mit dem Weltmarktpreis der jeweils letzten fünf Jahre. Dafür gibt es keinen „Grund“, das ist bloße Auspressung.

Verschuldung — Kennzeichen imperialistischer Ausplünderung

Wenn heute über die Situation von ehemaligen Kolonialländern gesprochen wird, wird oft und zu Recht betont, daß deren Verschuldung an die imperialistischen Industriestaaten ein Grund für ihre zunehmende Rückständigkeit ist. Dabei vergißt man oft, daß gerade die Situation in den osteuropäischen Staaten in dieser Beziehung in den letzten Jahren die schärfste Entwicklung durchgemacht hat.

Wenn beispielsweise die DDR es 1964 in einem Vertrag übernahm, über 100 Chemiefabriken für die UdSSR zu bauen, dafür ihre gesamte Produktion von chemischen Anlagen veränderte und seitdem massive Importe aus der Bundesrepublik auch im Chemiebereich tätigt, so zeigt dies ganz anschaulich und beispielhaft, wie die koloniale Funktion der DDR-Wirtschaft gegenüber der Sowjetunion auch zu einer gesteigerten Abhängigkeit von den westlich-kapitalistischen Ländern führt.

Und die Gesamtschuld der europäischen RGW-Staaten betrug 1980 rund 68 Milliarden Dollar, ohne die Zinskosten. Wobei dies nur die offiziell bekanntgegebenen Zahlen sind. (Siehe dazu Tabelle 2).

Diese Schulden sind aber, und das wird gerade in den letzten Monaten immer eindeutiger, einer der wichtigsten Faktoren, die die krisenhafte Entwicklung der Wirtschaft der RGW-Staaten beeinflussen.

Mit Rumänien ist heute bereits ein RGW-Staat auch Mitglied des Internationalen Währungsfonds, der wirtschaftlichen Kommandozentrale der amerikanischen Dollarkönige, die Kredite zu härtesten Bedingungen geben. Gerade eben hat Ungarn seine Mitgliedschaft be-

Länder des RGW, die ihren sozialistischen Schein wahren wollen, herein. Und diese Krise deckt die wahren Verhältnisse in diesen Staaten ebenso auf, wie das wahre Verhältnis der UdSSR zu diesen Staaten. Zahlungsunfähigkeit Polens und Rumäniens, offen eingestandene Inflation in allen Staaten — das sind bisher die Erscheinungen.

Produktionspläne im Dienste des sowjetischen Aufbaus und ungleiche Handelspreise, das sind jene deutlichen Erscheinungen, die man am schnellsten als kapitalistische Wirklichkeit hinter den sozialistischen Phrasen aus Moskau sehen kann. Die Verschuldung ist eine Tatsache, die selbst offiziell nicht geleugnet werden kann.

Aber es gibt noch andere Tatsachen, die beweisen, daß es sich hier um ein imperialistisches Unternehmen handelt, aus dem die sowjetischen Revisionisten profitieren. So streichen sie selbst offiziell ein Drittel der Gewinne der RGW-eigenen Internationalen Investitionsbank ein, die bereits im ersten Jahr ihrer, seitdem vervielfachten Tätigkeit über 5 Millionen Rubel betrug. So wurde auch eine besondere Währungseinheit, der Transferrubel geschaffen, mit dem ein Drittel der Handelsgeschäfte innerhalb des RGW bestritten werden. Er er-

Begrenzte Souveränität — totale Unterwerfung

Wenn die Theorie Chruschtschows über die „Internationale sozialistische Arbeitsteilung“ in ihrer später erweiterten Form die wirtschaftspolitische Grundlage für die Schaffung eines internationalen Ausbeutersystems war, so ist die berühmte Breschnew-These von der begrenzten Souveränität deren politischer Ausfluß.

Der Inhalt dieser These ist ebenso einfach wie großmachtschauvinistisch: da im sich entwickelnden realen Sozialismus eben diese internationale Arbeitsteilung besteht, wäre das Herausfallen eines Landes aus diesem System ein Schaden für alle und darf deshalb nicht passieren. Ein RGW-Staat kann nicht von sich aus austreten. In der ursprünglichen RGW-Satzung stand dies zwar ganz anders, aber darum kümmern sich die heutigen Herren der Sowjetunion nicht.

Vor diesem Hintergrund und in diesem Zusammenhang wird dann eben auch deutlich, daß es sich bei den Überfällen auf die Tschechoslowakei und auf Afghanistan weder um Unfälle oder Abweichungen, nicht um Fehler oder irgendwelche Alterserscheinungen handelt, sondern um typisch imperialistische



Russische Panzer umzingeln die afghanische Hauptstadt Kabul: ein ganzes Volk von Konterrevolutionären?

Eigenfinanzierung, Rentabilität, Gewinn: Kapitalismus

Die wirtschaftlichen Reformen, die in der UdSSR in den Jahren von 1956 bis 1966 durchgeführt wurden, und die oftmals sehr zickzackartigen, sprunghaften Charakterannahmen, haben als Ergebnis dazu geführt, daß die gesamte wirtschaftspolitische Ordnung des Sowjetstaates verändert wurde.

Es war nicht umsonst, daß die Prawda im September 1965 eine ganze Reihe von Artikeln veröffentlichte, in denen versucht wurde, zu beweisen, daß alle diese Reformen nicht die Wiedereinführung des Kapitalismus bedeuten würden.

Denn in der Industrie wurden zu jener Zeit die Prinzipien des zentralen Plans insoweit aufgehoben, als die teilweise Eigenfinanzierung der Betriebe überall eingeführt und seitdem ständig ausgeweitet wurde. Das heißt, daß sowohl vom Gewinn, den der Betrieb macht, ein Teil des Geldes zur eigenen Verfügung bleibt, als auch direkte Kredite der Banken an einzelne Betriebe gegeben werden. Das aber heißt nichts anderes, als daß im Betrieb eine allmählich anwachsende Summe Geldes zur freien Verfügung entsteht. Zur Verfügung jener, die den Betrieb leiten und die durch diese Reformen für die Belegschaft unangreifbar wurden, denn mit ihnen wurde die Wirtschaft zum ausschließlichen Problem der Spezialisten, Ökonomen, Planer und Betriebsdirektoren gemacht.

Im Zusammenhang mit dem immer mehr ausgebauten System der Prämien, die bis zu einem Drittel der Gesamteinkommen ausmachen, wurde so eine Masse Geldes zum Manövrieren geschaffen, über die die Verfügung und Kontrolle lediglich bei Staatsbehörden und bei der Betriebsleitung lagen. Und damit wuchs das einseitige Interesse an Gewinn, um diese Geldmasse zu vergrößern, um sie abzusichern und Kapital aus ihr zu machen, das man überall dort investieren konnte, wo es am meisten Ergebnisse versprach.

So entwickelte sich eine Schicht von Menschen, die immer reicher wurden, die sich immer mehr von der Arbeiterklasse und den Bauern absetzte und sich zusehends als eine gesellschaftliche Klasse festigte.

Denn auch in der Landwirtschaft war ein gleichlaufender Prozeß eingeleitet worden. Der Verkauf des staatlichen Maschinenparks, der vorher allen Kolchosen zur Verfügung gestanden hatte, führte zu einer weiteren Differenzierung der Landwirtschaft: Jene Kolchosen, die bereits wohlhabender gewesen waren, konnten diese Maschinen kaufen, waren so besser ausgerüstet und konnten ihren Vorsprung ausbauen. Auch hier setzte die Reform die Rentabilität an die erste Stelle, was beispielsweise zu einem Rückgang der Weizenproduktion und der Viehzucht führte.

Vor allem aber führte es auch hier dazu, daß die weitere wissenschaftliche Vertiefung der Landwirtschaft sich auf besonders einträgliche Pflanzen, Gärten und Kolchosen konzentrierte, daß auch hier die Planung der Arbeit durch Spezialisten die Plandebatte der Kolchosversammlung ablösten, daß auch hier mit einem besonderen Prämiensystem Privilegien geschaffen wurden.

So bildeten sich durch diese Reformen in Industrie und

Wer herrscht in der Sowjetunion?

Die Rüstungsprofiteure

Eines der Argumente, mit denen die revisionistische Propaganda innerhalb der heutigen Friedensbewegung Unsicherheit über die Politik der Sowjetunion zu erzeugen sucht, ist die Behauptung, in der UdSSR gäbe es keine Rüstungsgewinnler, von daher könne ja dort auch niemand Interesse an einem Kriegskurs ha-

Landwirtschaft feste, machtbehaftete, abgesonderte Schichten von Menschen heraus, die die Produktion leiteten und den Großteil der Einkommen einstrichen — der offizielle Einkommenspegel beträgt 1:10, wobei leitende Angestellte außertariflich bezahlt werden und die Prämien nicht kontrolliert sind. So wurden auch die zu leistenden Arbeitsnormen von Betrieb zu Betrieb der selben Branche unterschiedlich festgelegt, eine allgemeine Differenzierung fand statt, die Betriebsdirektoren wurden allmächtig.

★★★★

Woher die neuen Reichen?

Die verfassungsmäßige Veränderung der UdSSR seit der Stalin-Zeit gibt eindeutige Hinweise darauf, wer von dieser Entwicklung profitierte, wer daran interessiert war, wer sie vorantrieb.

Nachdem durch die Politik der Stalinschen KPdSU(B) die Ausbeuterklassen im Lande beseitigt waren, es niemanden mehr gab, der von der Arbeit anderer Menschen lebte, gab es zwei große Klassen der Gesellschaft: die Arbeiter und die Genossenschaftsbauern. Daneben gab es noch, als eine davon unterschiedene Schicht, die aus diesen Klassen hervorgehende Volksintelligenz.

Aber die Macht im Staat gehörte laut Verfassung der Arbeiterklasse, die sie mit der Bauernschaft zusammen ausübte. Die Chruschtschowianer unternahmen als eine ihrer ersten Aktionen die Veränderung der Verfassung, indem sie die UdSSR nun zu einem Staat des ganzen Volkes machten, in dem also auch die Intelligenz an der Machtausübung beteiligt ist.

Und seitdem hat sich auch die politische Macht verändert: waren früher zur Zeit Stalins sowohl in der Führung der Partei als auch in den Staatsfunktionen nach und nach durch eine ständige Arbeit der Kommunisten die Arbeiter überall die absolute Mehrheit geworden, so änderte sich dieses Bild, beginnend mit dem Parteitag 1956 vollkommen. Beim letzten Parteitag der KPdSU Anfang dieses Jahres wurden gerade noch drei Arbeiter in das ZK der Partei gewählt: Ingenieure, Agronomen, Wissenschaftler und zahllose Militärs bestimmten das Bild.

Schon 1952 auf dem 19. Parteitag der KPdSU war eine aufkommende Tendenz zur Vernetzung, zur Bevorzugung von Spezialisten heftig kritisiert worden — eine Tendenz, die nach Chruschtschows Machtantritt nicht mehr kritisiert, sondern im Gegenteil systematisiert wurde.

Die ersten Jahre Chruschtschows waren eine Zeit der schnellen Karrieren — von 1956 bis 1961 änderten sich alle Gremien der Partei zu 75 Prozent, die Leitungen bestanden jetzt in ihrer absoluten Mehrheit eben aus Spezialisten, Angestellten, Verwaltungsfachleuten. Im Jahre 1962 wurde in einer Nacht nahezu die gesamte Generalität

abgesetzt, 400 neue hohe Offiziere ernannt. Breschnew war gerade 15 Monate im Sekretariat der Partei, als er Chruschtschow stürzte.

Die neue herrschende Klasse entstand also aus der Schicht der Technokraten und Bürokraten, der Militärs und Intellektuellen. Und sie setzte sich mit den Wirtschaftsreformen an die Schalthelme der Gesellschaft und sicherte diese Herrschaft durch das Militär ab, das ein immer größeres Gewicht bekam.

Ihre Versprechungen zu Beginn ihrer Machtübernahme waren hoch: man wollte die „Mängel der starren Planung“

ben. Die Behauptung, dort gäbe es keine private Wirtschaft, keine private Aneignung ist seit langem ein ständiges Argument, um die nach wie vor bestehende Existenz des Sozialismus in der UdSSR zu „beweisen“ und so dieses System als Abschreckung unter den westdeutschen Arbeitern zu verbreiten.

durch die Belegschaft wählen sollte. Lediglich 7,8 Prozent der sowjetischen Arbeiter haben, nach amtlichen arbeitsdemographischen Zahlen, die Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs. — Wiemansehen kann, ist der Prozeß der Festigung der privilegierten Schichten als abgeschlossene Klasse weitgehend beendet.

Das Argument der Moskauer Propaganda, es gäbe in der heutigen UdSSR kein Privateigentum und deshalb auch keine Ausbeutung, im Gegenteil dort bestehe der reale Sozialismus, ist lediglich deshalb geeignet, fortschrittliche Menschen zu

trieben. Diese Betriebe stehen zu einem großen Teil unter dem Kommando des Militärs selbst, und ihren Interessen dient auch das, was es heute in der UdSSR noch an realer Planung gibt.

So ist nicht nur eine der 14 Abteilungen des Gosplans (staatliche Planung) mit der Spezialität Militärindustrie befaßt, sondern es besteht auch ein militärindustrieller Ausschuß, dem neben Breschnew und einigen Politbüro-Mitgliedern die Generalität der sowjetischen Armee angehört. Dort werden die ungeheuren Rüstungsprogramme direkt sanktioniert. Diese Betriebe sind, im Gegensatz zur amtlichen Propaganda aus Moskau, die die Existenz eines Profits aus der Rüstung ableugnet, die profitabelsten aller Betriebe, genauso wie im westlichen imperialistischen System auch.

Sie nehmen sowohl als Ankäufer wie als Anbieter eine absolute Monopolstellung ein. Da aber für sie ebenfalls das Prinzip der Eigenfinanzierung gilt, sind dort auch die höchsten Gewinne zu machen. Dies ist einer der Hauptgründe dafür, daß die Macht der Technokraten auch die Macht der Militärs ist, gehört doch die Generalität der UdSSR zu den allerreichsten im Lande, werden auch die hohen Offiziere außertariflich bezahlt, haben sie ihren Anteil an den Gewinnen der Rüstungsbetriebe.

Und so betrachtet wird auch klar, weshalb die UdSSR, mit Sicherheit der rohstoffreichste Staat der Welt, es nötig hat, obwohl er auf der einen Seite als Monopolverkäufer von Rohstoffen aus den RGW-Staaten Profite herausholt, andererseits Rohstoffen nachjagt. Auch hier gilt das Prinzip der Rentabilität, der billigste Rohstoff soll es sein. Dasselbe Logik, mit der etwa die USA-Imperialisten sich nicht auf ihr vorhandenes eigenes Öl konzentrieren, sondern lieber das aus Nahost haben wollen.

trachtung durchaus deutlich sehen, daß hinter der Fassade des sozialistischen Eigentums — die beispielsweise in Ungarn nahezu völlig fallengelassen wurde — in Wirklichkeit die private Verfügung, die private Aneignung, die private Entscheidungsgewalt steht.

Und in letzter Zeit mehren sich auch in der UdSSR die Tendenzen hin zu einer stärkeren Propagierung der Privatwirtschaft. In den letzten 25 Jahren nahm die privat bewirtschaftete Fläche der Landwirtschaft der UdSSR von 0,9 auf 3,2 Prozent zu, und Breschnew forderte auf dem Parteitag dieses Jahres, diese Entwicklung zu stützen. Denn diese Zahl ist bedeutender, als man zunächst denken mag: zum einen werden auf dieser Fläche von bestimmten Erzeugnissen bis zu 15 Prozent der gesamten nationalen Produktion geleistet, zum anderen sind natürlich 3,2 Prozent der gigantischen sowjetischen Landwirtschaftsfläche nicht wenig.

Mit Sicherheit wird diese Tendenz der Reprivatisierung, die ja gerade in der Sowjetunion eine völlige Umkehrung eines

langjährigen Prozesses ist, nicht besonders schnell vor sich gehen. Aber es ist klar, daß jede kapitalistische Klasse danach trachtet, sich auch durch Erbrecht und ähnliches abzusichern, Dinge die bisher in der UdSSR nur über den Konsens der Ausbeuter, über die Kadernomenklatur, die zu einer Anwärterliste auf Profit geworden ist, organisiert werden können. Trotzdem zeigen sich immer mehr Tendenzen, die beweisen, daß die herrschenden Ausbeuter in der UdSSR sich auch familiemäßig etablieren.

★★★★

Das Ende der Versprechungen

All diese Reformen, die in Wirklichkeit eine völlige Änderung des Charakters der Gesellschaft bedeuteten, führten — für die Werktätigen der Sowjetunion, denen zunächst für 1981 der Kommunismus versprochen worden war — zu Versorgungsknappheit, zu Rationierungen, zu neuem Wohnungsmangel und vielen anderen Erscheinungen mehr, die bereits begonnen hatten, der Vergangenheit anzugehören.

Und so bezeichnend es ist, daß das Parteiprogramm von 1961, in dem diese Entwicklung festgeschrieben wurde, sang- und klanglos für überholt erklärt wurde, ohne daß seine Autoren, die ja in ihrer Mehrzahl die heutigen Sowjetführer sind, in irgendeiner Weise dafür zur Rechenschaft gezogen worden wären oder daß man auch nur den Gedanken daran hätte aufkommen lassen, daß das nicht normal ist, so bezeichnend ist es auch, daß die Klagen über die Nichterfüllung der Pläne inzwischen zum sowjetischen Alltag gehören. Die Klagen der Arbeiter und Bauern hingegen füllen die Spalten der Prawda und auf dem Parteitag der neuen herrschenden Klasse, der mehr denn je ein Parteitag der Ausbeuter war, wurde vor der wachsenden Unzufriedenheit der Sowjetmenschen gewarnt.

Und so kommt es, daß heute in der UdSSR die Bonzen ihren Luxus haben, die Militärs ihre Privilegien und supermodernen Waffen für den atomaren Overkill, während es den Arbeitern am Nötigsten fehlt.

Und so ist es auch klar, daß das Argument, die Sowjetunion könne gar keine Kriegspolitik betreiben, da ja dort alles den Arbeitern gehöre und die ja wohl keinen Krieg wollten, nichts anderes ist als eine infame Lüge des Propagandaapparates der neuen Kapitalistenklasse.

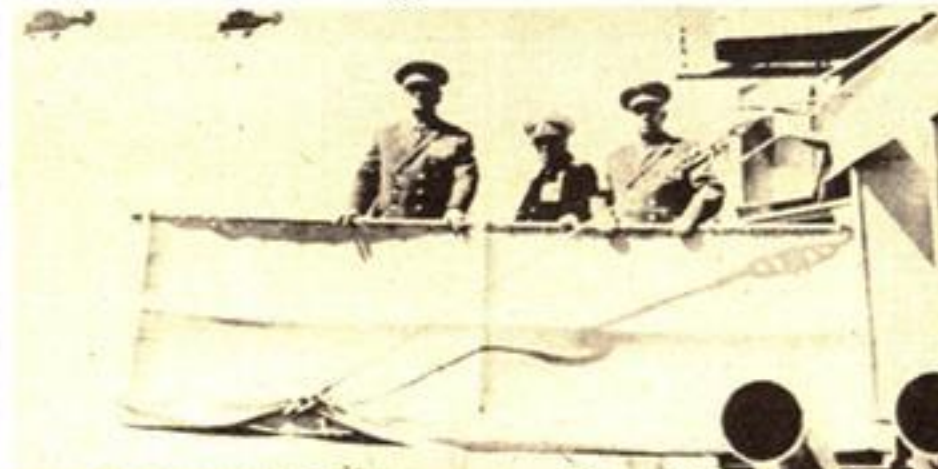
Daß die sowjetischen Arbeiter keinen Krieg wollen, liegt gerade anhand ihrer historischen Erfahrungen auf der Hand: nur haben sie in diesem angeblich sozialistischen Land nichts zu sagen. Und die neuen Kapitalisten, die sind genauso am Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln interessiert wie die Kapitalistenklasse anderer Länder auch, mit dem Zusatz, daß es sich hier um eine Supermacht handelt, die zu jenen gehört, die heute in der Lage sind, auch einen Weltkrieg vom Zaun zu brechen — im Interesse des Profits und der Weltherrschaft, getarnt mit marxistischen Phrasen.

RM-Sonderdruck

Die Artikel zur Sowjetunion in diesem „Roten Morgen“ (Seite 10 und 11) liegen auch als Sonderdruck vor. Sie können zu einem Preis von 10 Pf pro Exemplar beim Verlag Roter Morgen bestellt werden.



Wohnungs-Schwarzmarkt in Moskau: Einer von drei in der Hauptstadt, von 200 im ganzen Land. Wohnungsnot ist alltäglich, Raketen sind wichtiger.



Der sowjetische Flottenchef Gorkow: von Chruschtschow über Nacht ins ZK befördert, zeigte er sich wenig dankbar: „Verantwortungslos“ sei dessen Kürzungsplan im Marinerüstungsprogramm gewesen, das erst zwei Jahre vorher begonnen hatte.



Alltag für sowjetische Arbeiter: uniformierte Aufsichtsbeamte

beseitigen, angeblich den Wohlstand des Volkes mehren. Der einzige Wohlstand, der gemehrt wurde, war aber der der herrschenden Klasse, die sich immer mehr verbreiterte. Gab es vor dreißig Jahren einen technischen oder Verwaltungsangestellten auf 27 Industriearbeiter, so gibt es heute bereits einen auf sechs Industriearbeiter — eine ähnlich bürokratische Maschine wie die westlich-kapitalistischen Staaten wurde geschaffen.

Bezeichnenderweise gibt es gerade hierzu eine der wenigen politischen Äußerungen der sowjetischen Arbeiterklasse. Bei soziologischen Umfragen im Jahre 1969 unter den Arbeitern von Swerdlowsk und Scheljabinsk sprachen sich rund 72 Prozent der Arbeiter dafür aus, daß man die Betriebsdirektoren

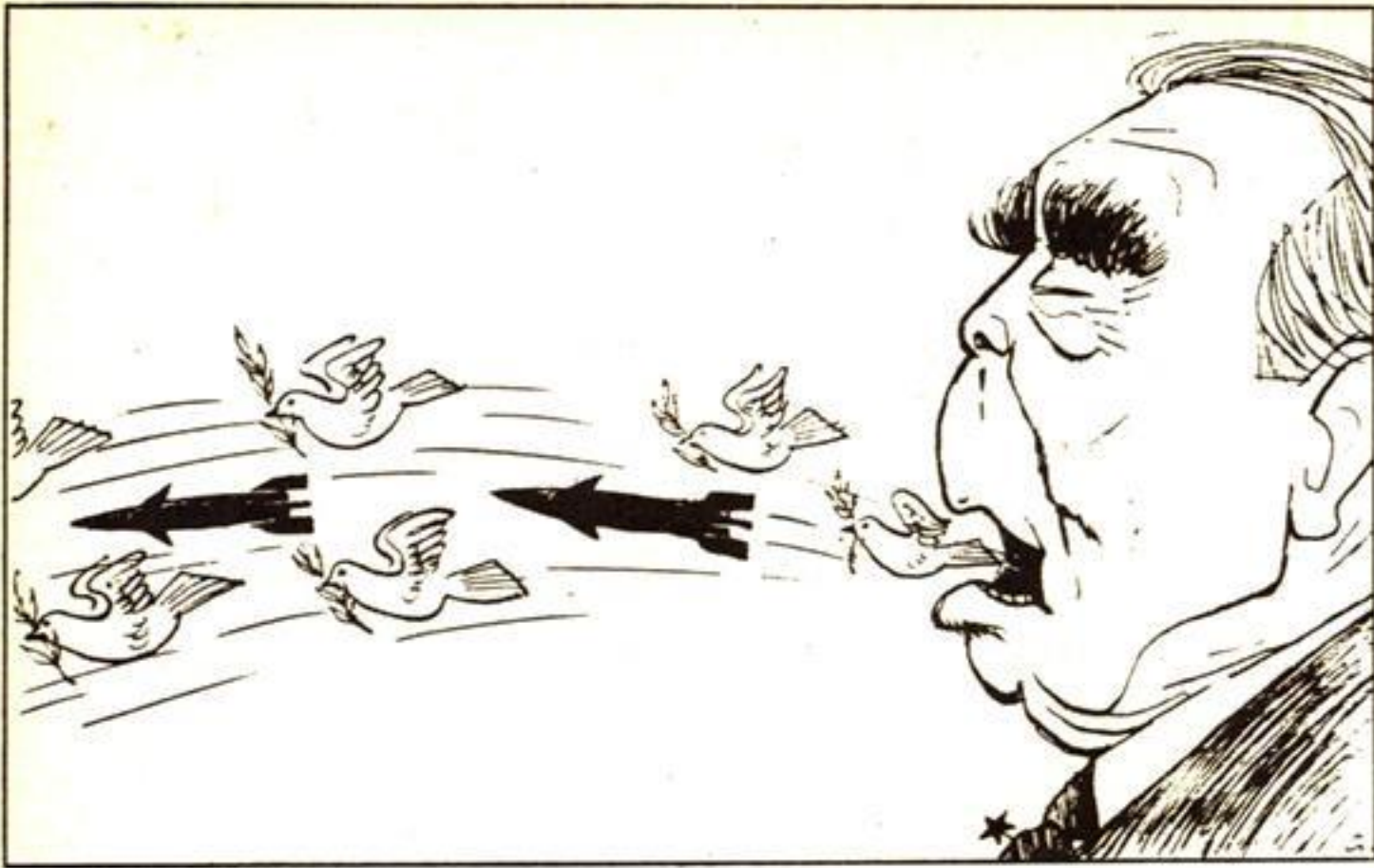
verunsichern, weil der Prozeß der kapitalistischen Entartung der Sowjetunion von anderen Voraussetzungen ausging als in anderen scheinsozialistischen Staaten Osteuropas.

Denn in Polen und Ungarn beispielsweise war der Prozeß der Beseitigung der Ausbeuterklassen längst nicht so weit fortgeschritten wie in der UdSSR und die ganzen Vorgänge dort waren auffälliger.

★★★★

Der militärindustrielle Komplex

Dieselbe Tendenz, die oben für alle Wirtschaftsbereiche skizziert wurde, gab und gibt es natürlich auch in den Rüstungsbe-



Breschnew kommt, um über den Frieden zu reden

„Der kennt mich, ich kenn' ihn“

Mit diesen Worten umschreibt Bernhard Worms, Chef des CDU-Landesverbands Rheinland, sein Verhältnis zum Postminister Gscheidle (SPD). Man kennt sich schon seit den sechziger Jahren, als Gscheidle noch stellvertretender Vorsitzender der Postgewerkschaft und Worms Referent beim Post-Staatssekretär Lemmer war.

Und wie sich die Bonner Karrieren so entwickeln: Aus dem Gewerkschaftsboß ist ein Minister geworden, und der ehemalige Referent hat es auch zu was gebracht. Neben dem Posten als Parteichef hat er unter anderem auch einen Sitz im Düsseldorfer Landtag. Aber genau da beginnen schon seine Probleme. Denn natürlich will auch der Herr Worms noch höher hinaus, und er muß zu die-

sem Zweck mit einem nicht geringen Zeitaufwand weiter an seiner Politikkarriere stricken.

Das wäre auch kein großes Problem, wenn er nicht nebenbei auch noch einen „richtigen“ Beruf hätte. Herr Worms nämlich bekleidet auch das Amt eines Abteilungspräsidenten bei der Düsseldorfer Oberpostdirektion und kassiert dafür 89 000 Mark im Jahr. Was also tun? Wie sollen all die Ämter des CDU-Mannes möglichst gewinnbringend unter einen Hut gebracht werden?

„Der kennt mich, ich kenn' ihn.“ — Minister Gscheidle wußte einen Ausweg. Er schusterte dem Herrn Worms einen besonderen Auftrag zu, die Erstellung eines Gutachtens zur „Überprüfung des Systems der Kostenermittlung und der haus-

haltsmäßigen Behandlung von baulichen Anlagen bei der Deutschen Bundespost“. In der Vereinbarung über das Gutachten wurde ausdrücklich vermerkt: „Bei der Erteilung des Sonderauftrags wurde davon ausgegangen, daß Herr Dr. Worms diese Tätigkeit besser mit seinen politischen Ämtern in Einklang bringen kann.“

Im Klartext bedeutet das: Der CDU-Mann ist faktisch von seinen Dienstaufgaben suspendiert; er kann sich ganz seinen „politischen Ämtern“ widmen und muß nur bei Gelegenheit mal ein bißchen Papier als Gutachten produzieren, damit der Schein gewahrt bleibt. Das für Worms Entscheidende bei diesem Handel: Er bekommt sein Postgehalt in voller Höhe weiter ausgezahlt. Seine private Rechnung bleibt also unverändert. Und die sieht dann im einzelnen so aus:

89 000 Mark Jahresgehalt von der Post; 2 750 Mark monatlich an Diäten und etwa den gleichen Betrag dazu als steuerfreie Pauschale; 1 402,50 Mark monatlich an Aufwandsentschädigung für sein Amt als Landrat; 467,50 Mark im Monat als Kreistagsmitglied im Erftkreis. So kommt er auf Einnahmen von rund 15 000 Mark im Monat. Mit denen finanzieren ihm die Steuerzahler seine Politikkarriere. Und wer sich beim Geldraffen so schlau anstellt wie Herr Worms, der wird es sicher auch noch weit bringen. Vielleicht sogar bis zum Minister wie Kurt Gscheidle.



CDU-Boß Worms: Der Postminister zeigte sich erkenntlich

„Wer demonstriert in Moskau?“

Diese Frage stand — Teilnehmer an der Bonner Friedensdemonstration werden sich erinnern — auf einem Transparent, das ein Flugzeug durch die Lüfte schleifte, als unter auf den Straßen Bonn's die 300 000 zum Hofgarten marschierten.

Die gleiche Frage stand auch über einer Anzeige, die an jenem Tag in der Bonner Lokalpresse platziert war. Verantwortlich für die Anzeige und die Flugzeug-Aktion zeichneten die „Wehrexperthen“ der drei Bundestagsfraktionen: Erwin Horn (SPD), Alois Mertes (CDU) und Jürgen Müllemann (FDP). Finanziert war die ganze Sache von einem „Bonner Kreis — Vereinigung für Friedens- und Sicherheitspolitik“.

Vorsitzender dieser Vereinigung, von der bis zur Bonner Demo noch niemand etwas gehört hatte, ist Udo Philipp, hauptberuflich Bonner Korrespondent des ZDF, dem die Mainzer Fernsehanstalt übrigens sinnigerweise auch die Berichterstattung über die Friedensdemo vom 10.10. anver-

traut hatte.

Der „Bonner Kreis“ hat inzwischen auch weitere Aktivitäten aufzuweisen. Beispielsweise die Herausgabe einer Studie über die westdeutsche Rüstungsindustrie, in der deren angeblich schlechte Lage bejammert wird, aber auch handfeste Forderungen gestellt werden: etwa nach der Aufhebung der Beschränkungen für Waffenexporte oder nach weiteren Aufträgen für die Rüstungskonzerne.

Bei den Waffenschmieden der Bundesrepublik kennt sich der „Bonner Kreis“ nämlich aus. Schatzmeister dieses Vereins ist ein Hans-Ulrich Pieper. Und der ist im Hauptberuf PR-Manager beim Rüstungskonzern Rheinmetall (der jüngst erst durch kriminelle Waffengeschäfte aufgefallen war).

Also: „Wer demonstriert in Moskau?“ Vielleicht mal wieder eine deutsche Wehrmacht in Rheinstahl-Panzern?

Wer demonstriert in Moskau?

Für das Demonstrationsrecht

Zu den unveräußerlichen Rechten der Bürger eines demokratischen Staates gehört es, für ihre Meinung zu demonstrieren. Niemand will dieses Recht antasten. Auch nicht das Recht, derer, die für die Sicherung des Friedens auf die Straße gehen. Aber sie müssen heute friedlich demonstrieren. Gewalttätige versetzen die Demokratie. Friedliche Demonstrationen machen sich dann mitschuldig, wenn sie die Unfriedlichkeit gewahren lassen.

Für eine realistische Friedenspolitik

Friedenssicherung darf nicht auf Illusionen basieren. Die Lehren der Geschichte gelten auch hier.

Armeebauer. Nur das Gleichgewicht militärischer Machtmittel garantiert Europa auch in Zukunft Frieden und uns die Freiheit. Wer fordert, die NATO dissolve sich in Westeuropa nicht anzuordnen gegen die jetzt schon existierende bedrohliche sowjetische SS-20-Raketenpotenzial, läßt wessentlich oder aus nicht vorstellbaren Unkenntnis Moskau grinsen, seine Macht zur politischen Erpressung zu mißbrauchen. Wer gegen das NATO-Konzept des Doppelbeschränkens demonstriert, schwächt die Friedenspolitik der Bundesregierung und damit

Erwin Horn, MdB/SPD
Alois Mertes, MdB/CDU
Jürgen Müllemann, MdB/FDP

Insich die Existenz unserer Staaten.
Gegen eine schlimme Einseitigkeit
Zusammenfassend auf dem Bonn Platz in Moskau demonstrieren für unsere Abhaltung. Welche ein Gelächter! Es bleibt aber Unruhe wie die Vorstellung, die heutige Bonner Demonstration würde die Sowjetunion auch nur zu einem ersten Abrüstungsschritt bewegen. Wer das glaubt, ist einseitig, ebenso wie jene, die sagen, es gebe schon jetzt das Gleichgewicht.

Verantwortung für Problem- und Sicherheitspolitik
Udo Philipp (Präsident)

Die Anzeige des „Bonner Kreises“ vom 10.10.

Apel lädt zum Herrenabend

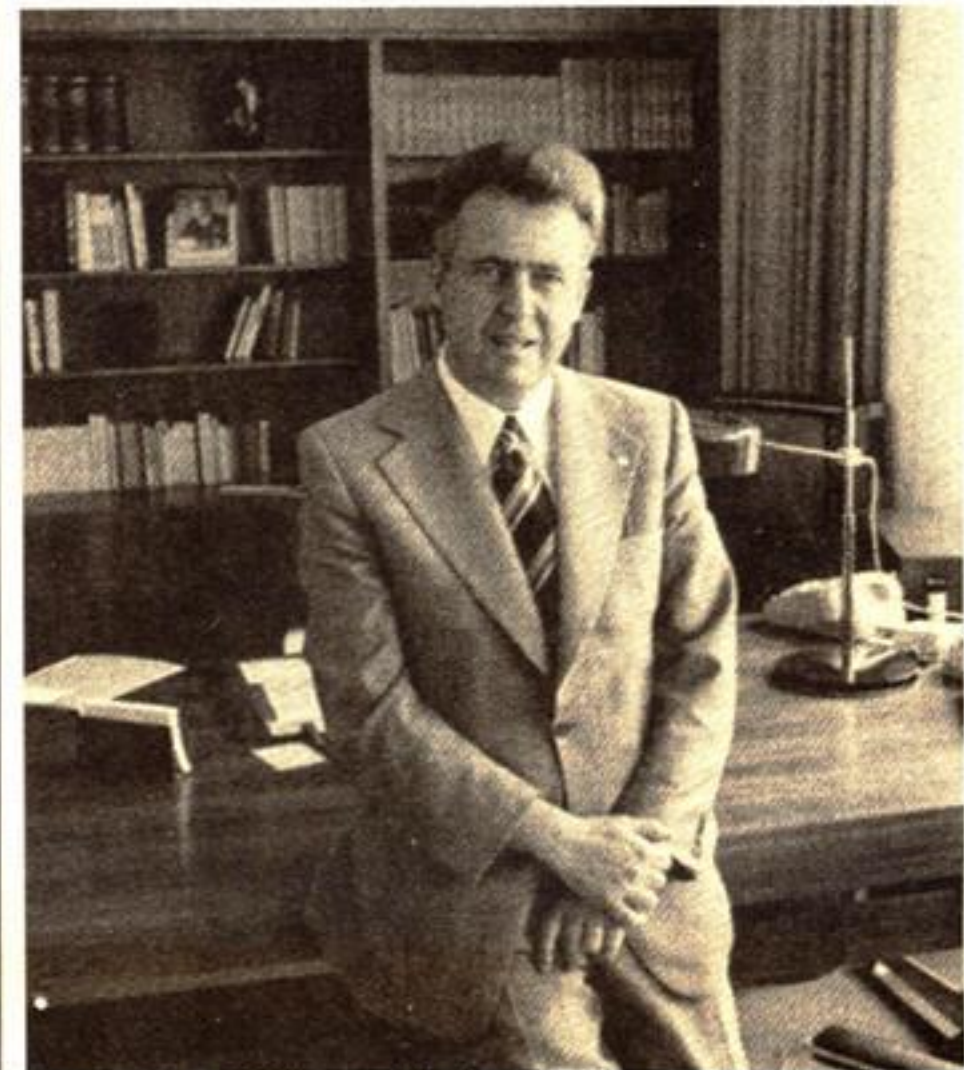
Kommandeurstagung kostet 2 Millionen Mark

Sicher war es ein Zufall, daß der Bundesrechnungshof seinen „Bericht über die Bundeshaushaltsrechnung“ ausgerechnet zu dem Zeitpunkt vorlegte, wo in Bonn der 82er Sparhaushalt endgültig Gesetz wurde.

Was „unsere“ Abgeordneten im Bundestag da alles zum Gesetz gemacht haben, ist ja bekannt: Beim Kindergeld wird gestrichen, den Arbeitslosen wird ein Teil ihrer Bezüge geklaut, ebenso den Beschäftigten im öffentlichen Dienst; wer krank wird, muß künftig tief in die eigene Tasche greifen usw. Sozialabbau? Keineswegs — für

war. Der Leiter dieses Stabes beispielsweise widmete ein halbes Jahr der Tagungsvorbereitung und war während dieser Zeit — so der Rechnungshof — „voll von seinen eigentlichen Aufgaben entbunden.“

Klar, daß eine solche gründliche und verantwortungsbewußte Vorbereitung auch eine Kleinigkeit kostete, nämlich 495 000 Mark. Und dann war es soweit. Der Vorbereitungsstab hatte auf der Insel Borkum das gesamte luxuriöse Kurhaus angemietet, übrigens schon für einen Zeitpunkt, der neun Tage vor dem Beginn der Tagung lag



Apel machte 2 Millionen für einen Ausflug nach Borkum locker.

die Herren in Bonn war das nur die Beseitigung des „Mißbrauchs“ vor allem im sozialen Bereich.

Und überhaupt: Es müsse nun doch endlich einmal Schluß gemacht werden mit dem Anspruchsdenken der Bürger dem Staat gegenüber. Alle hätten jetzt schließlich Opfer zu bringen. Dergleichen Sprüche hat man ja in den letzten Monaten von Politikern aller Bonner Parteien gehört.

Da ist es für uns im Anspruchsdenken befangene Bürger doch sehr lehrreich, einmal zu sehen, wie die Spitzen dieses Staates selbst ein Beispiel für ihre Opferbereitschaft geben. Der erwähnte Bericht des Bundesrechnungshofes ist voll von solchen Beispielen. Wir wollen hier nur eines herausgreifen. Es handelt sich dabei um die Vorbereitung und Durchführung der alljährlich stattfindenden Kommandeurstagung der Bundeswehr im Jahr 1979.

Diese Tagung, das sei vorweg gesagt, zog sich zwar über drei Tage hin, auf Sitzungen entfielen dabei jedoch nur ganze sechs Stunden, also umgerechnet zwei Stunden „Arbeit“ pro Tag — den Rest der Zeit füllten verschiedene Arten von Geselligkeit, mit der sich die Herren vom Streß der Sitzungen erholten.

Bei der Vorbereitung der Kommandeurstagung fällt vor allem eine Tatsache positiv ins Auge: Unsere Bundeswehr ist auf Zack; was sie anpackt, das macht sie gründlich. So wurde zwecks Organisierung der Tagung ein Vorbereitungsstab gebildet, der schließlich 400 (!) Personen umfaßte und über mehrere Monate hinweg tätig

(Kosten 26 800 Mark); ebenfalls angemietet waren zwölf Räume in einem Meerwasserwellenbad. Minister Apel, seine Generale, Admirale und Spitzenbeamten konnten also kommen.

Und wie sie kamen! Natürlich nicht per Bahn oder per Dienstwagen. Sie ließen sich allesamt einfliegen, mit Hubschraubern oder Transportmaschinen. So entstanden dann Reisekosten in Höhe von 659 000 Mark. Aber natürlich wollten die Herren dann auf der Insel Borkum auch beweglich sein. Und deshalb ließen sie per Schiff noch insgesamt 350 Dienstwagen nachkommen.

Über diese Tagung selbst gibt es nicht viel zu berichten. Denn die wurde — wie erwähnt — in sechs Stunden schnell abgespult. Und sonst? Der Bericht des Rechnungshofes erwähnt Frühstücksempfänge, einen Herrenabend, einen Empfang für die niedersächsische Landesregierung, eine Presseschau (zu der 25 handverlesene Journalisten eingeflogen wurden). Man wußte also schon, wie man die Zeit totschlägt. Und offensichtlich ist es dabei auch recht feuchtfröhlich zugegangen. Darüber schweigt sich der Rechnungshof zwar diskret aus, aber immerhin führt er in seinem Bericht unter anderem auch einen Posten von 17 000 Mark an: Sachschaden, der während der Tagung im Kurhaus und anderen benutzten Örtlichkeiten auf Borkum entstanden ist.

Alles in allem hat dieser erweiterte Herrenabend der Bundeswehrführung nicht mehr gekostet als zwei Millionen Mark. Und das ist doch wirklich nicht zuviel für drei tolle Tage an der Nordsee. Oder?

Tips

Samstag, 21. November
21.15 Uhr HR III
Der unvergessene Krieg. Gezeigt wird die Folge „Befreiung der Ukraine“.

Samstag, 21. November
22.20 Uhr ARD
Der große Trick. Amerikanischer Polit-Thriller von Jeremy P. Kagan über Korruption und andere kriminelle Aktivitäten bei einem Wahlkampf.

Sonntag, 22. November
14.55 Uhr ZDF
Die Faust in der Tasche. Max Wilitzki erzählt in diesem Film die Geschichte eines arbeitslosen Jugendlichen. Mit Ernst Hannawald, Ursula Monn und Manfred Krug.

Sonntag, 22. November
21.05 Uhr ARD
Zeugen. Es sind Überlebende aus den Konzentrationslagern der Nazis, die in dieser Sendung Zeugnis über die Verbrechen des Faschismus ablegen.

Montag, 23. November
20.15 Uhr WDR III, HR III
Der unvergessene Krieg. Heute: „Die Befreiung Weißrusslands“. Die Rote Armee setzt zur Gegenoffensive an, die die endgültige Vertreibung der Besatzer aus der Sowjetunion einleitet. Die Faschisten praktizieren bei ihrem Rückzug die verbrecherische Strategie der „verbrannten Erde“. Im Anschluß an die Sendung in beiden Programmen Diskussion unter dem Motto „Anruf erwünscht“.

Mittwoch, 25. November
21.55 Uhr HR III
Einspruch zur Sache. Dokumentarfilm über den berühmten amerikanischen „Kommunistenjäger“ McCarthy, der einer ganzen Ära extremer politischer Unterdrückung den Namen gegeben hat.

Freitag, 27. November
20.15 Uhr ARD
Casablanca. Eigentlich ist es nur ein typisch amerikanisches Melodrama: Rauher Bursche mit empfindsamer Seele (Humphrey Bogart) verzichtet edelmütig auf seine große Liebe (Ingrid Bergmann). Daß aus diesem 1942 von Michael Curtiz gedrehten Streifen dennoch ein großer und heute immer noch faszinierender Film geworden ist, liegt sicher nicht zuletzt daran, daß es Curtiz gelungen ist, das private Drama seiner Helden mit den Schicksalsfragen des antifaschistischen Befreiungskampfes zu verbinden. Der Film spielt im Jahr 1940, wo die marokkanische Hafenstadt Casablanca für viele Antifaschisten aus Europa zu einer Durchgangsstation auf ihrer Flucht nach Amerika geworden war. In Nebenrollen ist eine ganze Reihe von deutschen Schauspielern zu sehen, die damals vom Hitler-Regime ins Exil gejagt worden waren, z.B. Peter Lorre, Conrad Veidt und Curt Bois.

Freitag, 27. November
23.05 Uhr ZDF
Der falsche Mann. Alfred Hitchcock hat in diesem Film sein Grundthema von der vertauschten Identität in realistischer Form abgehandelt: Ein Musiker gerät in die Mühlen der Justiz, als man ihn eines Verbrechens beschuldigt, das er nicht begangen hat. Mit Henry Fonda.



Auch die aggressive Politik der Sowjetunion muß bekämpft werden. Hier ein Bild von der Friedensdemonstration in Brüssel.

Der KB und die Anti-Breschnew-Demo

Am 22. 11. wird Leonid Breschnew, das Haupt der sowjetischen Supermacht in die Bundesrepublik kommen. Aus diesem Anlaß hat eine Reihe von fortschrittlichen Organisationen (darunter auch die KPD), zu einer Protestdemonstration aufgerufen. Der Kommunistische Bund (KB) ist nicht darunter. Ihm paßt die ganze Richtung nicht. Das ist zunächst einmal seine Sache, und es ist sein gutes Recht, auch zu begründen, warum er sich an dieser Demonstration nicht beteiligen will.

Aber mit solch einer Begründung hat der KB offensichtlich Schwierigkeiten. Und was macht man in einem solchen Fall? Man ersetzt Argumente durch plumpe Demagogie. So ist denn im letzten „Arbeiterkampf“ unter der Überschrift „Geil! Breite Einheitsfront gegen Breschnew“ zu lesen, daß sich ein „beispielloses breites Spektrum“ zur Anti-Breschnew-Demonstration in Bonn zusammenfinden würde. Ein Spektrum, das von Faschisten über die CDU bis hin zu den Grünen und den „ML-Gruppierungen“ reicht. So sieht es jedenfalls der „Arbeiterkampf“.

Fraglich erscheint allerdings, ob er damit bei seinen Lesern den erwünschten Gruseffekt ob einer solchen dubiosen „Einheitsfront“ erzielen kann. Denn die Masche ist doch allzu durchsichtig gestrickt. Es ist ja bekannt, daß sich aus Anlaß des Breschnew-Besuchs allerlei reaktionäres Kropfzeug in Bonn zusammenrotten wird. Diese Zusammenrottung aber mit der am gleichen Tag stattfindenden Friedensdemonstration in eine „Einheitsfront“ umzulügen — dazu gehört schon ein gerüttelt Maß an Unverschämtheit. Das erinnert wahrlich an die hinterhältige Praxis der Bonner Behörden, etwa eine faschistische Hetzkundgebung und eine antifaschistische Demonstration zur gleichen Zeit auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und in einen Topf zu werfen.

Denn wäre es dem KB wirklich an einer sachlichen Auseinandersetzung gelegen, so hätte er natürlich zuerst einmal darlegen müssen, wofür die einen, und wofür die anderen in Bonn demonstrieren werden. Das ist ja gar nicht so schwer herauszubekommen. Die Möllemann und Co., die Junge Union und wer immer aus dieser Ecke noch nach Bonn kommen wird — sie demonstrieren für die NATO, für die Kriegsvorbereitungen des amerikanischen und westdeutschen Imperialismus. Die Organisationen, von denen oben die Rede war, demonstrieren dagegen für eine wirksame atomare Abrüstung im Osten wie im Westen, gegen die Kriegsvorbereitungen der Supermächte usw. Auf der einen Seite also eine Kriegs- und auf der anderen

Seite eine Friedensdemonstration. Und das soll dann zusammen eine „Einheitsfront“ ergeben?

Nachdem er seine Polemik mit breit hingeklotzter Demagogie eröffnet hat, versucht der „Arbeiterkampf“ auch noch einige — allerdings sehr schwächliche — Argumente nachzuschieben. Im Kern dreht es sich dabei um die Frage der „Einseitigkeit“ in den Forderungen der Friedensbewegung. Der „Arbeiterkampf“ stellt fest, in dieser Einseitigkeit liege die Stärke der westdeutschen Friedensbewegung. Will heißen: Sie könne wirkliche Erfolge nur dann erzielen, wenn sie sich nicht auf das Geschwätz der Herrschenden über eine beiderseitige, ausgewogene Abrüstung einläßt, sondern ihr Potential dafür einsetzt, hier bei uns einseitige Abrüstungsschritte zu erzwingen, bzw. eine Aufrüstung wie die im NATO-„Nachrüstungsbeschuß“ vorgesehene zu verhindern.

Das ist, für sich genommen, natürlich völlig richtig. Denn hinter der angeblichen Bereitschaft der westlichen (und übrigens auch der östlichen) Imperialisten zu einer beiderseitigen, ausgewogenen Abrüstung steckt ja tatsächlich nur das Kalkül, die eigene Aufrüstung damit begründen zu können, daß die andere Seite beim Rüstungsabbau nicht mitziehen wolle. Gegen diesen Spuk, der nun schon seit Jahrzehnten die wahnwitzige Aufrüstung propagandistisch absichern soll, sind wir immer aufgetreten. Die KPD begreift den Friedenskampf als Klassenkampf, und sie setzt sich dementsprechend auch dafür ein, die Friedensbewegung nicht auf Illusionen über eine durch Verhandlungen zu erreichende ausgewogene Abrüstung auf beiden Seiten zu orientieren, sondern auf den Kampf gegen die Herrschenden in der Bundesrepublik, um „Vorleistungen“ und „einseitige Schritte“ zu erzwingen.

Soviel zur Klarstellung. Und aus dieser hier skizzierten Position heraus unterstützen wir auch die Formulierung im Aufruf zur Anti-Breschnew-Demo: „Atomare Abrüstung einseitig zu beginnen, gilt in Ost und West, denn sonst kann sich jede Seite immer mit dem Hinweis auf die andere herausreden.“ Der Arbeiterkampf aber läuft mit seinen Argumenten ins Leere, wenn er den Anti-Breschnew-Demonstranten unterstellt, sie würden das Prinzip der „Einseitigkeit“ in ihren Forderungen verletzen. Und weil die Argumente so schwach sind, muß auch hier der demagogische Holzhammer wieder her. Es wird schlicht behauptet, wir würden am 22. 11. ausschließlich für einseitige Abrüstungsmaßnahmen der Sowjetunion (Abbau der SS 20) demonstrieren

ren und nur dann, wenn diese sowjetische „Vorleistung“ erbracht wäre, uns auch gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen einsetzen. Sinnigerweise kennzeichnet der „Arbeiterkampf“ denn auch die Positionen im Demo-Aufruf so: „(...) die Forderung von NATO, Grünen etc.“

Mit plumpen Lügen wird hier also eine Friedensdemonstration, die sich unter anderem auch eindeutig gegen den „Nachrüstungs“-Beschuß ausspricht, zu einer Pro-NATO-Kundgebung umgefälscht.

Aber was hat nun der KB außer der mit üblen Tricks und Lügen bewerkstelligten Verleumdung unserer Demonstration an eigenen Positionen zu bieten? Wie stellt er sich denn zu der Notwendigkeit für die westdeutsche Friedensbewegung, auch gegen die Kriegsvorbereitungen der östlichen Supermacht, gegen die von ihr ausgeübten Aggressionen Stellung zu beziehen? Hier wird es nun wirklich interessant. Für den „Arbeiterkampf“ ist die „Einseitigkeit“ der Friedensbewegung nicht deshalb notwendig, um dieser Bewegung klare Ziele im Kampf gegen die eigene Bourgeoisie zu stellen. Nein, notwendig sei es vielmehr, „die Verhandlungsposition der NATO in den demnächst beginnenden Verhandlungen mit der Sowjetunion (zu schwächen); das würde es der NATO schwerer machen, die SU zu erpressen...“ Und überhaupt: „Ob einseitige Abrüstung der SU für uns von Nutzen wäre, sei hier ausdrücklich dahingestellt.“

Da liegt also der Hase im Pfeffer. Was der KB den Anti-Breschnew-Demonstranten vorwirft, das betreibt er in Wirklichkeit selbst — nur mit umgekehrtem Vorzeichen. Er will die Friedensbewegung in unserem Land in eine Hilfstruppe umfunktionieren, mit der die sowjetische Supermacht ihre Positionen beim Verhandlungspoker mit den amerikanischen Imperialisten verbessern kann. Und die sowjetische Raketenrüstung sollen wir dabei auch noch als eine für uns nützliche Sache ansehen.

So ist es schließlich der KB selbst, der sich in eine gefährliche pro-imperialistische Einheitsfront begibt, indem er nicht von den Interessen der Werktätigen in West und Ost ausgeht (die eine vom Einfluß beider Supermächte unabhängige Friedensbewegung erfordern), sondern sich zum Sprachrohr der imperialistischen Interessen Moskaus macht. Und was die vielfältigen Aktivitäten am 22. 11. in Bonn angeht, so hat der „Arbeiterkampf“ bei seiner Aufzählung eine vergessen: die von der DKP geplante Jubiläumkundgebung für Breschnew. Und die wäre doch eigentlich der rechte Platz für den KB.

Öffentliches Rekrutengelöbniß bei der Firma Keiper/Rockenhausen

Gewerkschaftlicher Widerstand gegen Militärspektakel im Betrieb

KAISERSLAUTERN. — Wie im „Roten Morgen“ mehrmals berichtet, plant die Bundeswehr ein öffentliches Rekrutengelöbniß auf dem Betriebsgelände der Firma Keiper im pfälzischen Rockenhausen. Einen Vorgeschmack darauf gab vor einigen Wochen schon eine Pressekonferenz, die der Kommandeur des Jägerbataillons 542, von Stünzner, im Verwaltungsgebäude von Keiper abhielt.

Der Oberstleutnant erklärte bei dieser Konferenz: „Wir werden das Gelöbniß in der letzten Novemberwoche durchführen.“ Der Kommandeur gab auch zu verstehen, daß die Idee für dieses Militärspektakel nicht auf seinem eigenen Mist gewachsen ist, sondern daß die „Anregung“ dazu von Minister Apel höchstpersönlich kam. Apel will Ende November (als Termin ist der 27. 11. im Gespräch) auch selbst nach Rockenhausen kommen. Damit wird demonstrativ unterstrichen, welche Bedeutung die Bundeswehrführung dieser Sache zumißt. Rockenhausen soll offensichtlich nur der Anfang für eine neue Serie von provokativen Gelöbnissen sein — diesmal nicht in Stadien oder auf öffentlichen Plätzen, sondern in den Betrieben.

Es ist also notwendig, den Anfängen zu wehren. Und tatsächlich hat es gegen die Verwirklichungspläne des Herrn Apel einen erfreulichen massiven gewerkschaftlichen Widerstand

gegeben. So verabschiedete schon am 8. August die 12. Landesbezirksjugendkonferenz des DGB Rheinland-Pfalz eine Protestresolution, in der es unter anderem heißt: „Wir erinnern an die geschichtlichen Erfahrungen, wonach die Vorbereitung von Kriegen stets einhergeht mit der geistigen Aufrüstung der Bevölkerung“. Diese Resolution wurde Ende September auch von der Bezirksjugendkonferenz der IG Metall Frankfurt verabschiedet.

Aber der Widerstand gegen die Militarisation der Betriebe ist natürlich nicht allein Sache der Jugend. Und so ist es besonders positiv zu bewerten, daß auch die Vertreterversammlung der IGM in Kaiserslautern einen Beschluß gefaßt hat, in dem Ortsverwaltung, Bezirksleitung und Vorstand aufgefordert werden, „beim Bundesverteidigungsministerium alles Mögliche zu unternehmen, um die geplante Gelöbnißfeier im November zu unterbinden.“

Die Verwaltungsstelle Kaiserslautern hat ebenfalls unmißverständlich zum Widerstand gegen das Gelöbniß aufgerufen. In einem Brief, der Ende Oktober an alle Verwaltungsstellen im Bezirk Frankfurt geschickt wurde, hieß es: „Nachdem im vergangenen Jahr zahlreiche demokratische Jugendverbände und Gewerkschaftsgremien, darunter auch die 12. Bundesjugendkonferenz der IG Metall, ihre Ablehnung der Rekrutengelöbnisse auf öffentlichen Plätzen zum Ausdruck gebracht haben, soll jetzt dessen ungeachtet die Verherrlichung des Militärs auch in die Betriebe getragen werden. Dahinter steht die Absicht, so Verteidigungsminister Apel, „die Verbundenheit von Soldaten mit der arbeitenden Bevölkerung zu unterstreichen“.

Gegen das geplante Betriebsgelöbniß haben inzwischen zahlreiche gewerkschaftliche Gremien, Jugendverbände, Parlamentarier u. a. protestiert. (...) Entgegen dieser eindeutigen Beschlüsse spricht sich der Betriebsrat und sein Vorsitzender, Kollege Jess, nach wie vor für dieses Gelöbniß aus.

Das öffentliche Gelöbniß auf dem Betriebsgelände darf nicht stattfinden!

Um was für eine Figur es sich bei dem hier angesprochenen Keiper-BR-Vorsitzenden Jess handelt, wurde jüngst offenbar: Dieser saubere Herr (unter anderem auch Mitglied der Ortsverwaltung Kaiserslautern der IGM) gab Informationen über den gewerkschaftlichen Widerstand gegen das Gelöbniß ausgerechnet an die faschistische „Nationalzeitung“ weiter. Wenn das kein Ausschlußgrund für die IGM ist!

Gewerkschaftliche Jugendgremien und ein in Rockenhausen gebildeter Arbeitskreis „Frieden“ haben unterdessen zu einer Protestversammlung aufgerufen, die am Tag des geplanten Gelöbnisses stattfinden soll.



Keiper-Fabrik in Rockenhausen

Antimilitarist wegen Wehrkraftzersetzung angeklagt

In dieser Woche beginnt vor der großen Strafkammer des Hamburger Landgerichts ein Verfahren wegen Wehrkraftzersetzung (§ 99 StGB) gegen Thomas Wulf, der früher für einige Ausgaben der von den „Soldaten- und Reservistenkomitees“ herausgegebenen Zeitschrift „Volksmiliz“ presserechtlich verantwortlich zeichnete.

Im vergangenen Jahr hatte ihn die Staatsschutzkammer Hamburg im gleichen Verfahren freisprechen müssen. Der Bundesgerichtshof hat jedoch das damalige Urteil aufgehoben, so daß der Prozeß nunmehr neu eröffnet wird. Der Tatbestand der Wehrkraftzersetzung wird in der Anklageschrift damit begründet, Thomas Wulf habe „(...) die Bundeswehr als imperialistische Armee dargestellt, deren wahre Funktion nicht in der Verteidigung der Interessen des Volkes, sondern in der Durchsetzung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Kapitalistenklasse der Imperialisten, der Herrschenden innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland mit kriegerischen

Mitteln liege, die Bundeswehr als ein imperialistisches Militärlager bezeichnet, (...) wobei der Beschuldigte die Soldaten durch derartige Darstellungen dazu bringen wollte, sich den an sie gestellten Anforderungen in einer als volksfeindlich dargestellten Bundeswehr zu widersetzen und er ihre Bereitschaft, sich für dienstliche Belange und allgemein für die Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben einzusetzen, untergraben wollte.“

Diese Anklage zielt also deutlich darauf ab, jede konsequente antimilitaristische Propaganda, jede Aufklärung über Charakter und Aufgaben der Bundeswehr zu kriminalisieren. Es zeigt sich daran auch einmal mehr, daß der berüchtigte § 99

die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit — bezogen auf die bewaffneten Formationen der Bourgeoisie — vollständig liquidiert.

Der oben erwähnte Freispruch erfolgte jedoch nicht in Verteidigung dieses Rechts auf Meinungsfreiheit, sondern weil Thomas Wulf als presserechtlich Verantwortlicher für die „Volksmiliz“ nicht nachzuweisen war, daß er „an der Verbreitung von Druckwerken strafbaren Inhalts vorsätzlich mitgewirkt hat.“ Genau das aber sieht der Bundesgerichtshof für gegeben an.

Wir fordern: Freispruch für Thomas Wulf!

Hier die Prozeßtermine (jeweils 9 Uhr, Landgericht Hamburg, Schleidenstr. 9-11):

Dienstag, 24. 11.; Donnerstag, 26. 11.; Dienstag, 1. 12.; Donnerstag, 3. 12.; Dienstag, 8. 12.; Donnerstag, 10. 12.; Dienstag, 15. 12.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 47, 20 Kasım 1981

Yıl: 15

1 DM

Haydi yürüyüşe!

Barış için — Brejnev'e karşı!

22 Kasım'da Sovyetler Birliği'nin Devlet ve Parti Başkanı Brejnev Bonn'a ziyaretine geldiğinde; barışın değil, sürdürdükleri politikayla yeni bir savaşın çıkmasında baş tehlikeyi teşkil eden iki süper güçten birisinin temsilcisi ülkemizi ziyaret etmiş olacaktır! Dünya hegemonyası için rekabet eden Sovyetler Birliği ve ABD'nin arasındaki çelişkiler savaş tehlikesinin esas kaynağıdır. Bu nedenle Brejnev'in gelişinde de protesto yürüyüşü düzenlenmeli! 22 Kasım'da saat 11.00'de Bonn-Schlachthof'ta başlayan yürüyüşe katılın!

Brejnev'in Almanya'ya geldiği an gerici propaganda doruk noktasına ulaşacaktır. Bir taraf Brejnev'i tek savaş kışkırtıcısı gücün temsilcisi olarak lanatlayıp, emperyalist NATO'yu överken, diğer taraf onun bir barış meleştiğini iddia edip, emperyalist Varşova Paktı'nı övecektir.

Ama ne biri, ne de diğeri doğrudur. Gerçek şudur: Bugünkü savaş tehlikesinin esas kaynağı, iki emperyalist bloğun başını çeken ve aralarında çelişkilerin alabildiğine yoğunlaşmış olduğu ABD ve SSCB'dir. Amerikan Hükümeti Avrupa'da sınırlandırılmış bir nükleer savaş üzerinde spekülasyonlar yapıyorsa, Brejnev'de buna cevap olarak Federal Almanya'yı geniş bir nükleer darbeye tehdit ettiklerini söylüyor. Her iki tarafta, Pershing 2 ve SS 20 gibi orta menzilli nükleer silahlarıyla Federal Almanya'yı yeni bir nükleer savaşın alanı haline getireceklerini açıklıyorlar.

1968 Çekoslovakya ve 1979 Afganistan işgalleri, Sovyetler'deki yeni efendilerin ne barışı, ne de ilerici bir gelişmeyi düşün-

mediklerini, onların ancak kendilerinin egemen oldukları alanları pekiştirmek, nüfus alanlarını genişletmek istediklerini gösterdi. Bugün Polonya'lı işçileri tehdit eden ve Sovyet yanlısı bir avuç darbeciyi desteklemek için Afganistan halkına karşı Napolam savaşını sürdüren Sovyet emperyalistleri, ABD emperyalistlerinin Vietnam'ı yok etmek istediklerinde tek bir askeri göndermezken, bugün Afganistan'a 80 bin askeri birden göndermektedirler.

ABD, nasıl El Salvador ve Türkiye'de kendi uşaklığını yapan rejimleri destekliyorsa, Sovyetler Birliği de silahlarıyla aynı şeyi yapmakta. ABD'nin yaptığı biçimde, Sovyetler Birliği de nükleer savaş gemilerini dünyanın tüm denizlerinde bulundurmakta, dünyanın dört bir yanında askeri danışmanları görev yapmakta. ABD'den sonra Sovyetler Birliği dünyanın en büyük silah satıcısıdır.

Bugün Batı-Alman barış hareketi içerisinde ancak Washington ve Moskova arasında sürdürülecek görüşmeler temelinde barışın sağlanabileceği görüşü

de savunulmaktadır. Bu görüşün bizleri çıkmaza götüren bir görüş olduğu açıkça vurgulanmalıdır. Böyle bir görüş ağırlık kazandığı an, barış hareketinin ister istemez savaş tehlikesine neden olanlara bağımlı kalacağı kavranmalıdır.

NATO'nun aşırı silahlanma politikasını sonuna kadar savunan Federal Hükümet, kendisinin söz konusu görüşmelerin gerçekleşmesinde büyük bir rol oynadığını vurgulayarak, aslında bir tehlikenin mevcut olmadığı görüşünü yaymaya çalışıyor. Brejnev'e karşı gerçekleştirilen yürüyüş, bu nedenle bir taraftan savaş tehlikesinin iki süper gücün, iki emperyalist bloğun politikasından kaynaklandığını sergilemek isterken, diğer yandan da Federal Hükümet'in barış politikasına da karşı yönlendirilmiş bir eylemdir. Barışın ve ülkemizin kaderini iki baş savaş kışkırtıcısının eline bırakmak, onlara hizmet etmek demektir.

(„Für den Frieden — gegen Breschnew“)

DDR'deki tutuklu komünist muhalefetçilerle dayanışma!

DDR'de komünist düşünceleri nedeniyle tutuklanmış olan Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeldt ve 6-8 DDR vatandaşıyla ilgili sürdürülen dayanışma kampanyası gittikçe yaygınlaşmakta. Bonn'daki barış yürüyüşünde yoğun olarak mevcut protesto mektuplarına imza toplandıktan sonra, partimizin açtığı sergilerde, Bremen, Hamburg ve Dortmund'ta düzenlenen toplantılarda imza kampanyası sürdürüldü, tutuklulara kart postalları gönderildi. Bunun yanı sıra Bremen'de gerçekleştirilen toplantıda 300 DM bağış toplandı. KPD'nin Reutlingen'deki bölge grubu büyük, dikkati çeken bir pankart açarak olumlu bir eylem koydu. Söz konusu eylemin yarattığı yankı son derece iyiydi. Aynı şekilde çeşitli yerlerde de düzenlenen eylemlerle protesto yazıları gönderildi, örneğin Heil-

bronn'da olduğu gibi anti-militarist çalışma grupları toplanıyor. Bilindiği gibi basın uzun süre DDR'deki tutuklular hakkında bilgi vermemekteydi. DDR'deki tutuklularla dayanışma komitesi DDR'in haber ajansı olan ADN'nin bürosunu işgal etmesinden ve böylece basının boykotunun kırılmasından sonra, giderek daha fazla insan partimize ve dayanışma komitesine mektup yazarak bilgi edinmek istedikler.

Polonya'daki sendikal hareketi destekledikleri veya tek taraflı olsada silahsızlanmayı talep ettikleri için — ki partimiz de burada aynı şeyleri savunmaktadır — DDR'de komünistlerin tutuklanması bir çok ilerici insan için son derece şaşırtıcı oluyor.

Bu nedenle özellikle bilgilendirme faaliyetimize ağırlık

vermeliyiz. Uluslararası planda da dayanışma eylemleri sürmektedir. Örneğin bundan bir hafta önce Avusturya'daki Marksist-Leninist Grubu'ndan bir dayanışma yazısı aldık. Batı-Avrupa'nın, Amerika'nın çeşitli ül-



Reutlingen'de DDR'deki tutuklularla dayanışma pankartı

Hessen tarihinde en büyük kitle eylemi

150 bin insan Startbahn West'e hayır diyor!

WIESBADEN. — 14 Kasım Cumartesi günü 150 binin üzerinde insan Hessen Eyalet Başkenti Wiesbaden'de bir yürüyüş düzenleyerek, Eyalet Başbakanı Börner'in (SPD) önderliğindeki Eyalet Hükümeti'nin bir an evvel, inşaa etmek istediği Frankfurt hava alanının Startbahn West isimli uçak iniş pistine karşı olduklarını ifade ettiler. Yürüyüşe katılanlar iniş pistindeki çalışmaların derhal durdurulmasını talep ettiler.



150 000 kişi Frankfurt hava alanı pistinin yapımını protesto için Wiesbaden sokaklarına döküldü.

Yürüyüşün düzenlendiği gün, ABD'li işgalci güçler ve hava kuvvetlerinin de büyük çıkarları olduğu, yeni iniş pistinin yapılmasına karşı sürdürülen kampanya yeni bir zafer kaydedebildi. İnşaat pistinin yapılmasına karşı sürdürülen kampanya yeni bir zafer kaydedebildi. İnşaat pistinin yapılmasına karşı sürdürülen kampanya yeni bir zafer kaydedebildi.

Sadece tekellerin ve askeri güçlerin çıkarlarını savunan Börner, ister istemez o gün kitle düşmanı politikasını bir kez daha açıkça sergiledi. Börner, genelinde iniş pistinin yapılmasına karşı çıkanları bir avuç azınlık olarak göstermeye çalışmakta. Ve "milyonlarca insanın çıkarlarını" bu azınlığın bağırıp çağırmasına feda etmeyeceğini sürekli vurgulamakta.

Mitingin sonunda bir konuşma yapan, iniş pistinin yapılmasına karşı çıkan halk insiyatifinin sözcüsü Schubert; Hessen Eyalet Hükümeti'nin sürdürdüğü bu mücadeleyi, "siyasi değil, ancak askeri yöntemlerle" kazanabileceğini çok iyi bildiğinden" şeytanın zezem su-

yundan kaçtığı gibi" halk oylamasından kaçtığını, hükümetin halk oylamasını reddetmesi, Almanya'da faşizmin sonundan sonra başlıca bir olayı teşkil edeceğini vurguladı.

Börner ise halen halk oylamasının anayasaya aykırı olmasından dem vurmakta. Ve kendisi konuyla ilgili bir kararın alınmasından önce iniş pistinin bir an evvel bitirilmesini amaçlıyor. Börner halk oylamasını anayasaya aykırı bulduğunu ileri sürerek, sorun sadece Hessen Eyaleti'ni değil, Federal Devletin sorunlarını da etkilediğini söylemekte.

Şüphesizki, sorun sadece Federal Devlet sorunlarını değil, NATO Paktı'nın sorunlarını da etkilemektedir! Bu konuya da değinen Schubert, iniş pistinin yapılmasına elbette ormanların ve genel olarak tabiatın zarar görmesinden dolayı karşı çıkmadıklarını, aynı zamanda kendilerinin hiç bir şart altında planlanan iniş pistinden Cruise Missiles, Pershing 2, nötron

bombaları veya müdahil birliklerinin faydalanmasına izin veremeyeceklerini de vurguladı.

Eyalet Hükümeti halk oylamasını reddettiği, takdirde, insanlar sadece başvurdukları hukuksal yolları kullanmakla yetinmeyeceklerdir. Elbette hukuksal yollar deniyor, ama diğer tarafta da Börner'in bu arada değişmez gerçekleri yaratmasına izin verilmeyecektir.

"Şiddet eylemlerine" karşı tahrik edici propaganda daha şimdiden alabildiğine yoğunlaşmış durumda. Ve bu propaganda şüphesizki daha da artacaktır. Ama mevcut şiddet Börner'in halk savaşı politikasından kaynaklanmaktadır. Protestolarda bulunan insanlar bugüne kadar böyle bir şiddete şahit olmamışlardı ve bu insanlar artık direniyorlar ve ilerde de direneceklerdir.

Pazar günü onbinlerce insan otobanları kestilerse, hava alanında ulaşımı engelledilerse, önceden yapılabileceği belirtilen eylem, haklı direnişin bir sonucudur. Polis su fişkırtan panzerleri, cop ve diğer şiddet araçlarını kullanarak da protestoları engelleyemedi. Evet belki uçak seferleri engellenemedi, ama uçaklara ulaşmak isteyen bir çok insan protesto eylemleri sonucunda bunu başaramadılar.

Wiesbaden ve Frankfurt'taki eylemler sadece Hessen için değil, tüm Federal Almanya için büyük bir önem taşıyorlar. Bu eylemler güven vermekte ve hangi partinin iktidarı altında olursa olsun, gerici politikaya karşı nasıl direnilmenin gerektiğini, nasıl direnmenin mümkün olduğunu gösterdi. Mücadele sürüyor. Startbahn West yapılmayacaktır!

(„150 000 forderten keine Startbahn West“)

Bütçe kanunları mecliste onaylandı

Sosyal hakların daha geniş biçimde kısıtlanması talep ediliyor

BONN. — Hükümetin "Operasyon 82" diye adlandırdığı bütçe kanunları geçen hafta Federal Parlamento'da son kez görüşüldükten sonra onaylandı. Onaylanan kanun tasarıları neydeyse tüm alanlarda sosyal hakların kısıtlanmasını, kitlelere yönelik vergilerin ve sosyal sigorta primlerinin artırılmasını öngörüyor. Diğer tarafta onaylanan kanunlar kapitalistlere geniş ölçüde vergi kolaylıkları tanımakta.

Koalisyon fraksiyonları — bir kaç istisna hariç — olduğu gibi hükümetin önerdiği "Operasyon 82" isimli planlarını onayladı. SPD içindeki parlamenter sol ise, kanun tasarıların onaylanmasında gülünç bir rol oynadı. Tasarruf planlarının hiç olmazsa bazı bölümlerine karşı çıkanlar ise SPD'li meclis üyeleri Coppik, Hansen, Thüsing ve Meinike oldu. Coppik; örneğin çocuk parasının kısıtlanmasına karşı çıkarken bu alanda tasarrufların 1,8 milyar DM'li oluştururken, 1982 bütçesinde sadece "Tornado" isimli uçak için 3,6 milyarlık bir paranın ayrıldığına dikkati çekti.

CDU/CSU meclis grubu ise bütçe kanunlarını reddetti. Red-

dederken CDU/CSU'lu meclis üyeleri emekçilerin sosyal varlıklarını korumak diye bir düşünceye sahip olmadıkları açıktır. Muhalefet partileri red gerekçelerini açıklarken "hükümetin daha geniş çapta kısıtlamalar yapma cesaretini bulamadığını" vurguladılar. CDU/CSU'nun ileriye sürdüğü talepler, geçen hafta Bundesverband der Deutschen Industrie isimli işverenler birliğinin öne sürdüğü taleplere tıpa tıp eşittir. BDI'nin ileriye sürdüğü talepler, bütçenin sermayenin daha da fazla lehine düzenlenmesini amaçlıyordu.

(„Haushaltsgesetze verabschiedet“)

NAZİ FAŞİSTLERİNDE FEDERAL ORDUSUNA AİT SİLAHLAR ELE GEÇİRİLDİ

Nazi terörü durdurulmalı ve faşist çeteler dağıtılmalıdır!

HANNOVER. — Neo-faşist çetelerin bir kaç hafta önce yeni saldırılara, katliam eylemlerine hazırlanmalarını gösteren, Federal Almanya tarihinin en büyük silah depoları ele geçirildi. Faşistler bu silahlarla neyin hazırlığını yapıyorlardı? Acaba faşistler bu silahlarla kimi savunuyorlardı? Ayrıca faşistlerin

bu silah depoları hakkında bilgi veren faşist Lembke hapishanede asılı olarak bulundu. Acaba bu faşist kendisini astımı ve faşistler bu kadar silahı nereden aldılar. Bu sorular üzerine hala Alman makamları susmaktadırlar.

Faşistlerin 30'un üzerinde silah depoları Aşağı Saksonya Eyaleti özellikle de Lüneburger Heide bölgesinde oluşturmışlardır. Bu silah depolarında geçen hafta polis 156 kilo patlayıcı madde, 230 tahrip maddesi, 258 adet el bombası, 50 adet bazoka ve 13530 kurşun vb daha saymak bitmeyecek çeşitli tipte silahları ele geçirdi.

Lüneburger Heide'de bulunan tüm bu silahlar Federal Almanya Ordusu'na ait olan silahlardır. Geri kalan diğer bir kaç silah ise NATO'nun o çevredeki karargahlarına ait silahlardır.

Bu silahlarla binlerce kilometre karelik alan imha edilebilir. Bu silahların haricinde bulunan çeşitli kimyasal maddelerle de binlerce insan öldürülebilir. Şimdiye kadar çeşitli Neo-faşist örgütlerin tehlikeli olduklarına işaret etmemize rağmen, bunları "masum" olarak sürekli göstermeye çalıştılar eyaletlerin içişleri bakanları. Daha iki ay evveline kadar Federal İçişleri Bakanı Baum ve Anayasa Koruma teşkilatı faşist örgütlerin tehlikesiz olduğunu belirtiyorlardı.

Eylemin ardından polisler şüpheli görülen bazı kişileri göz altına aldılar. Şimdiye kadar göz altına alınanlardan sadece Lüneburger Heide'sinden oman amiri Heinz Lembke'nin ismini açıkladılar. Polis tarafından Lembke; "bir çok şey bilen birisi" olarak gösterildi. Faşist Lembke Pazar akşamı Lüneburger hapishanesinin hücrelerinde asılı olarak bulundu.

Faşist Lembke bu silah de-



Faşistler bir banka soygununda!

polarının tek yöneticisi miydi? Kesinlikle değil. Çünkü Lembke'nin bir çok faşist örgütlerle ilişkisinin olduğu bilinmektedir. Faşist Lembke ölmeden önce Hamburg'ta iki Vietnamlı ilticacının bombalı saldırı sonucu ölmesinin sorumlusu olan Manfred Roede ile de ilişkisi vardı. Lembke bu son tutuklama eyleminden önce de hapisteydi. Hapiste olmasının nedeni, ilticacıların Hamburg'ta oturduğu eve bomba yerleştiren faşist Roeder'e karşı ifade vermeye itiraz etmesinden dolayı idi.

Lembke bu son tutuklama eyleminden bir kaç hafta önce serbest bırakılmıştı.

Diğer yandan bu silahlarla, Münih'te polisle VSBD faşist örgütünün elemanları arasında çıkan silahlı çatışmadan sonra Belçika'da gözaltına alınan Alman faşistleri Kristin ve Klaus Hewicker, Ernst Balke ve Gerhard Toepfer'in de ilişkisinin olabileceği açıklandı. Bu dört Alman faşisti Belçika'ya kaçarak tutuklamalarını önlemek, izlerini kaybetmek ve yeni saldırılara oradan hazırlanmak istiyorlardı.

Hewicker; "Milliyetçi Sosyalistlerin Eylem Birliği Cephesi" adlı faşist örgütün üyesiydi. Tutuklanan faşistlerin Braunschweig'li faşist çetelerle ve VSBD faşist örgütü ile ilişkisi var.

Ayrıca Lembke'nin Baden Württemberg'te ilticacıların oturduğu evlere ve Esslingen Landratsamt'ına bomba yerleştiren ve şimdide mahkum edilmiş olan faşist avukat Manfred Roeder'le de ilişkisi vardı. Ancak faşist Lembke'nin bu ilişkisi polis tarafından bilinme-

sine rağmen hiç bir adım atılmadı.

Faşist Lembke'nin ilişkileri bununda sınırlı kalmıyor. O'nun geçen Münih Ekim Şenliği'ne yerleştirilen ve 12 kişinin ölümü ile sonuçlanan bombalı saldırı ile de ilişkisi vardır. Lembke o zaman bu bombalı saldırıdan sonra gözaltına alınmış, sorguya çekilmiş ve ardından gene serbest bırakılmıştı. Aynı şekilde bir kaç hafta önce tutuklanan faşist VSBD örgütü ile de ilişkisi olması büyük ihtimal. Çünkü o zaman tutuklanmanın hemen ardından faşist VSBD'nin başbuğunun evinde çeşitli tipte silahlar ve patlayıcı madde ele geçirilmişti. Acaba o silahlar da faşistlerin şimdi açığa çıkan cephanedepolarından değil miydi?

Ancak tüm açığa çıkan ve bilinen bu ilişkilere rağmen, Alman makamları olayı gizlemeye, Lembke'nin arkasındaki kimler olduğunun açığa çıkmasını önlemeye çalışıyorlar. Daha evvel faşistlerin tutuklanmalarının ardından başvuru aynı yöntemle yine başvuruluyor; Lembke için; "zavallı ve bir tek kişi" gibi gösterilmek isteniliyor. Böylece olayın üstüne sünger çekilecek. Peki şimdi sormak lazım: Geçen yıl Münih Ekim Şenliği'ne faşistlerin yerleştirdikleri bir bombanın sonucu 12 kişi hayatını kaybetti ve bir çoğu da hala yaralı. Olayın arkasında kimler vardı? Ekim Şenliği'nde başka planın gerçekleştirilmesi hedeflenirken, tesadüfi olarak bombayı yerleştiren faşist Gundolf Köhler'inde olayda ölmesi, yapılması düşünülen planı boşa çıkardı. Ancak bu olayın ilginç yanı, bombalı saldırının arkasında kimlerin yattığının açığa çıkmasını önlemek için Alman makamları faşist Köller'i "sadece tek bir sorumlu" olarak gösterdiler!

Onun ardından İsviçreli gümrük polisleri ile girdiği çatışmanın sonucu ölen silah kaçakçısı Frank Schubert'te de aynı yöntem uygulanmadı mı? Şimdi de Almanya tarihinin en büyük silah depolarının bulunduğu bir olayı da Alman devleti makamları tarafından üstü örtülme isteniliyor. Yöntem gene aynı. Lembke öldü... Arkasında kimlerin yattığı bilinmiyor!? Ve zaten silahların tek sorumlusu olarak aynı eski yöntemle

Lembke gösteriliyor.

Fakat şimdi şunu sormak lazım. Lembke bu kadar silahla ne yapmak ve kaç kişiyi silahlandırmak istiyordu? Her halde bir kişiyi değil. Bunlar bir askeri birliği yetecek kadar silahtır. Ve bunlar hiç bir şekilde bir kaç faşistin silahlanması için değildir. Daha ziyade tüm faşist örgütlerinde faydalandığı bir silah deposudur.

Diğer taraftan şimdi şurası bilinen bir gerçektir. Yukarıda da açıkladığımız gibi bulunan bu silahların tümü Alman ordusuna ait silahlardır. Peki bu silahlar nasıl alındı. Bugüne dek hiç bir kimse bu kadar silahın alındığının farkına varmadı mı? Bu kadar silahı faşistler "çalarken" hiç bir yeri kırmadılar mı? Ancak şurası bilinen bir gerçektir ki, orduda kullanılan bütün silahlar üzerine defter tutulmaktadır. Peki diyelim ki bu silahları faşist sivil çeteler kendileri çaldı. Bunları bu hırsızlık anında gören olmadı mı? Niçin bugüne dek bu kadar silahın alındığına dair hiç bir açıklama yapılmadı. Şu açıkça ortaya konmalıdır ki, ordudan bu kadar silahı çalan birisi cephanedepolarının nerede olduğunu iyi bilmesi gerek. Bunun da ordunun dışında birisi olması imkansızdır. Bunun böyle olduğunu olay yerine gelerek inceleyen yapan polis memuru bile söylemektedir. Polis memuru "bu kadar silah çalınmaz, bunları birisi buraya nakletmiş olmalıdır" demektedir.

Ancak şimdiye kadar polis ve içişleri bakanları tüm bunlar üzerine susmakta, Lembke'nin tek sorumlu olarak gösterilmek istenmesiyle olayın üzerine sünger çekilmektedir. İşte şimdi gerekli olan Alman makamlarının tüm bilinen faşistleri tutuklamaları ve onlara karşı sert önlemler almalarıdır. Çünkü şimdiye kadar faşistlerin çeşitli saldırılara hazırlandığı bilinmesine rağmen susuldu ve ne zamanki faşist çeteler suçsuz bir kaç insanı öldürdülerse, o zaman bir iki kişi tutuklandı. Hepsi o kadar. Nazi terörü durdurulmalıdır! Tüm faşist çeteler dağıtılmalı, üyeleri cezalandırılmalıdır? Ancak bu talebin gerçekleşmesi doğrultusunda Alman makamlarının kendiliğinden bir adım atmayacakları bu günden açık olan bir şeydir. Bu nedenle bunun için tüm yerli ve yabancı anti-faşistler birlikte hareket etmeli, bu talebin gerçekleştirilmesi için mücadeleyi yoğunlaştırmalıdır. Ancak bu şekilde faşist örgütlerin yasaklanması sağlanabilir.

(„Nazis planen neue Morde“)

Federal Almanya İçişleri Bakanları Bad Kreuznach'ta toplandılar İçişleri Bakanları ilticacılara karşı sert önlemlerin alınmasını talep ediyorlar

BAD KREUZNACH. — Bir kaç gün önce Almanya'nın Bad Kreuznach şehrinde çeşitli eyaletlerin İçişleri Bakanları biraraya geldiler. İçişleri Bakanlarının bu toplantısının gündemini yabancılara karşı yeni tedbirlerin alınması üzerine görüşmeler oluşturu-

maktaydı. İki gün süren bu görüşmenin ardından yapılan açıklamalara göre, İçişleri Bakanları iltica talebine karşı şimdiye kadar alınan önlemleri yeterli görmüyor ve ilticacı emekçilere karşı daha da sert tedbirlerin alınmasını talep ediyorlar.

"Kızıl Şafak"ın önceki sayılarında da açıkladığımız gibi Federal Alman makamları ilticacı emekçiler üzerinde estirilen terörün daha artırılmasını istiyorlar. Onlar ilticacı emekçilere yönelik ardi arkası kesilmeyen kararlarını yetersiz görmekte-

ler. Bir taraftan ilticacı emekçilere verilen sosyal hakların kısıtlanması talep edilir ve sosyal haklar ellerinden alınmaya çalışılırken, diğer taraftan da iltica hakkını kuşa çevirmek için yeni kararlar alınmaktadır. Önce iltica talebinde bulunan emekçilerin beraberlerinde "muhtemel bir dönüş için—sen tekrardan faşist diktatörlüklerin zindanlarına göndermek için anla—1000 DM'in üzerinde" para getirmeleri şart koşuldu. Sonra ilticacıları bir an evvel ülkelerine geri gönderebilmek için yeni kararlar alındı.

Yakın zamanda gene ilticacı emekçilere verilen bir kaç kuruluşluk sosyal yardımın artık para olarak değil, sadece giyim eşyası ve yiyecek maddesi olarak verilmesi önerildi. Ki zaten bazı eyaletlerde bugünden bile uygu-

lanan keyfi yöntemler çoktan bu sınırını aşmıştır. Ancak Federal Alman makamları bunu yeterli görmüyorlar. Onlar şimdiye kadar aldıkları bir yıllık çalışma süresini dahi yeterli görmeyecek, bu süreyi ilticacılar için iki yıla çıkardılar.

Diğer yandan ilticacıları kötü, sıhata uygun olmayan evlere yerleştirmektedirler, ki bu evlerin doğru düştü hiç bir tertibatı yoktur. Bu nedenle de bir çok ilticacı çeşitli bulaşıcı hastalıklara kapılmaktadır. Örneğin; yakın zamanda ilticacı emekçilerin, B. Berlin'in Schöneberg semtinde kaldığı bir evde tifus salgını ilticacılar arasında baş gösterdi. Bu salgının ardından iki kişi hastaneye kaldırıldı ve ev karantinaya alındı. Hastalığın baş göstermesinin nedeni mutfak ve tuvaletteki bakımsızlık ve pislikten doğmaktadır. Bunun gibi bir dizi örnek daha verilebilir.

Federal Alman makamları ilticacı emekçilerin bu tür sorunlarını çözmek yerine, durmadan ilticacı emekçiler üzerinde estirilen terörün dozunu artırmaktadırlar. Onlar gene aynı şekilde

yakın zamanda tüm ilticacıların Hitler vari "toplama kampları"na doldurulması için adım atmaya kadar vardılar.

Alman makamlarının bu adımlarına karşı Ekim sonuna doğru Aşağı Saksonya Eyaleti'nin bir çok yerinde kampta ilticacılar yemek boykotu ve benzeri protesto eylemleri düzenlediler.

Ayrıca Hessen Eyaleti'nin Bad Nauheim şehrinde ise ilticacılar beş ayrı bölgeye gönderilmelerini önlemek için haftalar-dan beri açık grevi sürdürmektedirler. Çünkü Federal Alman makamlarının bu vahşi saldırıları ailenin birliğini bölmekte ve onlar bazı ilticacıların ailelerini ve yakınlarını başka yurtlara göndermek istiyorlar.

İşte ilticacı arkadaşlar üzerinde uygulanan bu vahşi saldırıları sıralamakla bitmez. Federal Alman İçişleri bakanları iltica hakkında bulunan emekçilerin sorunlarını çözmek yerine, sürekli onlara karşı yeni saldırıların hazırlığını yapmaktadır. Bad Kreuznach'ta toplanan içişleri bakanları; Türkiye'deki faşist cunta gibi bir dizi diğer

faşist diktatörlüklere yapılan yardımların durdurulması doğrultusunda adım atmak yerine, ilticacı emekçilere verilen üç beş kuruluşluk sosyal yardımın "kısıtlanmasını" talep etmekte.

Bu toplantıda gene aynı şekilde ilticacılar yapılan vahşice saldırıyı dile getiren sosyal yardımın sadece giyim ve yiyecek maddesi olarak verilmesi talep edildi. Bunun yanı sıra CDU tarafından yönetilen içişleri bakanları ise Federal Cumhuriyet'ten bağımsız olarak eyaletlerin ilticacıları toplama kamplarına gönderilmeleri doğrultusunda adım atılmasını istediler.

Bugün ilticacı emekçiler üzerinde estirilen terör genel olarak çeşitli ülkelerden gelen yabancılara, özellikle Türkiye'ye karşı sürdürülen yabancı düşmanlığının bir parçasıdır. Ve ilticacı emekçiler üzerinde estirilen teröre karşı mücadele yabancı düşmanlığı ile birleştirilerek ele alınmalıdır.

(„Innenminister fordern Verschärfung des Asylrechts“)

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK“
.....sayısından
itibaren
ismarlamak
istiyorum

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halkları birleşin!
**KIZIL
SAFAK**
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih:İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellenhofer Str. 103, Postfach 3005 26 4600 Dortmund 30.

Fiyatlar yoğun bir şekilde yükseltilmektedir

Gerçek ücretlerin düşürülmesi önlenmelidir

Bu yılın Eylül ayında Federal İstatistik Dairesi geçen yılın aynı ayına kıyasla yüzde 6,6 oranında bir fiyat artışı olduğunu açıkladı. Ekim ayı sonunda yaptığı açıklamasında ise fiyat artışlarının 6 yıldan bu yana en yüksek oranına ulaştığını kaydetti. Ve bu açıklama-

Daha şimdiden pahalılık oranı 1974'ten bu yana en yüksek ortalamaya ulaşmıştır. Şimdiden Kuzey Ren Vestfalya ve Bavyera Eyaleti'nde yüzde 7'yi çoktan aşmıştır. Diğer yandan fiyat artışlarının hala işçilerin en yoğun oturduğu Kuzey Ren Vestfalya eyaleti'nde yüzde 7,2 oranında olması, bize bu yılki ücret turlarında hangi talebin ileri sürülmesi gerektiğini daha açık bir şekilde göstermektedir. İşte bu nedenle ücret taleplerinin hazırlığına şimdiden başlanmalıdır.

Bilindiği gibi 80/81 yılının ücret ve aylıklardaki artışı yüzde 4,3 ile en fazla artış olan yüzde 5 arasındaydı. Yapılan bu ücret artışı anlaşmasını şimdiki fiyat artışları ile karşılaştıracak olursak bu yüzde 2'nin üzerinde bir ücret kaybı olduğu anlamını taşımaktadır. Ancak bu yıl sonuna kadar fiyatların daha da artacağını gözönünde bulundurursak bunun yüzde 3'ün üzerinde bir ücret kaybına kadar yükseleceği demektir.

Fakat diğer yandan toplu sözleşmelerde yapılan bu "ücret artışlarını" ve yukarıda açıkladığımız ücret kaybı ise tam olarak gerçek ücretlerdeki kaybı dile getirmemektedir. Çünkü yukarıda yaptığımız açıklamayı **brüt ücret artışından hareket ederek** hesapladık. **Fakat net ücret artışları ise** bu oranın çok altındadır. Çünkü toplu sözleşme anlaşmalarında yapılan ücret artışları net değil, brüt ücret veya aylık üzerine hesaplanmaktadır. Ücretlerde yapılan bu "artış" net olarak bize ödenmemektedir.

Bir taraftan ücretler brüt olarak artırılırken, diğer yandan yapılan bu brüt ücret artışına karşılık, sosyal sigortalara ödenen aidatlar da artmakta ve ücret vergisi yükseltilmektedir. Bremen'de bir İşçi Kurulu'nun

Bochum Opel işletmesinde

İG Metall üyesi sendikacılar ihraç edildi

BOCHUM. — Opel iş yeri Devrimci Sendika Muhalefeti'nin (RGO) dağıttığı bir bildiride, yakın zamanda İG Metall sendikasına üye bir çok işçi arkadaşın sendikadan ihraç edildiğini açıklamaktadır. İhraç edilme gerekçesi: İşçi arkadaşlar iş yeri işçi temsilciliği için İG Metall sendikasının listesine karşı muhalefet listesiyle adaylıklarını sürdürmeleriydi. İhraç gerekçesinin hepsi bu kadar.

İhraç edilen işçi arkadaşlar, "Personelin talepleri" adlı listede adaylık eden ve bunun haricinde iki ayrı listede işçi temsilciliği için aday olarak gösterilen işçi arkadaşlardı. RGO Opel işyeri grubunun bildirisinde de açıklandığı gibi, bu işçi arkadaşların ihraç edilmesini teşvik eden iş yeri işçi temsilciliği başkanı Perschke'dir. Aynı şekilde revizyonist DKP'lilerde işçi arkadaşların çıkarını savunmak için adaylığını koyan arkadaşların üzerinde ihraç terörünün estirilmesinin destekçilerindendirler.

DGB içerisindeki sendikalar daha öncede 1980 yılı seçimlerinde Halk Cephesi (Volksfront) için adaylıklarını koyan-



Ücretlerin düşürülmesi önlenmelidir!

yaptığı hesaplama göre yüzde 5 bir brüt ücret artışında, gerçek ücretlerde kaybın en az yüzde 1,6 oranında hesaplanması gerektiğini açıkladı.

Diğer yandan Wiesbaden İstatistik Dairesi'nin açıkladığı fiyat artışlarında özellikle işçiler ve aileleri yoğun bir şekilde etkilenmektedirler. Ayrıca gerçek fiyat artışlarının burjuva istatistikçilerinin açıkladığının da üzerinde olduğunu hesaba katacak olursak işçilerin ne kadar bundan etkilendiği daha açığa çıkar.

Bochum Opel işletmesinde

İG Metall üyesi sendikacılar ihraç edildi

BOCHUM. — Opel iş yeri Devrimci Sendika Muhalefeti'nin (RGO) dağıttığı bir bildiride, yakın zamanda İG Metall sendikasına üye bir çok işçi arkadaşın sendikadan ihraç edildiğini açıklamaktadır. İhraç edilme gerekçesi: İşçi arkadaşlar iş yeri işçi temsilciliği için İG Metall sendikasının listesine karşı muhalefet listesiyle adaylıklarını sürdürmeleriydi. İhraç gerekçesinin hepsi bu kadar.

İhraç edilen işçi arkadaşlar, "Personelin talepleri" adlı listede adaylık eden ve bunun haricinde iki ayrı listede işçi temsilciliği için aday olarak gösterilen işçi arkadaşlardı. RGO Opel işyeri grubunun bildirisinde de açıklandığı gibi, bu işçi arkadaşların ihraç edilmesini teşvik eden iş yeri işçi temsilciliği başkanı Perschke'dir. Aynı şekilde revizyonist DKP'lilerde işçi arkadaşların çıkarını savunmak için adaylığını koyan arkadaşların üzerinde ihraç terörünün estirilmesinin destekçilerindendirler.

DGB içerisindeki sendikalar daha öncede 1980 yılı seçimlerinde Halk Cephesi (Volksfront) için adaylıklarını koyan-

malarında fiyat artışlarının şu an yüzde 7'nin üzerinde olduğunu da belirtti. Ki bu oran Kuzey Ren Vestfalya ve Bavyera Eyaletlerinde daha da yüksektir. Ancak fiyat artışları bununla sınırlı kalmayacak, 82 yılının başlangıcına kadar daha da yükselecektir.

Ancak fiyatlardaki artış sadece yiyecek maddelerindeki artışlarda sınırlı kalmamaktadır. Bir taraftan kalörifer, cerayan, gaz vb.lerinin masrafları yükseltilirken, diğer yandan da yoğun bir şekilde de kiralar yükseltilmektedir. Bunların yanı sıra fiyat artışları hayatın her alanında kendini göstermekte ve 82 yılının başına kadar yukarıda açıkladığımız rakamların çok üzerine çıkacaktır.

İşte tüm bu nedenlerden ötürü ileri sürülecek bir ücret artışı talebi çok iyi bir şekilde

Bochum Opel işletmesinde

İG Metall üyesi sendikacılar ihraç edildi

BOCHUM. — Opel iş yeri Devrimci Sendika Muhalefeti'nin (RGO) dağıttığı bir bildiride, yakın zamanda İG Metall sendikasına üye bir çok işçi arkadaşın sendikadan ihraç edildiğini açıklamaktadır. İhraç edilme gerekçesi: İşçi arkadaşlar iş yeri işçi temsilciliği için İG Metall sendikasının listesine karşı muhalefet listesiyle adaylıklarını sürdürmeleriydi. İhraç gerekçesinin hepsi bu kadar.

İhraç edilen işçi arkadaşlar, "Personelin talepleri" adlı listede adaylık eden ve bunun haricinde iki ayrı listede işçi temsilciliği için aday olarak gösterilen işçi arkadaşlardı. RGO Opel işyeri grubunun bildirisinde de açıklandığı gibi, bu işçi arkadaşların ihraç edilmesini teşvik eden iş yeri işçi temsilciliği başkanı Perschke'dir. Aynı şekilde revizyonist DKP'lilerde işçi arkadaşların çıkarını savunmak için adaylığını koyan arkadaşların üzerinde ihraç terörünün estirilmesinin destekçilerindendirler.

DGB içerisindeki sendikalar daha öncede 1980 yılı seçimlerinde Halk Cephesi (Volksfront) için adaylıklarını koyan-

mektedir. Bu nedenle bir de kırmızı kalem politikacılarının kısıtlamayı öngördükleri ücret artışları ile birlikte hesaplayacak olursak, bu işçiler için bir ek mali yük anlamını taşımaktadır. Örneğin şimdiye kadar okuyan veya eğitim gören bir çocuğun öğrenim masraflarının bir kısmı devlet tarafından karşılanırken, şimdi bu da işçilerin omuzlarına tamamen yüklenmektedir.

İşte tüm bunların ışığında gerçek bir ücret artışı talebinin ileri sürülmesi ve toplu sözleşme anlaşmalarında kararlaştırılması gerekli, gerçek ücretlerdeki bir ücret kaybını önleyebilelim. Diğer anlamıyla 81/82 toplu sözleşme anlaşmalarında en az yüzde 10'un üzerinde bir ücret artışı sağlanmalıdı ki, yoğun bir şekilde yükselen fiyat temposuna karşı gerçek ücretlerdeki kaybı en azında düşürebilelim. Ancak en iyi bir ücret artışı talebinin kararlaştırılması bile, eğer Federal Hükümet tarafın-

dan öngörülen sosyal kısıtlamalara karşı durulmazsa gene yaşam koşullarımızın daha da kötüye gitmesini önleyemez. Bu nedenle bir taraftan bu günden başlayarak yoğun bir şekilde gerçek bir ücret talebinin ileri sürülmesi için adım atılması, fabrikalarda ve iş yerlerinde işçi ve emekçi arkadaşlarımızla tartışarak onları bu doğrultuda seferber etmemiz gerekirken, diğer yandan da Federal Hükümeti'nin tasarruf programının öngördüğü sosyal kısıtlamalara karşı durmak için sendikalar harekete geçirilmeli ve buna karşı uygun sendikal mücadele metodları uygulanmalıdır. Fiyat artışlarının üzerinde bir brüt ücret artışı talebini gerçekleştirdiğimiz ve sosyal hakların kısıtlanmasına karşı durabildiğimiz orantıya gerçek ücret kaybını azaltmış oluruz.

(„Reallohnabbau muss gestoppt werden!“)

1982 Toplu Sözleşme turları üzerine tartışmalar sürüyor

Gene mi gerçek ücretler düşürülecek

Ekim ayı sonuna doğru bir araya gelen Klöckner-Hütte Bremen firmasındaki sendika temsilcileri toplantılarında gelecek toplu sözleşme turları üzerine tartıştılar. Bu toplantıda işçi arkadaşlar ayrıca İG Metall Yönetim Kurulu'na bir de mektup gönderdiler.

Toplantıya katılan sendika temsilcileri arkadaşlar korkunç bir şekilde artan fiyatların önünün alınmasının gerekli olduğu konusundaki görüş birliğine vardılar. Bu konuda arkadaşlar İG Metall sendikasının daha bu günden bu toplu sözleşme turlarında ücret taleplerinin düşük tutulması doğrultusunda adım atmaya yeltendiğini açıkladılar. İG Metall sendikasının çeşitli kurullarında şimdi toplu sözleşme anlaşmaları ile emekliye ayrılma yaşının düşürülmesi konusunda tartışmalar sürdürmektedir. Ve İG Metall sendikası Yönetim Kurulu, haklı ve gerekli olan emekliye ayrılma yaşının düşürülmesini, gene bu talep kadar gerekli olan ücret artışı taleplerinin düşük tutulması yönünde kullanmak istiyor. İşte bu nedenle Klöckner firmasındaki sendika temsilcisi arkadaşlar hiç bir şekilde her iki talebinde gerçekleştirilmesinin yeterli bir ücret artışı talebinin ileri sürülmesi konusunda kulla-

nilamayacağına dair görüş birliğine vardılar. Bu nedenle işçi arkadaşlar İG Metall Yönetim Kurulu'na şu kararı bildirdiler: **"İG Metall Yönetim Kurulu'na Karar** Sürekli yükselen tüketim fiyatları, özellikle yakma yağı, cerayan, kira ve yiyecek maddelerindeki fiyat artışları dolayısıyla biz 1982 yılı toplu sözleşme turlarında yeterli bir ücret, aylık ve cıracıların ücretlerinin yükseltilmesi mücadelesinin tamamen öncelik taşıdığı görüşündeyiz!

Bu nedenle Yönetim Kurulu'nu gelecek toplu sözleşme turlarında yeterli bir ücret ve aylıkların yükseltilmesi noktasında ağırlığını koymasını talep ediyoruz. Yönetim Kurulu'nu aynı zamanda büyük örgütümüzün tüm gücü ve bütün üyeleri ile birlikte gerçek ücretlerin daha da kısıtlanmasına karşı mücadele etmeye çağırıyoruz." diye yazmaktadır.

(„Wieder Reallohnabbau?“)

Mannesmann firmasında sendika temsilcileri toplandı Çelik işçileri yüzde 10 ücret artışı talep ediyorlar

DUISBURG. — Bir kaç gün önce toplanan Mannesmann Sendika Temsilcileri bu yılki toplu sözleşmelerde yüzde 10 ücret ve aylık artış talep edilmelidirki, geçen yıl yoğun bir şekilde kısıtlanan ücret kaybını denkleştirebilelim dediler. Mannesmann İG Metall sendika temsilcileri bu talebin önümüzdeki ücret turlarında ileri sürülmesi için yoğun bir çaba harcayacaklarını belirttiler.

Mannesmann İG Metall sendikası temsilcileri arkadaşlar bir taraftan bu talebin yoğun bir şekilde ileri sürülmesini desteklerken, diğer taraftan da İG Metall sendikası tarafından 60 yaşında emekliye ayrılma talebinin ücret artışı talebine karşı kullanılmasına izin verilmemesi gerektiğini açıkladılar. İşçi arkadaşlardan biri İG Metall'in bu ileri sürdüğü; "yüzde 10 yerine erken emekliye ayrılma değil, hem erken emekliye ayrılma hem

de yüzde 10" olmalıdır görüşü işçi arkadaşlar tarafından yoğun bir şekilde alkışlandı. İG Metall sendikası başkanı Loderer başlangıçta patronların ücretlerin dondurulması talebine karşı çıkarken, diğer taraftan da emekliye ayrılma yaşının düşürülmesi talebinin bir takım kayıplar beraberinde getireceğinden dolayı, bu toplu sözleşmelerde ileri sürülecek ücret artışı talebinin düşürülmesi gerektiğini açıkladı.

İG Metall Sendikası patronları bu görüşleri ile önümüzdeki toplu sözleşme turlarında ücretlerin artışlarını gene geçen yılki ücret turlarında olduğu gibi fiyat artışlarının altında tutmak istiyorlar. Bu nedenle tüm ilericiler ve sınıf mücadeleciler işçi arkadaşlar bu yılki toplu sözleşme turlarında fiyat artışlarının altında bir ücret artışı anlaşması yapılmasına izin vermemeli, bu günden işyerlerinde işçi arkadaşları mücadeleciler eylemlere seferber etmelidirler. Bu mücadelede Türkiye'deki ilericiler ve sınıf bilinçli işçi arkadaşlara da Türkiye'deki işçiler arasında yoğun bir faaliyet sürdürmeleri için görev düşmektedir.

(„Stahlwerker fordern zehnte Prozent“)